



Amosinternational

Gesellschaft gerecht gestalten



Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik

Stark gegen Rechts

Christoph Kopke

Neonazis und Neonazismus in Deutschland

Armin Pfahl-Traugber

Politische Entwicklung der NPD

Wilfried Schubarth, Juliane Ulbricht

Pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus

Wolfgang Palaver

Christliche Antwort auf den Rechtspopulismus in Europa

Rainer Maria Kardinal Wölki

Fremdenfeindlichkeit ist mit dem
christlichen Glauben unvereinbar



Sozialinstitut Kommende Dortmund
4/2012



Impressum

6. Jahrgang 2012 Heft 4

Herausgeber

Prälat Dr. theol. Peter Klasvogt, Dortmund
Sozialinstitut Kommende

Prof. Dr. Markus Vogt, München

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer, Bochum

Arbeitsgemeinschaft der deutschsprachigen Sozialethiker

Prof. Dr. Peter Schallenberg, Mönchengladbach

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Stefan Lunte, F-Bresson/B-Brüssel

Redaktion

Dr. phil. Dr. theol. Richard Geisen (Kommende, Dortmund)

Dipl.-Theol. Detlef Herbers (Kommende, Dortmund)

Dr. phil. Wolfgang Kurek (KSZ, Mönchengladbach)

Konzept Schwerpunktthema

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Prof. Dr. Christian Spieß

Redaktionsanschrift

Sozialinstitut Kommende, Redaktion Amosinternational,

Brackeler Hellweg 144, D-44291 Dortmund

Mail redaktion@amosinternational.de

Internet amosinternational.de

Erscheinungsweise

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich

(Februar, Mai, August, November)

ISSN 1867-6421

Verlag und Anzeigenverwaltung

Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG

D-48135 Münster

Tel. (0251) 69 01 31

Anzeigen: Petra Landsknecht, Tel. (0251) 69 01 33

Anzeigenschluss: am 20. vor dem jeweiligen Erscheinungsmonat

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Münster

Bezugsbedingungen

Preis im Abonnement jährlich: 49,80 €/sFr 85,-

Vorzugspreis für Studenten, Assistenten, Referendare:

39,80 €/sFr 69,20

Einzelheft: 12,80 €/sFr 23,30; jeweils zzgl. Versandkosten

Alle Preise enthalten die gesetzliche Mehrwertsteuer.

Abonnements gelten, sofern nicht befristet, jeweils bis auf Widerruf.

Kündigungen sind mit Ablauf des Jahres möglich, sie müssen bis

zum 15. November des laufenden Jahres eingehen.

Bestellungen und geschäftliche Korrespondenz

Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG

D-48135 Münster

Tel. (0251) 69 01 36

Druck

Druckhaus Aschendorff, Münster

Printed in Germany

Umschlaggestaltung

freistil – Büro für Visuelle Kommunikation, Werl



Editorial	<i>Peter Schallenberg (Mönchengladbach)</i> Herausforderung Rechtsextremismus Zu diesem Heft	2
Schwerpunktthema	<i>Christoph Kopke (Berlin/Potsdam)</i> Neonazis und Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland Eine seit Jahrzehnten agierende Szene mit wachsender Schlagkraft	3
	<i>Armin Pfahl-Traughber (Brühl)</i> Die politische Entwicklung der NPD Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung einer rechtsextremistischen Partei	10
	<i>Wilfried Schubarth, Juliane Ulbricht (Potsdam)</i> Rechtsextremismus als Herausforderung für die Demokratie Chancen und Grenzen pädagogischer Gegenstrategien	20
	<i>Wolfgang Palaver (Innsbruck)</i> Rechtspopulismus in Europa als Herausforderung für die christliche Sozialethik Zur Antwort gehört eine Kultur der universalen Geschwisterlichkeit	27
	<i>Lilian Moreno Sánchez (Augsburg)</i> Correcturas Simulativas IV	28
Interview	<i>Rainer Maria Kardinal Woelki (Berlin)</i> „Mit dem christlichen Glauben absolut unvereinbar“ Interview mit dem Erzbischof von Berlin über Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	36
Dokumentation	Katholische Akademiearbeit und Rechtsextremismus Kompetenzen gegen Rechts – Katholisch-soziale Bildung in Deutschland	41
Umschau	Rechtsextremismus in osteuropäischen Ländern Zeitschriftenlese OST-WEST. Europäische Perspektiven, Heft 3/2012	44
Buchbesprechung	Verfassung ohne Grund? 46 Entweltlichung der Kirche? 48 Sozialstaat zwischen Freiheit und Zwang 50 Leistungsfähigkeit der Sozialpartnerschaft 51 Bibelhermeneutik und Sozialethik 52	
Der Überblick	Summaries 54 Résumés 55	
Impressum		U2

Arts
& **ethics**



Peter Schallenberg

Die Aufarbeitung der rechtsextrem motivierten Morde der Zwickauer Terrorzelle des „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ hat das Thema Rechtsextremismus wieder verstärkt auf die politische Agenda gebracht. Auch die Zivilgesellschaft ist neu sensibilisiert. Nicht zu-

letzt die Kirche und ihre verschiedenen Verbände sind aufgerufen, sich diesem Problem zu widmen, stellen sich doch rechtsextreme Tendenzen diametral gegen die von ihnen vertretene Botschaft. Als Problem der Gegenwart ist der Rechtsextremismus unzweifelhaft mit einer historischen Epoche verbunden, die wesentliche Errungenschaften der europäischen Geschichte und mithin wesentliche Überzeugungen des geschichtlich gewachsenen Christentums geleugnet und umgekehrt hat. Gerade die vielen Blutzegen, die sich ob ihrer christlichen Überzeugungen gegen das Terrorregime des Nationalsozialismus stellten, machen deutlich, wie sehr die Kirche auch heute gefordert ist, sich politischen Tendenzen entgegenzustellen, die sich zu diesem menschenverachtenden Werten bekennen. Ihr Leben und Sterben für die Wahrhaftigkeit ist daher zugleich Erbe und Auftrag für Gegenwart und Zukunft der Kirche und der gesamten Gesellschaft. Der Berliner Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki, den *Amosinternational* in diesem Zusammenhang interviewt, betont zu Recht, dass die Kirche dabei klar und nachhaltig Stellung beziehen muss: „Rechtsextremismus stellt eine ernste dauerhafte Herausforderung dar, gerade da, wo kirchliche aber auch staatliche Infrastruktur sich zurückzieht.“ Aus wissenschaftlich-sozialethischer Sicht befasst sich Wolfgang Palaver mit den

Herausforderung Rechtsextremismus

neuen rechtspopulistischen Bewegungen in Europa. Er verknüpft diese Entwicklung mit spezifischen Indikatoren, bei denen vor allem die Konsens-Demokratie und die aus ihr entstehende Problematik des Minderheitenschutzes herauszustellen sind. Darüber hinaus macht er sich für die christliche Überzeugung stark, die Idee der Menschheitsfamilie in diesem Kontext zu betonen, um Solidarität über ethnische und religiöse Grenzen hinweg ermöglichen zu können.

Zwei andere Artikel widmen sich dem Thema aus historischer Sicht: Christoph Kopke betont, dass erste rechtsextreme Gruppierungen bereits in der frühen Bundesrepublik aktiv waren. Diese Bewegungen, die zum einen durch ehemalige Nationalsozialisten und zum anderen durch in der Nachkriegszeit sozialisierte Jugendliche getragen wurden, bildeten die Grundlage für den Erfolg der NPD in den sechziger Jahren, der allerdings 1969 jäh beendet war. Danach begann die eigentliche Radikalisierung und die Herausbildung einer Neo-Nazi Szene, deren Mobilisierungskraft vor allem unter Jugendlichen stark ist. Mit der spezifisch politischen Entwicklung der NPD setzt sich Armin Pfahl-Traughber auseinander: Dabei zeichnet er den wechselvollen Weg der Partei zwischen 1964 bis heute nach und geht auf die internen wie externen Auseinandersetzungen ein. Er betont, dass es der Partei nicht gelingt, sich von einem rechtsradikalen Image zu lösen.

Sowohl Wilfried Schubarth und Juliane Ulbricht als auch die Stellungnah-

me der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) setzen sich mit pädagogischen Konsequenzen auseinander, die aus dem Faktum des Rechtsextremismus entstehen: Wilfried Schubarth und Juliane Ulbricht entwickeln dabei mögliche Strategien aus Sicht der Erziehungswissenschaften, die in schulischen und außerschulischen Projekten implementiert werden können. Dabei steht jeweils eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung im Vordergrund. Die AKSB-Stellungnahme „Katholische Akademiarbeit und Rechtsextremismus“ richtet das Augenmerk auf die spezifisch katholische Ausrichtung der außerschulischen Bildung, die einen nicht unerheblichen Anteil an der Erziehung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausmacht. Dabei bleibt es nicht bei einfacher Wissensvermittlung; Ziel ist es in einem letzten Schritt durchaus auch Handlungskompetenzen herzustellen, durch die Phänomene des politischen Geschehens angemessen und reflexiv eingeordnet werden können.

Dieses Heft will an den gesamtgesellschaftlichen Diskurs anschließen, zu dem die Kirche einen spezifischen Beitrag leisten kann. Durch die Schöpfungstheologie wird die Ebenbildlichkeit eines jeden Menschen mit dem Schöpfer betont. Daher dürfen wir alle Menschen zu einer Menschheitsfamilie zählen, die zu Solidarität und Gegenseitigkeit berufen ist. Diese Erkenntnis ist immer wieder neu aufzuarbeiten, denn die Ablehnung des Rechtsextremismus ist leider keine Selbstverständlichkeit.



Neonazis und Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland

Eine seit Jahrzehnten agierende Szene mit wachsender Schlagkraft

Extrem rechte Tendenzen in der Bundesrepublik wurden schon in den 1950er und 1960er Jahren als neonazistisch bezeichnet. Als Geburtsstunde des Neonazismus, wie wir ihn heute verstehen, gelten die Jahre 1970/71. Nach verschiedenen Organisationsverboten haben sich scheinbar informelle Strukturen („Kameradschaften“) herausgebildet. Seit den 1990er Jahren ist eine neue extrem rechte Jugendkultur entstanden. Zusammen mit der inzwischen radikalisierten NPD haben die Neonazis eine beachtliche Mobilisierungsfähigkeit erreicht. Anhaltend hoch ist die Gewaltbereitschaft, auch wenn die Mordserie der NSU bislang eine Ausnahme darstellt. Zivilgesellschaft und Staat sind aufgefordert, wachsam zu bleiben.

Die bundesdeutsche Öffentlichkeit zeigte sich zum Jahreswechsel 2011/2012 schockiert und überrascht angesichts der Enthüllung einer Mordserie an Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund und einer Polizeibeamtin, begangen von einer neonazistischen Gruppe, die sich „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nannte. In der Tat war es überraschend, dass die kaltblütige Mörder-

truppe über ein Jahrzehnt ihr Unwesen treiben konnte, ohne dass die Sicherheitsbehörden ihnen auf die Schliche kamen.¹ Doch ereigneten sich diese Vorfälle tatsächlich so überraschend, angesichts einer seit Jahrzehnten agierenden neonazistischen Szene, die ihre Gewaltbereitschaft immer wieder auch durch terroristische Taten unter Beweis gestellt hat?

Die Herausbildung der Neonazi-Szene

Schon in den 1950er Jahren existierten Gruppierungen, Verlage und Netzwerke, die bereits damals als neo-nazistisch bezeichnet wurden. Damit wurde einerseits das (Fort-)Wirken ehemaliger Nationalsozialisten in Staat und Gesellschaft bezeichnet, aber auch das Agieren rechtsradikaler Jugendbünde, deren Führungsmitglieder wesentlich in der Nachkriegszeit sozialisiert worden sind. Sichtlich verbittert äußerte sich

in den späten 1950er Jahren der konservative NS-Regimegegner und CDU-Mitbegründer Rudolf Pechel in einer Rede zum „Neo-Nazismus in Deutschland“:

„Ungehindert arbeitet in Deutschland eine nationalsozialistische Presse, können nationalsozialistische Verlage und Buchgemeinschaften das Gift des Nationalsozialismus wieder verbreiten und sogar Versuche unternehmen, die



Christoph Kopke

deutsche Jugend für das sogenannte nationalsozialistische Gedankengut einschließlich des gewaltsamen Antisemitismus zu gewinnen.“²

Mit der 1949 gegründeten Sozialistischen Reichspartei (SRP) agierte in der Bundesrepublik die erste Partei, die offen an den Nationalsozia-

¹ Es bleibt abzuwarten, ob es den Untersuchungsausschüssen des Bundestages und mehrerer Länderparlamente gelingen wird, jenes Knäuel aus Ermittlungsspannen, Behördenschlampereien, undurchsichtigen Geheimdienstoperationen, Ignoranz von Rassismus, Vorurteilen usw. zu entwirren, um aufzuklären, warum der NSU so lange ungehindert agieren konnte. Das betrifft vor allem auch die erschreckenden Mutmaßungen und Hinweise, Teile oder Angehörige staatlicher Behörden könnten sogar Kontakt zum NSU gehabt haben.

² Pechel, Rudolf: 25 Jahre nach Hitlers Anfang: Neo-Nazismus in Deutschland [Rede 1958 in München], abgedruckt in: Ganthier, Heinz: Die Juden in Deutschland 1951/52–5712/1958/59–5719. Ein Almanach. Hamburg o. J. [1959], S. 365–371, 366



lismus anknüpfte, die Nachkriegsordnung und die Existenz der Bundesrepublik grundsätzlich ablehnte. Sie wurde von einer kleinen Gruppe früherer NS-Funktionäre angeführt, die ihre nationalsozialistische Gesinnung weiter offen pflegten. Durch ihre zeitweiligen Wahlerfolge entbrannte schnell eine gesellschaftliche Debatte, wie mit der SRP und dem Neonazismus umzugehen sei. Das schließlich 1952 erfolgte Verbot der SRP hatte den organisierten Rechtsextremismus auf Jahre geschwächt. Das SRP-Verbot markierte vor allem eine Grenze, die zu überschreiten die Bundesrepublik künftig nicht mehr tolerieren wollte. Die rechtsextremen Sammlungsparteien der 1950er und 1960er Jahre, die Deutsche Reichspartei (DRP) und die 1964 daraus hervorgegangene Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), sahen sich gezwungen, deutlich gemäßigter aufzutreten. Die NPD, der in den 1960er Jahren ein nahezu kometenhafter Aufstieg gelang und die bald in sieben westdeutschen Länderparlamenten vertreten war, konnte – so lange sie erfolgreich war – das Problem, dass vor allem jüngere Aktivisten immer wieder zu Militanz und Radikalität drängten, einigermaßen austarieren.

Nach ihrem damals überraschenden Scheitern bei den Bundestagswahlen 1969 kam die Partei in eine tiefe Krise. Mit einer als „Aktion Widerstand“ bezeichnete Sammlungsbewegung, die gegen die Ostpolitik der soziallibera-

- Weder konnte das „nationale Lager“ in Richtung CDU/CSU und FDP Brücken schlagen
- oder gar nach dem Vorbild der „Harzburger Front“ der Weimarer Republik erweitert werden,
- noch ließen sich die aktionsorientierten, militanten und radikalen Kräfte bändigen und integrieren.

Die Radikalisierung eines Teiles des Spektrums war durch die NPD nicht mehr zu stoppen. Die Gewalt begann zu eskalieren: Schon im Mai 1970 zerschlugen die Sicherheitskräfte mit der „Europäischen Befreiungsfront“ eine terroristische Zelle, die sämtlich aus Mitgliedern der NPD, bzw. deren Ordnungsdienst (OD), bestand. Die Gruppe plante Anschläge und Überfälle und schmiedete Mordpläne. Eine weitere ähnliche Gruppe wurde mit der sogenannten Hengst-Bande Anfang 1971 ausgehoben, die von NPD-Mitgliedern oder ehemaligen Mitgliedern gebildet worden war. Durch anhaltende militante und neonazistische Aktionen aus ihrem Umfeld sah sich die NPD im November 1971 schließlich gezwungen, diverse Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen neu entstandene Gruppierungen zu fassen. Diese – zumindest formale – Abgrenzung zur neu entstandenen militanten NS-Szene blieb bis in die

1990er Jahre Bestandteil der (Bündnis-) Politik der NPD und sollte erst Mitte der 1990er Jahre durch eine neue Integrationspolitik überwunden werden.

Der Niedergang der NPD 1969/1970 und das Scheitern der „Aktion Widerstand“ 1971 hatte zu Folge, dass sich das radikal-nationalistische Spektrum der Bundesrepublik in verschiedene Stränge und Submilieus aufspaltete. Ein Ergebnis des Niedergangs der NPD war die Herausbildung einer neuen Neonazi-Szene.⁴

Welche Bedeutung diese Niederlagen für einzelne Aktivisten haben konnte, wird aus dem nachfolgenden Zitat von Michael Kühnen (1955–1991), dem bekanntesten Neonaziführer der 1970er und 1980er Jahre, deutlich:

„Ich war Anhänger der NPD, die mir allerdings von Anfang an zu gemäßigt war [...] Ich war ein kleiner Aktivist der Aktion WIDERSTAND, deren Gruß wir noch heute benutzen. Das W war für einen kurzen geschichtlichen Augenblick das Einheitssymbol aller nationalen Kräfte in der Bundesrepublik. Das Scheitern der Aktion WIDERSTAND wurde, nach dem mißglückten Versuch der NPD, die 5%-Hürde zu überspringen, die zweite Tragödie der nationalen Bewegung in nur fünf Jahren.“⁵



Nach dem Niedergang der NPD begann die Radikalisierung und Aufspaltung der rechten Szene

len Koalition und gegen den allgemeinen gesellschaftlichen Erneuerungsprozess gerichtet war, wollte die NPD nochmals Mobilisierungskraft erlangen³. Doch keines der von der Gründung der „Aktion Widerstand“ angestrebten Ziele konnte erreicht werden:

Neuformierung rechtsextremer Strukturen

Man kann somit 1970/71 als die Geburtsstunde des Neonazismus, wie wir ihn heute gemeinhin verstehen, ansehen: Eine Neuformierung und -formu-

lierung nationalsozialistischer Politik durch Zirkel und Gruppen, denen überwiegend Menschen angehörten, die selbst keine Rolle (mehr) im National-


³ Vgl. hierzu: Kopke, Christoph: Die Aktion Widerstand 1970/71: Die „nationale Opposition“ zwischen Sammlung und Zersplitterung, in: Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hrsg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter. Frankfurt/New York 2010, 249–262.

⁴ Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2012, S. 60 ff.; Pfahl-Traughber, Armin: Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn 2000, S. 71–100, bes. S. 78 ff.

⁵ Michael Kühnen, Die zweite Revolution, Bd. 1, o. O. 1979 (ohne Seitenangaben).

sozialismus gespielt hatten. Allenfalls die Gründer und Führer dieser Gruppen konnten zum Teil auf eine NS-Vergangenheit zurückblicken. Zu nennen ist etwa Thies Christophersen (1918–1997). Der ehemalige SS-Mann veröffentlichte 1973 seine Schrift „Die Auschwitz-Lüge“, worin er den Massenmord und die Existenz des Vernichtungslagers in Auschwitz leugnet. Wichtig für die weitere Entwicklung der Neonazi-Bewegung war beispielsweise auch Friedhelm Busse (1929–2008). Der langjährige extrem rechte Aktivist (u. a. der NPD der 1960er Jahre) gründete 1971 seine Partei der Arbeit (PdA), die er später als Volkssozialistische Bewegung/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) weiterführte, bevor diese, zusammen mit ihrer Jugendorganisation Junge Front, nach einer Reihe schwerer Straftaten, die von VSBD-Anhängern begangen worden waren, 1982 vom Bundesinnenminister verboten wurde. Aus den Strukturen ging u. a. später die Nationalistische Front (NF) hervor, die 1992 verboten wurde. Eine Reihe weiterer Aktivisten ließe sich an dieser Stelle noch anführen: Meinolf Schönborn, Manfred Roeder, Jürgen Rieger – und vor allem Michael Kühnen. Der als charismatisch beschriebene Kühnen nimmt rückblickend eine Schlüsselrolle in der weiteren Entwick-

lung der bundesdeutschen Neonazi-Szene ein. Der Zeitsoldat wurde 1977 aus der Bundeswehr entlassen, nachdem er mit Gleichgesinnten in Hamburg eine offen neonazistisch agierende Gruppe aufgebaut hatte, die sich als Aktionsfront Nationaler Sozialisten

 Jüngere Aktivisten taten sich hervor, die keine Rolle mehr im Nationalsozialismus gespielt hatten


(ANS) bzw. unter Einschluß weiterer Gruppen seit 1983 bundesweit als Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) etablieren sollte. Der Wiederaufbau der NSDAP war ihr erklärtes Ziel. Spektakulär waren ihre provokativen Auftritte in der Öffentlichkeit, so z. B. die sog. „Eselsmaskenaktion“ im Mai 1978: Mit Eselsmasken verkleidete Demonstranten trugen Schilder um den Hals mit der Aufschrift: „Nur ich Esel glaube noch, daß in Auschwitz Juden vergast wurden“.

Die ANS/NA war zu Beginn der 1980er Jahre die wohl wichtigste neonazistische Kaderorganisation in der Bundesrepublik. Ihre Aktivitäten wurden nach dem Verbot zunächst innerhalb der Freiheitlichen Deutschen Arbeiter Partei (FAP) weitergeführt.

standen. Die einzelnen FAP-Landesverbände agierten von Pape unabhängig und setzten die Wandlung der FAP zur neonazistischen Kampfpartei zielstrebig um.⁷ Die Aktivisten der ANS/NA nutzten die FAP als Auffangbecken und vertrauten darauf, dass der Parteienstatus der FAP eine Kriminalisie-

rung der Strukturen zumindest erschweren würde. Schließlich war dem ANS-Verbot das ebenfalls nach dem Vereinsrecht ausgesprochene Verbot VSBD/PdA vorangegangen. Damit waren die legalen Strukturen des militanten Neonazismus innerhalb kurzer Zeit von empfindlichen Repressionsschlägen getroffen worden.

Die FAP brachte ihre Übereinstimmung mit dem historischen Nationalsozialismus öffentlich deutlich zum Ausdruck. Dies begann bereits mit dem Parteisymbol, das die in Fraktur gehaltene Abkürzung FAP in einem Zahnrad zeigte und somit erkennbar dem Symbol der Deutschen Arbeitsfront (DAF) aus dem „Dritten Reich“ nachempfunden war.

 FAP-Anhänger fielen in den achtziger Jahren immer wieder durch Gewalt und Straftaten auf

den war. Mit Aufklebern und Flugblättern trat die FAP offen rassistisch und antisemitisch auf und verbreitete Losungen wie „Arierblut – höchstes Gut“, „Für Rasse und Nation“ „Unsere Jugend ist arbeitslos – Ausländer raus“ und dergleichen mehr.⁸ Immer wieder fielen FAP-Anhänger und Mitglieder durch Straf- und Gewalttaten auf. Allein in der nordrhein-westfälischen FAP-Hochburg Duisburg, so berichtete das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL im Juni 1986, „registrierte die Polizei seit Ende 1983 über 30 einschlägige Straftaten: von der Nötigung bis zur Sachbeschädigung, von der Brandstiftung bis zur gefährlichen Körperverletzung“.⁹

Die FAP versuchte Demonstrationen durchzuführen oder beteiligte sich an organisationsübergreifenden Aktionen, wie am ersten sogenannten Ru-

⁶ Christians, Georg: „Die Reihen fest geschlossen“. Die FAP – Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den 80er Jahren. Marburg 1990.

⁷ Vgl.: „Die laufen jeder Trommel nach“, in: Der Spiegel, 25/1986 (=16.6.1986), S. 72–79.

⁸ Vgl. bspw. die Faksimile in: BMI (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1986, Bonn 1987, S. 164.


⁹ „Die laufen ...“, S. 72. Dort werden zahlreiche weitere Vorkommnisse aufgeführt.

Die Wandlung der FAP zu einer neonazistischen Kampfpartei

Die bereits im März 1978 durch den ehemaligen HJ-Führer Martin Pape (Jg. 1927) gegründete FAP war zunächst vorwiegend im Stuttgarter Raum aktiv und verfügte über knapp 200 Mitglieder. Die eher krude wirkende Pape-FAP war zwar der extremen Rechten zuzuordnen, galt aber allgemein nicht als neonationalsozialistisch, obwohl Kontakte in die neonazistische Szene bestanden.⁶ Die FAP wurde eigentlich erst bekannt, nachdem seit 1984 zahlreiche vormalige Mitglieder der ANS/NA in die Partei eintraten und so bundesweite FAP-Strukturen ent-

dolf-Heß-Gedenkmarsch am 14. August 1993 in Fulda, an dem Neonazisten gemeinsam mit der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten aufmarschierten. Mit ihren Aktivitäten versuchte die Partei gezielt jugendliche Fußballfans und Jugendliche aus der Skinheadszene anzusprechen, diese zu rekrutieren und zu politisieren.

Als Wahlpartei war die FAP beim Bundeswahlleiter registriert und hatte an der Bundestagswahl 1987 und zwischen 1980 und 1990 an mehreren Kommunal- und Landtagswahlen teilgenommen. Bei den Europawahlen 1989 erreichte sie mit 0,1 % und knapp 20000 Stimmen ihr insgesamt bestes Ergebnis. Noch vor dem Verbotungsverfahren liefen Planungen zur Teilnahme an den Bundestags- und Europawahlen 1994. Der schon erwähnte frühere VSBD/PdA-Führer Friedhelm Busse, der 1988 Parteigründer Pape als FAP-Vorsitzenden abgelöst hatte, sollte die Europaliste anführen.

 1989 spaltete sich die sogenannte Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front ab


Ein Großteil der FAP-Funktionäre hatte sich 1986 bei Bekanntwerden der Homosexualität Michael Kühnens von diesem distanziert, was zur faktischen Spaltung der FAP führte. 1989 verließen die Kühnen-Anhänger die Partei. Ihre Aktivitäten wurden durch die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) fortgeführt. Dieses Netzwerk um den 1992 verstorbenen Kühnen und den noch heute aktiven Neonaziaktivisten Christian Worch (Jg. 1956) bestand aus formal voneinander unabhängig agierenden Gruppen, Vereinen und Parteien. Nach der Parteispaltung ging aus dem Bremischen Landesverband der FAP die 1992 ebenfalls verbotene Deutsche Alternative (DA) hervor, die kurzzeitig hauptsächlich in Ostdeutschland, vor allem im östlichen Brandenburg, als neonazistische Kaderpartei fungieren sollte.¹⁰ Weiter-

re überwiegend von Kühnen-Anhängern betriebene Gründungen aus der FAP waren die allesamt in den frühen 1990er Jahren verbotenen Formationen Nationale Sammlung, Nationale Liste und Nationaler Block. Die unübersichtliche Struktur der GdNF sollte das Ausmaß eines bundesweit bestehenden organisatorischen Zusammenhangs verschleiern, um so staatliche Repressionen zu erschweren.

Mobilisierung der Jugend

Seit Mitte der 1980er Jahre stieg der Einfluß neonazistischer Positionen in einzelnen Jugendszenen wie bei den Skinheads oder unter Fußballfans deutlich an. Waren bis dahin rechtsradikale Jugendliche eher randständig in Jugendbünden – der wichtigste war die Wikingjugend – organisiert, deren Aktivitäten und Stilmittel (Volkstanz und Volkslieder, Wanderungen und Wehrsport usw.) vor allem an die historische Hitlerjugend erinnerten, entstand in den 1980er Jahren eine neue extrem rechte Jugendkultur, die sich nach und nach ausbreiten konnte und seit den 1990er Jahren beträchtlichen Zulauf erhielt.¹¹ Es bildete sich nun eine eigene Musikszene heraus (RechtsRock), in der sich Jugendliche politisch soziali-

sieren und ideologisch festigen lassen.¹² Einzelne Musikformationen, wie etwa die als kriminelle Vereinigung verbottene Musikformation Landser verfügen über einen beträchtlichen Bekanntheitsgrad. Der RechtsRock-Bereich ist

 Die rechte Musikszene trägt zur ideologischen Festigung bei und erwirtschaftet zudem Millionenbeträge

organisatorisch und personell mit der politischen NS-Szene vielfach verknüpft, es gibt zahlreiche fließende Übergänge. Mit Musik, NS-Devotionalien und szenetypischer Kleidung lassen sich zudem inzwischen Millionenbeträge erwirtschaften, die zum Teil wieder in die politische Arbeit investiert werden.¹³ In jüngster Zeit spielt das Internet als Kommunikationsort und Mobilisierungsmedium eine immer wichtigere Rolle.¹⁴ RechtsRock und entsprechende Internetangebote offerieren eine regelrechte neonazistische „Erlebniswelt“.¹⁵

Nach der Wende in der DDR 1989/90 war es unter Teilen der ostdeutschen Jugend zu einer beachtlichen nationalistischen und fremdenfeindlichen Mobilisierung gekommen. Einzelne Zusammenschlüsse von Jugendlichen mit

¹⁰Der Schwerpunkt der Aktivitäten der DA lag im Raum Cottbus. Dies hatte mit der Herkunft eines ihrer führenden Kader, Frank Maik Hübner zu tun. Hübner war 1982 in Cottbus Mitglied einer von seinem Bruder Peter Hübner gegründeten neonazistischen Wehrsportgruppe. Seit 1984 in Haft, wurden die Brüder Hübner 1985 von der Bundesrepublik als politische Häftlinge aus der DDR freigekauft. In der Bundesrepublik trat Frank Hübner verschiedenen Organisationen bei (u. a. der *Deutschen Volksunion* (DVU) und der NPD) und fand dann Anschluss an die Kühnen-Bewegung. Nach Öffnung der Grenzen kehrte er nach Cottbus zurück und rekrutierte Skinheads für die DA. Nachdem Frank Hübner jahrelang von der politischen Bildfläche verschwunden schien, kandidierte er 2008 für die NPD erfolgreich zum Cottbusser Stadtparlament.

¹¹Vgl. zusammenfassend: Langebach, Martin/Raabe, Jan: Die Genese einer extrem rechten Jugendkultur, in: Schedler, Jan/Häussler, Alexander (Hrsg.): *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung*. Wiesbaden 2011, S. 36–53.

¹²Dornbusch, Christian/Raabe, Jan: *RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien*. Münster 2002.

¹³Vgl. aktuell den Bericht: Russew, Georg Stefan: *Das rechtsextreme Millionengeschäft*, in: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-08/rechtsextremismusfinanzierung-musiklabel/komplettansicht> [letzter Zugriff 24.08.2012]

¹⁴Busch, Christoph (Hrsg.): *Rechtsradikalismus im Internet*. Siegen 2010.

¹⁵Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): *Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert*. Schwalbach 2007.

deutlicher Affinität zu nationalsozialistischen Positionen hatten sich in der DDR schon ab Mitte der 1980er Jahre herausgebildet. Im Vakuum zwischen alter DDR und neuer BRD wuchs die rechtsextreme Szene in Ostdeutschland rasant. Es kam zu Wellen schwerster Übergriffe, zu Morden, Brandanschlä-

gen und pogromartigen Krawallen. Die Angriffe richteten sich vor allem gegen Migranten und deren Unterkünfte („Asylanten“), aber auch gegen alternative Jugendliche (u. a. gegen besetzte Häuser und alternative Jugendclubs) und weitere Gruppen.

ein teilweise beeinflussbares und mobilisierungsfähiges Umfeld, zum anderen sind sie im „Nationalen Widerstand“ zusammen mit der NPD bei Demonstrationen präsent.“¹⁸

Auf die Organisationsverbote reagierte die Neonaziszene mit Eintritten in die NPD bzw. deren Jugendorganisation JN und mit der verstärkten Bildung so genannter Kameradschaften und dem Auftreten als „freie Nationalisten“ bzw. „freie Kräfte“. Damit sollen Organisationsgrad und Vernetzung verschleiert und staatliche Repression erschwert werden. Letztlich fußt das Konzept auf Kühnens GdNF. Kühnen hatte schon Ende der 1980er Jahre erklärt, dass die ANS/NAler und neu hinzukommende Kameraden „eine politische Gesinnungsgemeinschaft ohne organisatorische Strukturen“ bildeten, aber sich gleichzeitig „als Keimzelle der neuzugründenden Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ verstünden.¹⁹ Im Jahre 2001 sollen bundesweit etwa 2800 Aktivisten in rund 150 Kameradschaften eingebunden gewesen sein.²⁰ Die Kameradschaften


Ausgleich staatlicher Verbote durch verdeckte Netzwerke

Als staatliche Reaktion auf diese Gewalttaten wurden Anfang der 1990er Jahre eine Reihe neonazistischer Kleinstparteien und Organisationen verboten. Mit diesen Verboten versuchten das Bundesministerium des Innern und mehrerer Landesministerien seit Dezember 1992 die zunehmenden rechtsextrem motivierten Gewalttaten einzudämmen und zugleich dem In- und Ausland staatliche Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Die Verbotswelle betraf neben den erwähnten Parteien im Einflussbereich Kühnens oder der Nationalistischen Front auch die FAP. Bundesregierung und Bundesrat stellten im September 1993 beim Bundesverfassungsgericht den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der FAP. Doch das Bundesverfassungsgericht wies die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens mit der Begründung zurück, dass es sich bei der FAP um gar keine Partei handle. Die FAP biete „nach dem Gesamtbild ihrer tatsächlichen Verhältnisse [...], insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit“,¹⁶ tatsächlich auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der parlamentarischen Vertretung des Volkes mitwirken zu wollen. Nach dieser rechtspolitisch umstrittenen und demokratietheoretisch bedenklichen Entscheidung wurde die FAP nach dem Vereinsrecht verboten.¹⁷

Trotz vorübergehender Schwächung gelang es der Szene, der neu-

en Situation entsprechend zu begegnen. Zusammenfassend heißt es in einer Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dem Jahr 2001:

„Den Neonazis ist es in einem nicht unerheblichen Maße gelungen, die Auswirkungen der Verbote zu kompensieren. Sie haben auch ohne eigenständige überregionale Organisationen ihre politische Präsenz erneuert und teilweise sogar erweitert. Einige neonazistische Kader rückten in Führungspositionen bei der NPD, und einzelne neonazistische Ideologiestücke finden nunmehr Eingang in einen weiteren Diskurs. Die Neonazis sind zum einen Nutznießer der neuen NPD-Politik, andererseits aber minderten sie die organisatorischen Defizite durch autonome, mit modernen Kommunikationsmitteln vernetzte Strukturen. Neben den infrastrukturellen Veränderungen (Vielzahl von Info-Telefonen, Internet-Homepages und Publikationsorganen) muss hervorgehoben werden, dass die Neonazis (zumindest tendenziell) ihre Isolierung im rechtsextremistischen Spektrum aufheben konnten. In der rechtsextremistischen Skinhead-Subkultur erschließt sich ihnen

 Gerade in Ostdeutschland wuchs die Zahl der Kameradschaften

ten sind unterschiedlich straff organisiert und mehr oder weniger miteinander vernetzt. Ihre Mitglieder rekrutieren sie überwiegend aus den rechtsextremistisch beeinflussten oder rechtsaffinen örtlichen Jugendszenen. Gerade in Ostdeutschland hatte in der Vergangenheit „das Modell der Kameradschaften beachtliche Erfolge zu ver-

¹⁶Zitiert nach: Möllers/van Ooyen (Hrsg.): Parteienverbote, Frankfurt 2011, S. 175.

¹⁷Vgl. die kritische Diskussion der BVerfG-Entscheidung bei: van Ooyen, Robert Christian: Die Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, in: Ebd., S. 139–160.

¹⁸Bundesamt für Verfassungsschutz: Ein Jahrzehnt rechtsextremistischer Politik. Strukturdaten – Ideologie – Agitation – Perspektiven 1990–2001. Köln 2001, S. 4.

¹⁹Kühnen, Michael: Lexikon der Neuen Front. 1987, derzeit online unter: http://nazi-lauck-nsdapao.com/kuehnen/Lex_start.htm [August 2012]

²⁰Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke. Vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen 2002, S. 391.

²¹Ebd., S. 397.

zeichnen“.²¹ Aktuell sollen etwa 6.000 Personen (2010: 5.600) in der neonazistischen Szene organisiert sein.²² Es muss davon ausgegangen werden, dass ein schwer zu bezifferndes Umfeld sympathisierender und gelegentlich mobilisierbarer Personen hinzuzurechnen ist, die Szene also größer ist.

Ein Teil der Kameradschaften agiert seit ein paar Jahren als sogenannte „Autonome Nationalisten“.²³ Diese Gruppen imitieren Bekleidungs- und Musikstile von antifaschistischen und/oder linksautonomen Gruppen und kopieren deren Slogans und Parolen (einschließlich des Layouts bspw. von Transparenten).²⁴

Die Neonazis der Kameradschaftszene kooperieren – trotz gelegentlicher Differenzen – überwiegend mit der NPD. Für die NPD sind die Kameradschaften ein wichtiger Bündnispartner, ohne die die in den 1990er Jahren

wieder erlangte Kampagnenfähigkeit schwer vorstellbar wäre. Vorangegangen war ein schrittweise erfolgter Öffnungsprozess. Bis dato geltende Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurden zurückgenommen und namhafte Vertreter der Kameradschaftsszene und Rechts-Rock-Größen, wie der Landser Kultsänger Michael „Lunikoff“ Regener, traten der Partei bei. Inzwischen gilt die NPD als weitgehend neonationalsozialistische Partei.²⁵ Mit der Integration verstreuter Überreste und Funktionäre vorangegangener, politisch gescheiterter oder polizeilich zerschlagener Organisationen, verfügt die NPD dadurch auch über einen gewachsenen organisationserfahrenen Kader, in den eine lange Tradition „nationaler“ Politik in- und außerhalb der Strukturen der NPD eingeht.

Demonstrationen rückblickend einen erheblichen Geländegewinn verzeichnen: „Wenn es vor 10 Jahren nur ca. 100 Kameraden waren, die sich zu einer Demonstration zusammengefun-



Demonstrationen werden gezielt genutzt, um durch Kampferlebnisse die kollektive Identität zu stärken

den hatten, so erreichen wir heute problemlos das 50-fache an Gleichgesinnten und vom wachen einer Bewegung hängt der spätere politische Erfolg ab“²⁷, heißt es in einem einschlägigen Artikel aus dem Jahr 1998. Das ist zwar übertrieben, real schwankt die Mobilisierungsfähigkeit, aber im Kern nicht unzutreffend.

Zu den zentralen Elementen des Neonazismus gehört selbstredend „Gewalt“. Gewalt erscheint als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. In der Vorstellung einer natürlichen hierarchischen Ordnung spielt Gewalt eine zentrale Rolle. Gewalt wird in vielen extrem rechten Musiktiteln verherrlicht und verklärt. Auch in der eigenen Szene ist Gewalt alltäglich.²⁸

Aufmärsche und Gewalt als Mittel der Politik

Seit den 1990er Jahren ist die extreme Rechte verstärkt mit Demonstrationen, den sogenannten „Aufmärschen“ präsent. Diese „Demonstrationspolitik“ hat für die extreme Rechte verschiedene Funktionen.²⁶ Zum einen soll die Ausdauer zivilgesellschaftlicher Gegenproteste herausgefordert werden, man setzt auf einen Gewöhnungseffekt. Zum anderen sollen die Kampagnenthemen der extremen Rechten in die Öffentlichkeit getragen werden: Das sind neben geschichtspolitischen Fragen (z. B. angeblicher „allierter Bomben-Holocaust“ in Dresden) vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Themen („Arbeit für Deutsche“) oder Themen, von denen sie sich Sympathie in der Bevölkerung erhoffen (z. B. „Todesstrafe für Kinderschänder“, Kampagnen gegen Moscheebauten). Darüber hinaus sind die Demonstrationen auch aus anderen Gründen wichtig: Die eigene Klientel soll mobilisiert werden, es geht um das gemeinschaftliche Erleben, die Herausbildung kollektiver

Stilmittel und einer kollektiven Identität („Kampferlebnis“, „Kameradschaft“). Aus ihrer Perspektive konnte die extreme Rechte auf dem Feld der

²²Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht für 2011 (Vorabfassung). Bonn 2012, S. 57.

²³Schedler/Häusler, Autonome Nationalisten (wie Fn. 11).

²⁴Analysen, die in der Existenz der „Autonomen Nationalisten“ endlich bestätigt sehen, dass sich „die Extreme“ nahe sind, greifen zu kurz. Die provokative Übernahme vermeintlicher oder tatsächlicher Symbole der politischen Linken gehört seit jeher zur politischen Praxis extrem rechter Bewegungen. Insgesamt wird m. E. das Phänomen der „Autonomen Nationalisten“ in Teilen der Publizistik deutlich überschätzt. Zur Diskussion vgl.: Suermann, Lenard: Rebel Without a Course. Der Diskurs um die „Autonomen Nationalisten“, in: Wamper, Regina u. a. (Hrsg.): Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Münster 2010, S. 166–193.

²⁵Vgl. nur: Kailitz, Steffen: Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Backes, Uwe/Steglich, Henrik: Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 337–353. Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: Die NPD und ihr Milieu. Münster/Ulm 2009, S. 39 ff.

²⁶Grundlegend: Virchow, Fabian: Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg 2006, S. 68–101.

²⁷Zitiert nach: Virchow, Fabian: Die „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten im Bundesgebiet und im Land Brandenburg, in: Kopke, Christoph (Hrsg.): Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven. Potsdam S. 109–128, 123.

²⁸Speit, Andreas: Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum. Braunschweig 2005.



Und schließlich traten und treten unorganisierte Sympathisanten und organisierte Neonazis immer wieder mit Gewalttaten gegen Gegner und imaginierte Feindgruppen hervor. Die jüngste und bisher herausragende Eskalation der Gewalt stellt sicher die Mordserie der NSU dar. Christoph Busch hat



Rechtsradikale Gewalt verfügt über ein genügendes Potential für rechtsradikale Verbrechen

nach den Enthüllungen über den NSU das Thema wie folgt zusammengefasst:

„Es gibt in Deutschland seit den 1980er-Jahren rechtsterroristische Aktivitäten. Im Zuge der Wiedervereinigung erreichte die rechtsradikale Militanz ein dauerhaft höheres Niveau, wobei es sich hauptsächlich um spontane, „heiße“ Gewalttaten handelt. In der rechtsradikalen Bewegung sind jedoch ebenfalls Ideologie, Strategien, Gewaltbereitschaft, Waffen, klandestine Strukturen und personelle Kompetenzen vorhanden, um einen Rechtsterrorismus zu begründen. [...] Auch wenn rechtsradikale Gewaltbereitschaft, die vor der Tötung der vermeintlichen Feinde nicht zurückschreckt, keine neuere Entwicklung ist, stellt die langjährige Serie von geplanten Mordanschlägen des „NSU“ eine neue Eskalationsstufe dar. Während es bei den eher seltenen „kalten“ vorbereiteten rechtsradikalen Gewalttaten den Tätern da-

KURZBIOGRAPHIE

Christoph Kopke (*1967), Dr. phil. Dipl.-Pol., u. a. Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Potsdam und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft am Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus und zum Rechts extremismus (mmz-potsdam.de/index.php?ID_seite=104).

rum geht, Gewalt als Mittel der Propaganda einzusetzen, verzichtete der „NSU“ auf ein öffentliches Bekenntnis zu den Taten. Der Vernichtungsgedanke, der der rechtsradikalen Ideologie inhärent ist, manifestiert sich im „NSU“ als rassistisch motivierte Mordlust, die in langfristig geplanten Morden mündet – ein Novum in Deutschland.“²⁹

Fazit

Geschichte ist ein offener Prozess: Die weitere Entwicklung der Neonaziszene

hinsichtlich ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihrer organisatorischen und personellen Zusammensetzung, ihrer Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit, ihrer Gewaltbereitschaft und -ausübung bleibt abzuwarten.

Bei aller Fluktuation haben sich das neonationalsozialistische Personenpotential und die damit verbundene politische Schlagkraft seit den 1970er Jahren deutlich erhöht. Die Szene hat sich ausdifferenziert und durch die Etablierung einer Musik- und Jugendkultur in der Gesellschaft verankern können. Mancherorts lässt sich sogar schon die Bildung extrem rechter Parallel- und Nischengesellschaften beschreiben.³⁰ Zusammen mit der inzwischen radikalisierten NPD haben die Neonazis eine beachtliche Mobilisierungsfähigkeit erreicht. Anhaltend hoch ist die Gewaltbereitschaft, auch wenn die Mordserie der NSU bislang eine Ausnahme darstellt. Angesichts dieser Entwicklungen sind Zivilgesellschaft und Staat aufgerufen, das Thema „Neonazismus“ nicht zu den Akten zu legen können – unabhängig davon, ob sich Politik und Verfassungsgericht zu einem Verbot der NPD werden durchbringen können.

²⁹Busch, Christoph: Der „Nationalsozialistische Untergrund“ im Lichte rechtsradikaler Gewalt, in: Deutschland Archiv Online vom 10.05.2012. Online unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/135578/der-nsu-im-lichte-rechtsradikaler-gewalt?p=all> [August 2012]

³⁰Vgl. Botsch, Gideon: Die extreme Rechte als „nationales Lager“ – „Versäulung im lebensweltlichen Milieu oder Marsch in die Mitte der Gesellschaft?, in: Kopke, Grenzen der Toleranz, (wie Fn. 27), S. 57–81.



Die politische Entwicklung der NPD

Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung einer rechtsextremistischen Partei



Der Beitrag zeichnet die wechselvolle Geschichte der NPD nach. 1964 gegründet, um das rechtsextremistische Wählerpotential zu bündeln, legte sich die Partei ein möglichst konservatives bürgerliches Image zu. Das führte zwar zu heftigen internen Konflikten, doch auch zu einem beträchtlichen Zuwachs an Mitgliedern und Wählern. Zwischen 1967 und 1969 gelang der Einzug in fünf Landesparlamente. Bei der Bundestagswahl 1969 konnte die Fünf-Prozent-Hürde allerdings nicht überwunden werden. Es folgte eine lange Zeit der Richtungskämpfe und des Niedergangs. Erst 1996 begann der langsame Wiederaufstieg mit einem neuen Programm und unter neuem Vorsitz. Erfolg bei den Wahlen und eine relativ feste regionale Verankerung hat die NPD heute in einigen östlichen Bundesländern. Im Gegensatz zu den Rechtsaußen-Parteien in manchen europäischen Nachbarländern gelingt es der NPD bis heute aber nicht, sich auf Dauer ein gemäßigtes und seriöses Image zuzulegen. Ihr Rechtsextremismus bleibt unverkennbar.



Armin Pfahl-Traugber

Fragt man heute in der Bundesrepublik Deutschland nach der bedeutendsten rechtsextremistischen Organisation, so dürfte an erster Stelle die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) genannt werden: Ihre Abgeordneten sitzen in zwei ostdeutschen Landtagen, in Kooperation mit Neonazis führt die Partei regelmäßig öffentliche Demonstrationen durch, und in bestimmten Regionen lässt sich für die NPD eine alltagskulturelle Verankerung konstatieren. Im Unterschied zu Rechtsaußen-Parteien in einigen eu-

ropäischen Ländern gelang ihr der Einzug in das nationale Parlament jedoch nicht, liegt die NPD doch bei Bundestagswahlen weit unter der Fünf-Prozent-Hürde. Dennoch wäre sie 1969 beinahe in den Bundestag gelangt. Die Erinnerung daran macht deutlich, dass es sich keineswegs um eine neue Partei handelt. Hier soll die Entwicklung der NPD im Lichte der Geschichte des deutschen Rechtsextremismus hinsichtlich ihrer Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung dargestellt und eingeschätzt werden.

len, sieht man einmal von der SRP ab. Sie erhielt 1951 bei den Landtagswahlen in Niedersachsen 11 Prozent und bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 7,7 Prozent der Stimmen. Aufgrund ihrer Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus wurde die SRP aber nach einem Antrag der Bundesregierung 1952 durch das Bundesverfassungsgericht verboten.

Bereits zuvor entstand 1950 die „Deutsche Reichspartei“ (DRP) als Fusion des niedersächsischen Landesverbandes der DKP-DRP und der hessischen NDP. Als eine eher traditionell autoritär-konservativ geprägte Partei erhielt sie durch die Zugänge ehemaliger SRP-Aktivisten einen nationalsozialistisch orientierten Flügel, der zwar bedeutsam, aber nicht vorherrschend wurde. Bei Wahlen konnte die DRP nicht an die Erfolge der SRP anknüpfen: Bei den Bundestagswahlen 1953 erhielt sie lediglich 1,1 Prozent

Die Gründung der NPD als Sammelpartei der extremistischen Rechten

Anfang der 1960er Jahre stand es aus Sicht seiner Anhänger schlecht um den parteipolitischen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.¹ Zwar existierten bereits zur Gründungszeit des neuen Staates gleich vier rechtsextremistische Parteien, zwei mit bundesweitem Anspruch in Form der „Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei“ (DKP-DRP)

und der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) und zwei mit regionalem Anspruch in Gestalt der „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) in Hessen und der „Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung“ (WAV) in Bayern. Bei Wahlen konnten sie aber keine Erfolge erzie-

¹ Vgl. zur Geschichte des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Dudek/Jaschke 1984; Pfahl-Traugber 2006; Stöss 1989.



der Stimmen: ein Anteil, der bis 1961 sogar auf 0,8 Prozent zurückging. Zwar bildete die DRP als Partei die dominierende Kraft im Rechtsextremismus, spielte aber als Wahlpartei mit einer solch geringen Zustimmung keine Rolle. Darüber hinaus waren die organisierten Kräfte in diesem politischen Lager nicht gebündelt, sondern in Parteien und Vereine mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung zersplittert. Dies führte nicht nur zur Aufspaltung der vorhandenen Anhängerschaft, sondern auch der potentiellen Wählerschaft.

Anfang der 1960er Jahre setzte sich im rechtsextremistischen Lager zunehmend die Einsicht durch, dass man um der beabsichtigten Wahlerfolge willen, die Kräfte bündeln müsste. Vorantreibende Kraft dieser Entwicklung war der zwischenzeitlich zum DRP-Vorsitzenden aufgestiegene Adolf von Thadden, der an die Erfahrungen eines relativen Erfolgs bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 1963 anknüpfen wollte: Dort



Die Bündelung rechtsextremistischer Kräfte in der NPD sollte endlich die erhofften Wahlerfolge bringen

hatte eine gemeinsame Liste von DRP und „Deutscher Partei“ (DP) mit 5,2 Prozent der Stimmen knapp den Einzug in das Parlament geschafft. Als Folge der bündnispolitischen und organisatorischen Entwicklung im rechtsextremistischen Lager kam es ein Jahr später, am 28. November 1964, zur Gründung der NPD.² In ihr versammelten sich fortan frühere Mitglieder anderer rechtsextremistischer Parteien, wobei aber die Führungskräfte der DRP überwogen. Gleichwohl handelte es sich um eine Sammelpartei zur Konzentration der Kräfte. Damit war eine wichtige lagerinterne Voraussetzung für die kommenden Wahlerfolge entstanden.

Die Entwicklungsgeschichte der Partei in den 1960er Jahren

Aufgrund der starken Dominanz von DRP-Funktionsträgern und -Mitgliedern mag verwundern, warum nicht deren Vorsitzender von Thadden, sondern Friedrich Thielen erster Bundesvorsitzender der NPD wurde. Dafür gab es einen strategischen Grund: Im öffentlichen Agieren bemühte sich die neue Partei darum, vom Ruf einer ideologischen Nachfolgeorganisation der NSDAP weg zu kommen. So vermied die NPD etwa im Unterschied zu ihren Vorläuferorganisationen aggressive Forderungen und bekannte sich formal zu „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“ – allerdings in einer anderen Form, als diese Prinzipien dem demokratischen Verfassungsstaat eigen sind. Dies diente ebenso wie die verbale Bejahung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum einen dazu, einem möglichen Verbotungsverfahren keine Anknüpfungspunkte zu geben. Zum anderen bemühte man

sich um ein bürgerliches, konservatives und seriöses Image, wofür das ehemalige CDU-Mitglied Thielen mehr als das frühere DKP-DRP- und DRP-Mitglied von Thadden stand.

Hiermit hatte die Partei eine weitere wichtige Lehre für ihre strategische Ausrichtung gezogen: In einer zunehmend von der Bevölkerung akzeptierten Staatsform der parlamentarischen Demokratie und des liberalen Rechtsstaates verschreckt eine sich offen extremistisch und verfassungsfeindlich gebende Partei weite Teile der Öffentlichkeit und Wählerschaft. Nur mit einem gemäßigten Image und einem legalistischen Kurs kann breiter in die Gesellschaft hineingewirkt und Sympathie mobilisiert werden. Gleichwohl führt diese strategische Ausrichtung in der Regel auch zu innerparteilichen

Konflikten: Die gemäßigten Kräfte fühlen sich instrumentalisiert und marginalisiert, die radikaleren Strömungen wollen sich deutlicher artikulieren und positionieren. Daher kam es in der NPD intern immer wieder zu heftigen Konflikten um die richtige Linie. In der Folge einer solchen Auseinandersetzung, die aber auch einen machtpolitischen und persönlichen Charakter hatte, trat Thielen im Sommer 1967 aus der Partei aus und überließ von Thadden das Amt des Vorsitzenden.



Mit der Vortäuschung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sollten Sympathie und Wählerstimmen gewonnen werden

Da er schon seit Gründung der NPD eine Art „Vorsitzender im Hintergrund“ war, verlief dieser Wechsel an der Spitze relativ reibungslos. Von Thadden bemühte sich fortan um eine straffe Führung der NPD und fand dafür aufgrund seines hohen Ansehens in der Partei großen Rückhalt. Die Parteitage plante die NPD-Führung ohnehin so, dass sie nur zur Legitimation des offiziellen Kurses und nicht zur Diskussion kontroverser Fragen genutzt wurden. Bei Personalfragen konnte sich aber auch von Thadden nicht immer durchsetzen. Trotz der erwähnten ständigen inneren Auseinandersetzungen, welche die Partei in ihrer Arbeit und Außenwirkung teilweise lähmte, wuchs die Mitgliedschaft binnen kurzer Zeit enorm an. Damit war auch genügend Personal vorhanden, um in den einzelnen Bundesländern funktionsfähige Organisationsstrukturen aufzubauen. Diese ermöglichten einen engagierten Wahlkampf, dem zwischen 1966 und 1968 der regelmäßige Sprung in den jeweiligen Landtag folgte. Die NPD erweckte so den Eindruck, dass sie sich als Wahlpartei etabliert habe.

² Vgl. zur Geschichte der Partei in den 1960er Jahren: Fascher 1994: 27–72; Hoffmann 1999: 74–275; Kühnl u. a. 1969; Maier 1967; Schmollinger 1984.

Die ideologische Ausrichtung und politische Programmatik der frühen NPD

Wie bereits angedeutet gab sich die NPD bei der Artikulation ihrer politischen Positionen um der öffentlichen Wirkung willen seriös und zurückhaltend. Daher enthält das erste offizielle Programm von 1967³ – also zum Zeitpunkt der ersten herausragenden Wahlerfolge – relativ allgemein gehaltene Positionen, welche weder ein genaues demokratie- noch ideologietheoretisches Profil zu erkennen geben. Man findet in dem Text das Bekenntnis zu Bauertum und Mittelstand sowie zu Marktwirtschaft und Unternehmertum, die Forderungen nach einer Stärkung des Nationalbewusstseins und der Überwindung der Teilung Deutschlands, Klagen über kulturellen Niedergang und sittlichen Verfall, die Ablehnung einer „Kollektivschuld“ der Deutschen am Zweiten Weltkrieg und des amerikanischen und sowjetischen Einflusses in den beiden deutschen Staaten und die Bejahung von Arbeitsfrieden und Interessenausgleich sowie von Demokratie und Grundordnung. Letzterem widersprechen allerdings andere Aussagen und Handlungsweisen:

Das Gründungsmanifest der NPD von 1964⁴ enthielt denn auch weit aus schärfere Positionen, was sich etwa anhand der Forderung nach einem starken Staat und dessen Umsetzung des Prinzips „Jedem das Seine“ zeigte. Darüber hinaus sollten Ausländer einen geringeren Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz haben, das angeblich „zersetzende Meinungsmonopol“ des Fernsehens wollte man aufheben, und die Prozesse gegen ehemalige NS-Kriegsverbrecher sollten ihr Ende finden. Noch deutlicher wurde man in einem „Politischen Lexikon“ von 1966⁵, das den Mitgliedern zur politischen Orientierung diene. Darin artikuliert sich die Forderung nach einer identitären Demokratie mit elitärer Führung, die Beschwörung der Ideale einer ethnisch und politisch homogenen

„Volksgemeinschaft“, die Einforderung eines über den Gesellschaft stehenden starken Staates, die doch sehr positive und wohlwollende Kommentierung des „Dritten Reichs“ und die hohe Wertschätzung von einigen zeitgenössischen autoritären Diktaturen in Europa.

Angesichts dieser Auffassungen stellt sich die Frage, ob die damalige NPD über eine nationalsozialistische Ausrichtung verfügte? So angemessen bei den referierten Positionen die Zuordnung zum Rechtsextremismus ist, so muss dies nicht zwingend auch eine Zuordnung zum Nationalsozialismus bedingen. Die Gemeinsamkeiten beziehen sich auf ideologische Merkmale, die weitgehend allen Rechtsextremisten eigen sind. Dafür können bei

Die Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung der frühen NPD

Im Verlauf der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gelangen der NPD sowohl externe wie interne Erfolge, die sich für den deutschen parteipolitischen Rechtsextremismus in dem Ausmaß bis zu diesem Zeitpunkt und auch in den späteren Jahren nicht mehr ausmachen lassen. Zunächst zum erstgenannten Gesichtspunkt: Die Zahl der Mitglieder wuchs 1965 auf 13.700 an, verdoppelte sich 1966 fast auf 25.000 und stieg 1967 noch einmal auf 28.000 an, um dann 1968 kurz auf 27.000 zurückzugehen, aber 1969 wieder auf 28.000 anzusteigen. Hierbei fällt auf, dass der bedeutendste Schub beim Anstieg der Mitglieder bereits im ersten Jahr der Wahlerfolge ausgemacht werden konnte. 1966 verzeichnete die NPD einen Zugewinn von 11.300 Personen,

³ Vgl. NPD 1967.

⁴ Vgl. NPD 1964.

⁵ Vgl. NPD 1966.

⁶ Vgl. Hoffmann 1999: 383–390; Schmollinger 1984, 1981–1986.

der Hervorhebung ethnischer Identität und bei sozialpolitischen Positionen Unterschiede ausgemacht werden: Die NPD verfügte über eine stärker besitzbürgerliche Ausrichtung und weniger



Die frühe NPD war stark nationalistisch ausgerichtet, dagegen weniger rassistisch

über eine sozialrevolutionäre Orientierung. Hinzu kommt die ausgeprägter nationalistische und geringere rassistische Ausrichtung der Parteiideologie. Insofern stand die NPD der 1960er Jahre primär in der Tradition des Deutschnationalismus und weniger in der des Nationalsozialismus. Diese – auch im Vergleich zur heutigen NPD – wichtige Differenzierung ändert aber nichts an der Einschätzung der Partei als rechtsextremistisch.

obwohl man in diesem Jahr lediglich Erfolge bei zwei Landtagswahlen erringen konnte. Die fünf „Sprünge“ in die Landesparlamente zwischen 1967 und 1969 motivierten nur noch 3.000 Personen zum Parteieintritt. Offenbar war das Potential an interessierten und möglichen NPD-Mitgliedern dadurch schon weitgehend erschöpft.

Wie setzten sich nun diese Angehörigen der Partei sozial zusammen?⁶ Hinsichtlich des Alters fällt auf, dass in der Gründungsphase der NPD der Durchschnitt bei um die 50 Jahre lag. Damit handelte es sich um die Altersgruppe, die während der Zeit des Nationalsozialismus und Zweiten Weltkriegs sozialisiert wurde. Mit der Zeit sank der Altersdurchschnitt der NPD-Mitglieder und näherte sich dem der



Gesamtbevölkerung an. Unterrepräsentiert blieben dann aber auch die unter 30jährigen und die über 60jährigen. Bei der Geschlechterverteilung zeigte sich eine klare Überrepräsentanz von Männern im Bereich von gut 90 Prozent. Hinsichtlich der einzelnen Berufsgruppen und sozialen Zusammensetzung ergab sich ein deutlich höherer Anteil von Bauern, Einzelhändlern und Handwerkern, während Angestellte, Arbeiter und Studenten unterrepräsentiert blieben. Somit kann die Mitgliedschaft als stark mittelständig geprägt gelten, ihr gehörten aber auch Angehörige aus anderen sozialen Schichten in bedeutender Zahl an.

Die regionalen Hochburgen der NPD-Mitgliedschaft lagen in Bayern, Hessen, Niedersachsen, dem Saarland und Schleswig-Holstein, während sie in Nordrhein-Westfalen nur wenig Zulauf hatte. Ebendort konnte man als einzigem deutschen Flächenstaat auch nicht in den Landtag einziehen. Dafür war der Landesverband in Baden-Württemberg nur durchschnittlich stark ent-



Meist gab es nur einen schwachen Zusammenhang von Organisationsstärke und Wahlerfolg

wickelt, obgleich die NPD hier ihren bislang mit Abstand größten Wahlerfolg verbuchte. Demnach besteht ein eher schwacher Zusammenhang von Organisationsstärke und Wahlerfolg. Hinsichtlich der Stadt-Land-Verteilung zeigte sich, dass die Mitgliedschaft der Partei weniger aus Großstädten, sondern mehr aus kleineren und mittelgroßen Städten stammte. Zuvor waren die NPD-Angehörigen zu einem guten Drittel in der DRP organisiert und zu einem Fünftel vor 1945 NSDAP-Mitglieder. Bezogen auf die Mandatsträger der Partei in den sieben Landtagen ließ sich ebenfalls ein hoher Anteil von Abgeordneten aus dem Mittelstand und ein geringer Anteil von Akademikern ausmachen.

Die Wählerentwicklung und -zusammensetzung der frühen NPD

Bei den Wahlen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gelangen der NPD Erfolge, die danach in Deutschland nie wieder eine rechtsextremistische Partei in dieser Kontinuität verzeichnen konnte: Bei den Bundestagswahlen 1965 und den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft 1966 erzielte die NPD mit 2,0 Prozent bzw. 3,9 Prozent der Stimmen zunächst nur Achtungserfolge. Danach übersprang die Partei aber bei mehreren Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde: 1966 erhielt sie in Bayern 7,4 und in Hessen 7,9 Prozent, 1967 in Rheinland-Pfalz 6,9, in Schleswig-Holstein 5,8, in Niedersachsen 7,0 und in Bremen 8,8 Prozent der Stimmen. Und 1968 gelang der NPD in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent der Stimmen ihr bislang größter Erfolg bei Wahlen, wodurch sie auch in den siebten Landtag eine Fraktion ent-

senden konnte. Alles deutete zu jener Zeit darauf hin, dass die Partei bei den Bundestagswahlen 1969 ins Parlament einziehen und sich damit als Wahlpartei etablieren würde. Hier scheiterte sie aber – wenngleich nur knapp – mit 4,3 Prozent der Stimmen.

Wie setzte sich nun die Wählerschaft der NPD sozial zusammen?⁷ Zunächst zu den Hochburgen: Dabei handelte es sich um mittelständisch dominierte ländliche Regionen mit relativ unterentwickelter Wirtschaftsstruktur und einer protestantischen Dominanz. Es bestanden somit Kontinuitäten zu den Hochburgen der anderen rechtsextremistischen Parteien der 1950er Jahre, aber auch zu den Hochburgen der NSDAP vor 1933. Als Berufsgruppen

waren in der NPD-Wählerschaft vor allem Einzelhändler, kleinere Gewerbetreibende, Landwirte und andere Angehörige des alten Mittelstandes überrepräsentiert. Mit der Zeit gelang es aber, auch stärkere Zustimmung in der Arbeiterschaft zu gewinnen, womit sich ein für die Ursachenanalyse der Wahlzustimmung zu rechtsextremistischen Parteien allgemein interessanter Aspekt andeutet: Je mehr die NPD sich als Wahlpartei zu etablieren schien, desto mehr näherte sich die Sozialstruktur der Wählerschaft der Sozialstruktur der Gesamtbevölkerung an.

Als weitere Besonderheit bei der Zusammensetzung der NPD-Wählerschaft fällt auf, dass es sich bei ca. sieben Zehntel um Männer handelte und die Altersgruppe der 45 bis 60jährigen dominierte. Aber auch hier gilt, dass sich die Altersstruktur der Wählerschaft im



Die Wahlentscheidung zugunsten der NPD war mehr als nur Sozialprotest

Laufe der scheinbaren Etablierung der NPD als Wahlpartei immer mehr dem Bevölkerungsdurchschnitt anpasste, d. h. kontinuierlich eine Verjüngung eintrat. Hinsichtlich der formalen Bildung ließ sich eine Überrepräsentanz der höher Gebildeten in der Altersgruppe der im „Dritten Reich“ Sozialisierten ausmachen, während der Anteil der höher Gebildeten unter Jüngeren bei den NPD-Wählern unterrepräsentiert war. Gegen Ende der 1960er Jahre näherte sich die soziale Zusammensetzung der Partei – mit einem leichten Übergewicht der Angehörigen des alten Mittelstandes – immer mehr der der Gesamtbevölkerung an. Daher kann es sich bei den Motiven zugunsten einer NPD-Wahl nicht primär um Sozialprotest aufgrund von ökonomischen Umbrüchen handeln.

⁷ Vgl. Hoffmann 1999: 365–383; Schmollinger 1984: 1955–1960.



Das Schattendasein der Partei in den 1970er und 1980er Jahren

Nach dem gescheiterten Versuch, 1969 in den Bundestag einzuziehen, setzte bei der NPD sowohl der organisatorische als auch der elektorale Niedergang ein. Die Partei hatte mit durchaus berechtigter Hoffnung einen Wahlerfolg erwartet und musste nun eine bittere und frustrierende Niederlage einstecken. Durch die Fixierung auf die Bundestagswahl mühevoll zurückgehaltene innerparteiliche Spannungen brachen nun in offene Konflikte aus. In deren Folge trat von Thadden von seinem Amt als Bundesvorsitzender zurück und überließ es Martin Mußnug. Binnen kurzer Zeit verlor die NPD einen Großteil ihrer Mitglieder: 1970 gehörten ihr nur noch 21.000 Personen an, 1972 sank die Zahl auf 14.500, und 1975 waren es nur noch 10.800. Parallel dazu schrumpfte auch die Zustimmung bei Wahlen, blieb man doch fortan weit unter fünf Prozent der Stimmen. Bei den Landtagswahlen 1970 erreichte die NPD noch zwischen 1,1 und 3,4 Prozent, 1971 nur noch zwischen 1,3 und 2,8 Prozent und 1972 bei den Bundestagswahlen lediglich 0,6 Prozent der Stimmen.

Besonders das letztgenannte Ergebnis, das sich aber auch durch die starke Polarisierung von CDU und SPD im Wahlkampf und der damit verbundenen Fixierung auf die Großparteien erklärt, wurde als vernichtende Niederlage empfunden. Große Teile des mehr gemäßigten nationalkonserva-



In den 1970er Jahren hatte die neu gegründete DVU mehr Mitglieder als die NPD

tiven Flügels waren schon zuvor aus der Partei ausgetreten. Nun beschränkten diesen Weg auch die jüngeren radikalen Kräfte. Viele von ihnen fanden sich kurze Zeit später in den verschiedenen Neonazi-Gruppen im Umfeld von Michael Kühnen wieder. Wiederum andere NPD-Mitglieder wandten sich der

von dem Verleger der „National-Zeitung“ Gerhard Frey 1971 gegründeten „Deutschen Volksunion“ zu. Sie erwies sich damit als wichtiges Auffangbecken für frustrierte Parteimitglieder und löste die NPD im Laufe der 1970er Jahre als mitgliederstärkste Organisation im Rechtsextremismus ab. Von knapp 5.000 Mitglieder im Jahr 1976 stieg deren Zahl 1980 auf über 10.000, während die NPD in dem gleichen Zeitraum einen weiteren Rückgang von 9.700 auf 7.200 zu verzeichnen hatte.

Anfang der 1980er Jahre begann die Partei verstärkt auf das Themenfeld Ausländerpolitik zu setzen. So gründete man etwa aus strategischen Motiven Bürger- und Wahlinitiativen für „Ausländerstopp“, die allerdings weder in der Bevölkerung noch bei Wahlen

Krise und Niedergang der NPD bis 1996

Zwischenzeitlich war zwar die Mitgliedschaft weiter von 7.200 (1980) auf 6.400 (1988) Personen geschrumpft. Gleichwohl schien sich die NPD auf diesem niedrigen Niveau stabilisiert zu haben und konnte 1989 sogar seit langem wieder einen leichten Anstieg der Mitgliederzahlen auf 7.000 verbuchen. Allerdings sank deren Zahl im nächsten Jahr erneut auf 6.500 ab. Bei den Wahlen knüpfte man nicht mehr an die relativen Erfolge der Vorjahre an und erhielt nur noch zwischen 0,2 und 0,3 Prozent der Stimmen. Im Juni 1991 kam es vor diesem Hintergrund auf einem Parteitag zu heftigen Kontroversen um die politische Zukunft der NPD. Mußnug und sein Stellvertreter Jürgen Schützinger vertraten die Auffassung, die Partei habe abgewirtschaftet und solle sich besser der zwischenzeitlich gegründeten „Deutschen Allianz – Vereinigte Rechte“ anschließen. Demgegenüber pochten der einflussreiche Parteifunktionär Günther Deckert und seine Anhänger auf die Eigenständigkeit der NPD und

große Resonanz hatten. Die Ergebnisse blieben meist weit unter 0,5 Prozent der Stimmen. Von daher verbuchte man sogar die 0,8 Prozent der Stimmen für die NPD bei den Europa-Wahlen 1984 als relativen Erfolg, zumal die Partei in den Genuss der Wahlkampfkosten-erstattung kam und dadurch zumindest teilweise ihre angewachsenen Schulden abtragen konnte. Weitere derartige Achtungserfolge gelangen ihr auf niedriger Ebene im Rahmen einer zeitweiligen Zusammenarbeit mit der DVU: So erhielt die NPD 1988 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2,1 und in Schleswig-Holstein 1,2 Prozent der Stimmen. Bei den hessischen Kommunalwahlen 1989 konnte sie in einer für rechtsextremistische Wahlparteien günstigen Situation mit 6,6 Prozent der Stimmen sogar in den Stadtrat von Frankfurt/M. einziehen.

verwiesen auf die in den neuen Bundesländern entstehenden Möglichkeiten.

In einer Kampfabstimmung um das Amt des neuen Vorsitzenden konnte sich Deckert durchsetzen. Mußnug und Schützinger traten später aus der NPD aus und wechselten mit anderen ehemaligen Mitgliedern zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. Sie wurde zwar 1991 als rechtsextremistische Sammlungspartei gegründet, konnte das rechtsextremistische Parteienlager aber nicht einigen und führte sogar eine noch stärkere Aufsplitterung herbei. Der neue NPD-Vorsitzende Deckert brachte die Partei indes auf den politischen Kurs der 1970er Jahre zurück, was sich in der Konzentration auf die Agitationsfelder Ausländerfeindschaft und NS-Verharmlosung zeigte. Im Gefolge derartiger Propaganda unterstützte Deckert auch Holocaust-Leugner und wurde im Zuge derartiger Aktivitäten selbst zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Daraufhin enthob das Bundespräsidium ihn 1995 kurz vor Haftantritt sei-

nes Amtes, da die zahlreichen Strafverfahren gegen ihn und sein Umgang mit dem Parteivermögen parteischädigend seien.

Hiermit war die NPD an ihrem bisherigen Tiefpunkt angekommen: Die Mitgliederzahlen schrumpften im Laufe der beschriebenen Entwicklung immer mehr; gehörten der Partei von 1990 noch 6.500 Personen an, waren es 1992 noch 5.000, 1994 noch 4.500 und 1996 nur noch 3.500. Abgänge fanden auch im Bereich der höheren Funktionsträger statt, wozu neben dem ehemaligen Bundesvorsitzenden auch früher hochrangige Landesfunktionäre gehörten. Gleichzeitig wuchs der Schuldenberg der NPD immer mehr an, und die Partei schien mitunter kurz vor dem Bankrott zu stehen. Bei Wahlen spielte die NPD ohnehin keine Rolle mehr,



Innerparteiliche Kontroversen, schrumpfende Mitgliederzahlen und schlechte Wahlergebnisse markierten Anfang 1990er Jahren den Verfall der NPD

bewegte sich die Zustimmung doch allenfalls im Bereich von 0,1 bis 0,3 Prozent der Stimmen. Hinzu kam die Existenz und Konkurrenz von zwei anderen rechtsextremistischen Wahlparteien, der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und der „Republikaner“ (REP), welche die Partei auch innerhalb des Rechtsextremismus überflüssig zu machen schienen. Kurzum, die NPD stand in dieser Situation vor dem endgültigen Niedergang und Verfall.

Die Entwicklungsgeschichte der NPD ab 1996

Am Beginn der „neuen“ NPD⁸ stand die Wahl von Udo Voigt zum neuen Parteivorsitzenden, hatte er sich doch nach einer Kampf Abstimmung beim Parteitag 1996 knapp gegen Günther Deckert durchgesetzt. Bereits unmittelbar danach verkündete Voigt einige Neuerungen, die für die kommende Entwicklung von besonderer Bedeutung sein sollten. Ohne grundsätzlich von den revisionistischen Positionen Abstand zu nehmen, trat der neue Vorsitzende gegen die von Deckert durchgesetzte, parteiintern aber umstrittene Konzentration auf dieses Themenfeld ein. Stattdessen forderte er eine Erweiterung der bisherigen Schwerpunkte in der Agitation auf sozialpolitische Themen, was wiederum mit einer stärker kapitalismuskritischen Diktion verbunden war und später gar im Plädoyer für einen „deutschen Sozialismus“ oder „nationalen Sozialismus“ mündete. Darüber hinaus forderte Voigt – allerdings vergebens – eine offensivere Bündnispolitik gegenüber den anderen rechtsextremistischen Parteien und schlug

gemeinsame Gesprächsrunden und Wahllisten vor.

Im organisatorischen Bereich konnte die NPD in der folgenden Zeit Erfolge verbuchen, stiegen doch die Mitgliederzahlen auf niedriger Ebene kontinuierlich an. Im Kontext dieser



Durch Kapitalismuskritik und Kooperation mit Neonazis wurde ein Neuanfang versucht

Entwicklung stand auch die Öffnung der Partei für Angehörige aus der Neonazi-Szene. Lange Zeit hatte sich die NPD offiziell von derartigen Strömungen distanziert und sogar Abgrenzungsbeschlüsse gefasst. Diese verhinderten zwar nicht Kontakte zwischen Einzelpersonen, die Abgrenzung bildete aber die offizielle Position der Partei. Nach Voigts Wahl öffnete sich die NPD jedoch immer mehr in Richtung dieser Teile des Rechtsextremismus. Ei-

nigen Neonazis gelang es bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in führende Funktionen zunächst der Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), dann aber auch der Mutterpartei aufzusteigen. Exemplarisch dafür stehen Jens Pühse als Mitglied des JN-Bundesvorstandes und Sascha Rossmüller als einer der drei stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden.

Die Kooperation mit der Neonazi-Szene ist ein Grund dafür, dass die NPD fortan stärker auf die öffentliche Präsenz setzte, z. B. bei Demonstrationen. Hierbei konnte die Partei eine Reihe von bemerkenswerten Mobilisierungserfolgen verbuchen: Dazu gehörte etwa der von ihr mit organisierte Aufmarsch am 1. März 1997 mit 5.000 Personen. Immerhin handelte es sich um die seit Beginn der 1970er Jahre größte öffentliche Veranstaltung, die von Rechtsextremisten initiiert wurde. An ihr nahmen neben NPD- und JN-Mitglieder auch Neonazis und Skinheads teil. Anlass bot die vor Ort gezeigte Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“, die als Wanderausstellung mehrere Städte durchlief und regelmäßig Rechtsextremisten in der erwähnten Konstellation zu Demonstrationen motivierte. Es kam aber auch zu Aufmärschen mit großer Beteiligung zu anderen Themen, führte man doch etwa unter dem Motto „Nationale Front gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit“ am 1. Mai 1998 eine Demonstration mit 4.000 Personen durch.

Die ideologische Ausrichtung und politische Programmatik der heutigen NPD

In ihrem neuen Parteiprogramm von 1996 formulierte die NPD noch relativ zurückhaltend ihre Positionen. Gleichwohl bekannte sie auch dort ganz offen, man strebe den Austausch der

⁸ Vgl. zur Geschichte der Partei ab 1996: Backes/Steglich 2007; Brandstetter 2006; Pfahl-Traughber 2008; Staud 2005.



Mächtigen an, um dem deutschen Volk in einem Nationalstaat eine Zukunft zu geben. Kultur und Volkstum sollten die Grundlage für die Würde des Menschen sein, welche demnach nicht als primär und vorstaatlich verstanden wird. Überhaupt zeigt sich das Parteiprogramm von einem ethnischen Kollektivismus geprägt, wofür etwa die dezidierte Beschwörung der „Volksgemeinschaft“ steht.⁹ Noch deutlicher artikuliert sich die NPD in ihrem Aktionsprogramm von 2002: Hier spricht man von der „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“, sieht in der „multikulturellen“ eine „multikriminelle Gesellschaft“ und entwickelte einen „Plan zur Ausländerrückführung“. Darüber hinaus sollen in allen Lebensbereichen die jeweiligen Individualinteressen den angeblichen Gemeinschaftsinteressen untergeordnet werden.¹⁰

Hinsichtlich der extremistischen Einstellungen wurde die NPD noch deutlicher in ihrer Handreichung „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“ von 2006, welche Parteimitgliedern inhaltliche Hilfestellung geben sollte. Darin bekannte man sich zu einem rein ethnischen Staatsbürgerschaftsverständnis, könne doch nur eine Person Deutscher sein, welche in die „ethnisch-kulturelle Gemeinschaft“ des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Die Massenarbeitslosigkeit, so heißt es weiter, sei eine direkte Folge der Masseneinwanderung. Insofern wolle man die Ausländer in ihre Heimatländer zurückführen. Das Grundgesetz wird als Diktat der westlichen Siegermächte hingestellt, welches ein schwerwiegendes Legitimationsdefizit aufweise. Darüber hinaus triefe es nur so vor „Menschenrechtstümelei“, stelle Deutsche mit Ausländern gleich und habe mit einem „gemeinwohl-schädigenden Individualismus und Parteienregime“¹¹ den Weg in den Untergang geebnet.

Innerhalb des rechtsextremistischen Ideologiespektrums ließ sich bei der NPD eine Abkehr von der bislang prägenden Ausrichtung am Deutsch-Nationalismus und eine Hinwendung zum



Die Partei knüpft an eine Ideologie der Verbindung von Nationalismus und Sozialismus aus der Weimarer Zeit an

„völkischen Sozialismus“ ausmachen. Dies zeigte sich anhand der Veränderungen im wirtschaftspolitischen Bereich, wo man nicht mehr primär an den Interessen des Mittelstandes in der Marktwirtschaft orientiert war. Zwar lehnt die NPD diese Wirtschaftsform trotz der Berufung auf einen „Sozia-

Die Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung der heutigen NPD

Wie bereits angedeutet stieg die Mitgliederzahl der NPD seit der Wahl von Voigt zum Parteivorsitzenden mit leichten Einbrüchen in bestimmten Jahren kontinuierlich an: Auf dem Tiefpunkt der Parteientwicklung 1996 gehörten ihr nur noch 3.500 Personen an, 1997 waren es schon 4.300 und 1998 kam es noch einmal zu einem Mitgliederschub auf 6.000 Personen. Diese Zahl stagnierte 1999 und stieg 2000 dann auf 6.500 an. Von 2001 über 2002 bis 2003 ließ sich allerdings ein Rückgang von 6.500 über 6.100 auf 5.000 ausmachen. Die Entwicklung dürfte mit durch die öffentlichen Auseinandersetzungen um das seinerzeit beantragte NPD-Verbotsverfahren zu erklären sein. Seit 2004 stiegen die Mitgliederzahlen aber wieder kontinuierlich an, von zunächst 5.300 auf 6.000 in 2005 und 7.200 in 2007. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verdankte sich diese Entwicklung dem Aufbau von handlungsfähigen Organisationsstrukturen in den östlichen Bundesländern, wo etwa binnen kurzer Zeit der Landesverband in Sachsen zum bundesweit mitgliederstärksten wurde.

Über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft liegen keine genaueren Erkenntnisse und Untersuchungen vor. Aus der Kenntnis der Partei he-

lismus“ nicht ab, bekennt man sich doch zu einem „freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“.¹² Gleichwohl soll der Staat eine dominierende Stellung gegenüber der Wirtschaft einnehmen. Diese habe dem Interesse des ethnisch homogenen deutschen Volkes zu dienen. Dabei knüpft die NPD dezidiert an eine Ideologietradition der Weimarer Republik an, welche Nationalismus und Sozialismus verschmelzen wollte. Insofern verwundern auch die Bekenntnisse zu einem „deutschen“, „nationalen“ oder „völkischen Sozialismus“ durch Funktionsträger oder Parteipresse nicht.

raus lassen sich allenfalls allgemeine Aussagen formulieren: Demnach besteht ein überdurchschnittlich hoher Männeranteil in der Mitgliedschaft, der im Bereich von vier Fünftel liegen dürfte. Hinsichtlich der Alterszusammensetzung scheint es einen beträchtlichen Unterschied zwischen den ost- und westdeutschen Landesverbänden zu geben: In den letztgenannten finden sich noch große Anteile von Mitgliedern der früheren NPD, die demgemäß auch höheren Alters sind. In den östlichen Bundesländern entstanden erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre funktionsfähige Landesverbände. Sie zogen insbesondere junge Männer an, was für einen relativ niedrigen Altersdurchschnitt sprechen dürfte. Hinsichtlich der sozialen Herkunft kommt wohl die Mehrheit der Parteimitglieder aus der Arbeiterschaft im weitesten Sinne, während auf Funktionärsbene viele Personen aus dem Mittelstand auszumachen sind.

Bezüglich der politischen Zusammensetzung der NPD äußerte der Parteivorsitzende Udo Voigt nach den

⁹ Vgl. NPD 1997, Kap. 1 und 3.

¹⁰ Vgl. NPD 2002: 14, 37 f. und 72.

¹¹ Vgl. NPD 2006: 12, 15 und 29 f.

¹² Vgl. NPD 1997: Kap. 4.

Landtagswahlen in Sachsen 2004, es gebe in ihr eine nationalkonservative, nationalliberale und nationalsozialistische Strömung.¹³ Dabei wurden aber weder Aussagen zur quantitativen Verteilung der Mitglieder auf diese Tendenzen formuliert, noch näher Besonderheiten und Unterschiede zwischen ihnen erläutert. Das Vorhandensein eines „nationalliberalen Flügels“ in der NPD kann so gut wie ausgeschlossen werden. Allenfalls finden sich solche ideologischen Tendenzen gegenwärtig

am rechten Rand der FDP ohne Gemeinsamkeiten und Verbindungen zur Partei Voigts. Mit der nationalkonservativen Strömung dürfte der deutsch-nationalistisch geprägte Teil der frühen NPD gemeint sein. Zu den Nationalsozialisten gehören die Anhänger der früher verbotenen neonazistischen Gruppierungen, die jetzt in der NPD ein Forum für ihre politischen Aktivitäten gefunden haben. Ihr Mitgliederanteil dürfte mindestens ein Drittel bis maximal die Hälfte ausmachen.

der rechtsextremistischen Partei getroffen zu haben. Am Wahltag selbst überlegte sich dies nur knapp mehr als jeder Zehnte. Demnach stellt das Votum für die NPD keine spontane Entscheidung kurz vor der Wahl ohne nähere Reflexionen zu diesem Schritt dar, hatten sich doch bedeutende Teile der Wählerschaft so schon längerfristig entschieden. Überwiegend stammten die Stimmen für die rechtsextremistische Partei zu nahezu gleichen Anteilen von früheren CDU- und SPD-Wählern sowie von früheren Nichtwählern und von Erstwählern. Als Motive nannten die NPD-Wähler ein bestimmtes politisches Thema als wahlentscheidend: die ablehnende Einstellung der Partei zu den Arbeitsmarktreformen und Hartz IV.

Die Wählerentwicklung und -zusammensetzung der heutigen NPD

Bei Wahlen konnte die NPD zunächst noch keine Erfolge verzeichnen. Gleichwohl gelang es ihr schon in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, hier und da einen Achtungserfolg auf niedrigem Niveau zu verzeichnen. Die Ergebnisse bei Bundes- und Europawahlen bewegten sich allerdings nur zwischen 0,3 und 0,4 Prozent der Stimmen. Bei den Landtagswahlen in den westlichen Bundesländern schwankte die Zustimmung zwischen 0,1 und 0,8 Prozent. Aber schon zu dieser Zeit deutete sich eine weitaus höhere Bereitschaft zur Wahl der NPD in den östlichen Bundesländern an, konnte doch die Partei mit 1,1 Prozent 1998 in Mecklenburg-Vorpommern und 1,4 Prozent 1999 in Sachsen über ein Prozent der Stimmen erlangen. Ebendort erzielte man 2004 und 2006 mit 9,2 Prozent in Sachsen und mit 7,3 Prozent der Stimmen in Mecklenburg-Vorpommern die größten Wahlerfolge in jüngerer Zeit. In den westlichen Bundesländern blieb die NPD aber weit unter diesen Werten, schwankten doch die Prozentzahlen mit der Ausnahme des Saarlandes 2004 mit 4 Prozent zwischen 0,5 und 1,9.

Wie setzten sich nun die Wähler der NPD sozial zusammen?¹⁴ Eine Betrachtung der Daten zu den Wahlen mit Ergebnissen von über vier Prozent der Stimmen ermöglicht repräsentative

Angaben: Für die NPD votieren überdurchschnittlich stark jüngere Wähler. Der Anteil der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren ist meist doppelt so groß wie im Durchschnitt, während die über Sechzigjährigen weit unterdurchschnittlich die Partei wählen. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung zeigt sich, dass die NPD mit knapp zwei Dritteln überwiegend von Männern und



Die Wähler der NPD sind überdurchschnittlich jung und überwiegend männlich

mit knapp über einem Drittel weniger von Frauen gewählt wird. Bei der formalen Bildung lassen sich die stärksten Ausprägungen im Bereich der mittleren und direkt danach in der niedrigeren Kategorie ausmachen, während höher Gebildete nur unterdurchschnittlich stark NPD wählen. Bei den Berufsgruppen zählen insbesondere die Arbeiter und Arbeitslosen mit einem meist doppelt so hohen Anteil wie im Durchschnitt zu den Wählern der Partei.

Einige interessante Rückschlüsse auf die Motivation für das Votum zugunsten der NPD können die Angaben zur Wahlentscheidung und Wählerwanderung geben: Mehr als ein Drittel der Befragten gaben an, bereits vor längerer Zeit eine Entscheidung zugunsten

Die besondere Situation in den ostdeutschen Ländern

Betrachtet man die Mitgliederentwicklung und Wahlergebnisse der NPD genauer, so fällt der eindeutige Schwerpunkt in den ostdeutschen Ländern auf. Der damit verbundene Trend zeichnete sich allerdings erst ab Mitte der 1990er Jahre ab. Direkt nach dem Fall der Mauer und der Öffnung der Grenzen hoffte die NPD, in Ostdeutschland schnell handlungsfähige Strukturen aufbauen und binnen kurzer Zeit große Wahlerfolge verbuchen zu können. Dem war aber gerade nicht so, gelang doch jahrelang weder das eine noch das andere. Die unter der Bezeichnung „Mitteldeutsche Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ gegründete Ost-Variante der NPD spielte zunächst nicht nur in der Gesellschaft und bei Wahlen, sondern selbst innerhalb des dortigen rechtsextremistischen Spektrums keine Rolle.¹⁵ Dies änderte sich erst nach dem strategischen Wechsel der Parteiführung ab 1996 und dem gleichzeitig

¹³Vgl. Voigt 2004.

¹⁴Vgl. Pfahl-Traughber 2004, 2006a.

¹⁵Vgl. Pfahl-Traughber 1992, Stöss 2000: 72–79.

LITERATUR

- Apfel, Holger (2011): Seriöse Radikalität, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2011, S. 9.
- Backes, Uwe/Steglich, Hendrik (Hg.) (2007): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden.
- Brandstetter, Marc (2006): Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg.
- Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd (1984): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Opladen.
- Fascher, Eckhard (1994): Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse der NPD und der Republikaner in den sechziger und achtziger Jahren, Berlin.
- Hoffman, Uwe (1999): Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt/M.
- Kühnl, Reinhard u. a. (1969): Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt/M.
- Maier, Hans (1967): Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Partei“, München.
- Niethammer, Lutz (1969): Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt/M.
- NPD (Hg.) (1964): Das Manifest der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands NPD, in: Fred H. Richards, Die NPD. Alternative oder Wiederkehr, München-Wien, S. 101–106.
- NPD (Hg.) (1966): Politisches Lexikon, Hannover 1966.
- NPD (Hg.) (1967): Grundlagen nationaldemokratischer Politik. Thesen und Forderungen, Hannover.
- NPD (Hg.) (1997): Parteiprogramm Nationaldemokratische Partei Deutschlands, Stuttgart.
- NPD (Hg.) (2002): Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin.
- NPD (Hg.) (2006): Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin.
- NPD (Hg.) (2010): Arbeit, Familie, Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Berlin.
- Pfahl-Traughber, Armin (1992): Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3–4, S. 11–21.
- Pfahl-Traughber, Armin (2000): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39, S. 3–14.
- Pfahl-Traughber, Armin (2004): Wer wählt warum rechtsextremistisch? Sozialstruktur und Motivation der Wähler von DVU, NPD und REP im Vergleich, in: Mut, Nr. 447 vom November, S. 60–65.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 4. Auflage, München.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006a): Wer wählt warum rechtsextremistisch? Die soziale Zusammensetzung der Wähler der NPD und die Ursachen für den Erfolg der Partei bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006, in: Freiheit und Recht, Nr. 4 vom Dezember, S. 3 f.
- Pfahl-Traughber, Armin (2008): Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, Sankt Augustin – Berlin.
- Schmollinger, Horst W. (1984): Die Nationaldemokratische Partei Deutschland, in: Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Opladen, S. 1922–1994.
- Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln.
- Steglich, Henrik (2005): Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs, Göttingen.
- Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen.
- Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. Aufl., Berlin.
- Voigt, Udo (2004): „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“, in: Junge Freiheit, Nr. 40, S. 3.

einsetzenden wachsenden Unmut der dortigen Bevölkerung über die Folgen der Einheitspolitik.

Fortan konnte eine Schwerpunktverlagerung des Rechtsextremismus ausgemacht werden: Auch wenn die organisatorischen Strukturen im Parteienbereich in den westlichen Ländern meist stärker entwickelt blieben, ließ sich bei den Gewalttaten der Neonazi- und Skinhead-Szene ein eindeutiges Übergewicht in den östlichen Ländern ausmachen.¹⁶ Auch die NPD-Landesverbände blühten in dieser Phase auf, was anhand des Verbandes in Sachsen

deutlich wird. Gegen Mitte der 1990er Jahre gehörten ihm um die 200 Personen an. Bereits 1998 erreichte die NPD ebendort ihren Spitzenwert von 1.400 Mitgliedern, womit etwa ein Drittel aller Parteimitglieder in diesem Bundesland lebten. Überwiegend handelte es sich um Jüngere aus den unteren sozialen Schichten mit Sympathien zur Skinhead-Szene, teilweise um Aktivistinnen aus früheren neonazistischen Gruppierungen. Auch wenn die NPD in Sachsen bis zum Jahr 2000 aufgrund von internen Differenzen wieder ein knappes Drittel ihrer Mitglieder ver-

lor, blieb der dortige Landesverband der bundesweit stärkste.¹⁷

Zwar ließ sich diese organisatorische Entwicklung und regionale Verankerung nicht bei allen Landesverbänden ausmachen, aber der Trend lief ebenso in diese Richtung wie bei der Verteilung von Wählerzustimmung. Dies zeigen anschaulich die Ergebnisse für die NPD bei den bundesweiten Wahlen vor und nach 1995: Bei den Bundestagswahlen 1990 votierten 0,3

¹⁶ Vgl. Pfahl-Traughber 2000.

¹⁷ Vgl. Steglich 2005: 59–80.



Prozent im Westen und 0,3 Prozent im Osten für die NPD, bei den Europawahlen 1994 wählten 0,2 Prozent im Westen und 0,3 Prozent im Osten die Partei. Demnach konnte von einer ungefähr gleichen Verteilung der Wählerstimmen ausgegangen werden. Bei den Bundestagswahlen 1998 entschieden sich 0,1 Prozent im Westen und 0,7 Prozent im Osten und bei den Europawahlen 1999 0,3 Prozent im Westen und 0,9 Prozent im Osten für die NPD. Ähnlich deutliche Unterschiede ergaben sich auch bei den seinerzeit bei den Wahlen noch erfolgreicherer Parteien DVU und REP. Insofern bezieht sich die angesprochene Entwicklung nicht nur auf die NPD, sondern gilt allgemein für den Rechtsextremismus.


Fazit: Einschätzung zur aktuellen Bedeutung der NPD

Will man bilanzierend die aktuelle Bedeutung der NPD einschätzen, so bedarf es einer Differenzierung hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen und lagerinternen Ebene: Bezogen auf den Stellenwert der Partei im Rechtsextremismus kann zunächst konstatiert werden, dass die NPD nach ihrer de facto Fusion mit der DVU 2011 bzw. 2012 die bedeutendste Partei im Rechtsextremismus ist. In den westlichen Bundesländern entstand aber mit der islam- und muslimenfeindlichen Pro-Bewegung eine lagerinterne Konkurrenz mit höheren Wahlerfolgen. Zwar verfügte die NPD 2010 mit 6.600 bzw. mit allen DVU-Mitgliedern zusammen mit 9.600 Anhängern über die höchste Mitgliederzahl. Damit liegt die Partei aber noch weit unter ihrem Höchststand von 1968 mit 28.000 Anhängern. Sie hat in allen Bundesländern funktionsfähige Strukturen, ist aber unterschiedlich stark entwickelt. Bei Aktionen arbeitet man häufig mit Angehörigen der Neonazi-Szene zusammen, die in den letzten Jahren kontinuierlich auf mittlerweile 5.600 Personen angestiegen ist.

Um politischen Erfolg zu haben, bedient sich die NPD der „Vier-Säulen-Strategie“:

- „Kampf um die Köpfe“, also eine geistige Meinungsführerschaft,
- „Kampf um die Parlamente“, also Kandidaturen bei Wahlen,
- „Kampf um die Straße“, also kontinuierliche Präsenz in Form von Aufmärschen, und
- „Kampf um den organisierten Willen“, also Bündelung der Kräfte im eigenen Lager unter der Führung der Partei.

In der Agitation setzt man bereits seit Ende der 1990er Jahre stärker auch auf Themen wie Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Wahlerfolge in 2004 hingen etwa mit dem Unmut über „Hartz IV“ zusammen. Der 2011 neu gewählte Parteivorsitzende Holger Apfel setzt darüber hinaus auf das Konzept der „Seriösen Radikalität“, also auf eine formale Mäßigung im Auftreten unter Beibehaltung der rechtsextremistischen Grundpositionen: Die thematische Gewichtung der Agitation solle sich in Richtung des maroden Bankensystems, der Europa-Krise und der „Überfremdung“ verschieben, gleichzeitig seien systemüberwindende Perspektiven zu bewahren.¹⁸

 Trotz einer formalen Mäßigung im Auftreten ist der rechtsextremistische Charakter der Partei unverkennbar

Die Beibehaltung eindeutig völkischer Auffassungen – mit teilweiser Nutzung eines NS-geprägten Sprachgebrauchs (z. B. „Volksgemeinschaft“) – zieht sich auch durch das neue Parteiprogramm von 2010.¹⁹ Hier besteht ein Unterschied zu den erfolgreichen rechtsextremistischen Parteien im Ausland, wollen diese doch in der Öffentlichkeit das Bild von einer gemäßigten und seriösen Kraft vermitteln. Bei der NPD ist aber – auch durch die Kooperation mit der Neonazi-Szene –

KURZBIOGRAPHIE

Armin Pfahl-Traughber (*1963), Prof. Dr. phil., Dipl.-Pol., Dipl.-Soz., studierte in Duisburg und Marburg Politikwissenschaft und Soziologie mit den Nebenfächern Neuere Geschichte und Philosophie. Ab 1992 war er an den Universitäten Bonn, Köln und Marburg als Lehrbeauftragter in den Politikwissenschaften tätig. Von 1994 bis 2004 arbeitete Pfahl-Traughber im Bundesamt für Verfassungsschutz, Abt. 2: Rechtsextremismus zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter und später als Referatsleiter. 2004 wurde er Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl mit den Arbeitsschwerpunkten Politischer Extremismus und Politische Ideengeschichte. Seit 2008 gibt er ebendort das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ heraus. Seit 2009 gehört Pfahl-Traughber dem „Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus“ im Bundesministerium des Innern an.

der rechtsextremistische Charakter der Partei unverkennbar. Gleichwohl gelang ihr 2009 in Sachsen mit 5,6 Prozent und 2011 in Mecklenburg-Vorpommern mit 6,0 Prozent der Stimmen der Wiedereinzug in die dortigen Landtage. Gewisse Achtungserfolge verzeichnete man 2009 in Thüringen mit 4,3 Prozent und 2011 in Sachsen-Anhalt mit 4,6 Prozent. In den westlichen Ländern liegen die Zustimmungswerte meist unter zwei Prozent. Insofern handelt es sich bei der NPD nicht um eine bundesweit etablierte Wahlpartei, sie verfügt aber in bestimmten Regionen der östlichen Länder über eine regionale Verankerung.

¹⁸Vgl. Apfel 2011.

¹⁹Vgl. NPD 2010.

Rechtsextremismus als Herausforderung für die Demokratie

Chancen und Grenzen pädagogischer Gegenstrategien



Wilfried Schubarth



Juliane Ulbricht

Der Beitrag geht von der anhaltenden Debatte um die Gefahren eines wiedererstarkenden Rechtsextremismus in Deutschland aus. Die Chancen und Grenzen pädagogischer Gegenstrategien werden aus erziehungswissenschaftlicher Sicht beschrieben. Dazu werden zunächst zentrale Diskurse, Entwicklungstrends und Erklärungsansätze für Rechtsextremismus, insbesondere unter Jugendlichen, umrissen. Schulische und außerschulische Konzepte beim Umgang mit Rechtsextremismus werden diskutiert. Doch was sind die möglichen Konsequenzen? Unter anderem gehören dazu die frühzeitige Förderung des sozialen und demokratischen Handelns, eine Stärkung der Professionalität und Wertorientierung der Pädagogen, aber auch eine verbesserte Kooperation zwischen Schule und Jugendverbänden. Vieles kann die Pädagogik kaum beeinflussen, etwa die Weichstellungen durch Sozialpolitik, Justiz und Polizei. Sie muss sich gleichwohl ständig weiterentwickeln – nicht zuletzt mit Blick auf die jeweiligen Adressaten und deren sozialen Kontext.

Rechtsextremismus und die damit verbundenen Ideologien der Ungleichheit sind zu einer dauerhaften Herausforderung für demokratische Gesellschaften geworden – auch für die Bundesrepublik Deutschland. Vor allem seit der deutschen Wiedervereinigung gibt es deshalb verstärkte Bemühungen, dem anwachsenden Rechtsextremismus entgegenzuwirken, um der be-

sonderen historischen Verantwortung gerecht zu werden. Große Bedeutung kommt dabei der pädagogischen Arbeit zu. Die in den letzten Jahren entwickelten schulischen und außerschulischen Konzepte sind einerseits innovativ, andererseits in ihrer Wirkung begrenzt, da es oft an professioneller Umsetzung und gesamtgesellschaftlicher Unterstützung mangelt.

Dabei hat sich auch ein Wandel der rechtsextremen Jugendszene im öffentlichen Auftreten und in der Strategieausrichtung vollzogen: Aus dem „typischen Skinhead“ mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel ist eine Facette im bunten Spektrum unterschiedlicher Rechtsextremer geworden. Das reicht vom völlig unauffälligen Outfit bis zu den „Autonomen Nationalisten“, die sich in Kleidungsstilen und Aktionsformen an den „Autonomen“ orientieren. Dazu gehören auch zunehmende Versuche der rechtsextremen Szene, die Zivilgesellschaft gezielt zu unterwandern, z.B. durch Mitgliedschaft und aktives Engagement in Vereinen, Verbänden oder Gemeinden wie Feuerwehr, Sportverein, Schüler- und Elternvertretungen usw.

Generell ist zu konstatieren, dass bei rechtsextremen Gewalttaten seit Anfang der 1990er Jahre ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen ist, der sich – über alle Schwankungen hinweg – auf hohem Niveau stabilisiert hat (vgl. Gamper/Willems 2006, S. 454). Die häufigste Gewaltform ist dabei die

Rechtsextremismus als Herausforderung für Schule und Gesellschaft

Als im Herbst 2011 die Mordserie der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ öffentlich wurde, schien es für einen Moment, als würde Deutschland von den „dunklen Schatten“ der Vergangenheit eingeholt werden. Und sogleich wurden wieder Fragen zum rechtsextremen Gefahrenpotenzial und zu möglichen Gegenstrategien, z. B. NPD-Verbot, aufgeworfen. Blickt man zurück auf die Rechtsextremismus-Debatten seit der Wiederver-

einigung, so lassen sich verschiedene Konjunkturen nachzeichnen,

- angefangen von den gewalttätigen Überfällen auf Asylbewerber Anfang der 1990er Jahre,
- über spektakuläre Wahlerfolge rechtsextremer Parteien,
- die Etablierung einer rechtsextremen Jugendkultur oder „rechter Kameradschaften“
- bis hin zur massenhaften Verbreitung von Rechtsextremismus und Rassismus im Internet.



Körperverletzung, die ca. 85 % der Gewalttaten ausmacht, gefolgt von Widerstandsdelikten. Im Ansteigen begriffen sind insbesondere Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund (vgl. Bundesministerium des Innern 2011, S. 36). Aufgrund der Dunkelziffer und der unterschiedlichen polizeilichen Erfassung ist insgesamt von einem noch höheren Ausmaß an „rechter Gewalt“ auszugehen. Entsprechende Täteranalysen zeigen, dass die Täter „rechter Gewalt“ überwiegend junge Männer sind (nur ein Viertel ist über 25 Jahre, 90 % sind männlich). Weitere Merkmale sind ein niedriger Bildungsabschluss, eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote sowie ein niedriger beruflicher und sozialer Status. Die Taten wurden zumeist aus dem Gruppenkontext heraus begangen (vgl. Gamber/Willems 2006).

Von den rechtsextremistischen Gewalttaten sind rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen zu unterscheiden. Diese sind unter Jugendlichen relativ weit verbreitet. Nach einer Befragung von 15-Jährigen durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) weisen 14 % sehr und 26 % eher



Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen sind unter Jugendlichen weit verbreitet

ausländerfeindliche Einstellungen auf. 8 % stimmen eher und 4 % in hohem Maße antisemitischen Aussagen zu. Sowohl ausländerfeindliche als auch antisemitische Einstellungen werden eher von Jungen als von Mädchen vertreten. Etwa jeder Zehnte gibt an, oft oder sehr oft rechte Musik zu hören oder über Kleidung oder Aufkleber seine Meinung nach außen darzustellen. 4 % der befragten Jugendlichen geben an, Mitglied in einer rechten Gruppe oder Kameradschaft zu sein. Ebenso viele haben – nach eigenen Angaben –

schon mindestens einmal eine rechtsextreme Straftat begangen (vgl. Baier u. a. 2009, S. 114 f.). Es steht zu befürchten, dass durch die anhaltenden

Pädagogische Ansätze gegen Rechtsextremismus

Wenn Strategien gegen Rechtsextremismus wirksam sein sollen, müssen sie ursachenbezogen sein. Da Rechtsextremismus ein komplexes, multifaktorielles Phänomen ist, bedarf es auch mehrdimensionaler Strategien. Aus erziehungswissenschaftlicher Sicht sind mit Blick auf Gegenstrategien besonders die empirischen Befunde zu Risikofaktoren für Rechtsextremismus im Rahmen der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen von Bedeutung. Rechtsextreme werden schließlich nicht als solche geboren, sondern in ihrer Entwicklung dazu „gemacht“. Zu solchen Risikofaktoren gehören

- Ausgrenzungserfahrungen in Kindheit und Jugendphase, insbesondere in Familie, Schule und peer group,
- ein autoritärer Erziehungsstil und eigene Gewalterfahrungen,
- eine deviante Cliquesorientierung,
- Schuldistanz und Schulprobleme,
- Anomiegefühle (Verlust sozialer Ordnung und Orientierung),
- Konsumorientierungen bei geringen Realisierungschancen,
- mangelnde diskursive Kommunikationsformen,
- ein unkritisches Selbstbild bei niedrigem Selbstwertgefühl u. a. (vgl. Schubarth 2010, S. 253).

Diese Befunde geben bereits erste Hinweise auf mögliche Gegenstrategien. Darüber hinaus stehen sie im Einklang mit theoretischen Erklärungsmodellen für Rechtsextremismus, z. B. zu Theorien zum „autoritären Charakter“, zur Individualisierung, zur politischen Kultur, zur Konfliktverarbeitung, zur Geschlechtsspezifität oder zur Sozialisation. So erklärt die Sozialisationstheorie Rechtsextremismus als eine Form der „produktiven Realitätsverarbei-

Finanz- und Wirtschaftskrisen der Nährboden für Rechtsextremismus weiter gedeiht.

„tung“ bzw. als Nichtpassung von Kompetenzen und gesellschaftlichen Anforderungen. Als Konsequenz lässt sich die Notwendigkeit der Förderung sozialer Handlungskompetenzen bei Kin-



Ein extrem selektives Schulsystem spiegelt noch einmal die Mechanismen gesellschaftlicher Ausgrenzung

dern und Jugendlichen ableiten, wozu Schule und Jugendarbeit viel beitragen können. Zugleich ist zu beachten, dass die Institution Schule – als Spiegelbild der Gesellschaft – durch Sozialisations- und Selektionsprozesse z. T. selbst Ideologien der Ungleichheit bzw. Entsolidarisierungseffekten Vorschub leistet. So ist das deutsche Schulsystem bekanntlich eines der sozial selektivsten Systeme mit allen Konsequenzen für die ausgesonderten Schülergruppen.

Ähnlich wie die Rechtsextremismus-Debatte unterliegt auch die pädagogische Arbeit gegen Rechtsextremismus bestimmten Konjunkturen.

- Erste Ansätze zur Entwicklung pädagogischer Strategien gegen Rechtsextremismus stammen aus den 1970er Jahren mit dem Schwerpunkt „politische Bildung“ und „historische Aufklärung“.
- Seit den 1980er Jahren ist das Thema Rechtsextremismus über pädagogische Fachdebatten hinaus im öffentlichen Bewusstsein angekommen.
- Neue Impulse setzte in den 1990er Jahren Franz Josef Krafeld (1996) mit dem Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“, welches jedoch kontrovers diskutiert wurde.



- Seit den 2000er Jahren ist ein Paradigmenwechsel zu verzeichnen: Neben der Arbeit mit rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendlichen wird die Unterstützung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte vorangetrieben (vgl. Rieker 2009, S. 24 ff.), wodurch jedoch rechtsextreme Jugendliche zunehmend aus dem Blick gerieten.

Pädagogische Projekte gegen Rechtsextremismus werden auch durch Bundesprogramme gefördert, z. B. „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (2001–2006) und „Vielfalt tut gut. **Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“ (2007–2010). Beide Programme werden seit 2011 unter dem Programmtitel „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ fortgeführt. Ziel ist die Förderung zivilen Engagements, demokratischen Verhaltens und des Einsatzes für Vielfalt und Toleranz (vgl. Homepage Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend: Toleranz fördern – Kompetenz stärken). Kritikwürdig sind dabei das (parteipolitisch) Konjunkturelle und das tendenzielle Ersetzen der strukturellen Regel- durch Programmförderung, wodurch eine kontinuierliche pädagogische Arbeit erschwert ist. Evaluationen verweisen zudem auf solche Probleme wie z. B.

- personelle Kontextbedingungen (Beziehungsprobleme zwischen Schlüsselakteuren),
- institutionelle Kontextbedingungen (Dominanz der jeweiligen Handlungslogiken von Institutionen wie Schulen und Behörden) und
- sozialstrukturelle Kontextbedingungen (Wirtschaftslage, Abwanderung, weitgehendes Fehlen soziokultureller Pluralität und zivilgesellschaftlicher Traditionen, insbesondere in den neuen Bundesländern). Vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil 2006, S. 114 f.

Darüber hinaus gibt es viele Förderprogramme auf Landesebene wie z. B. das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, das allerdings auch Kritik erfahren hat. Kritisiert werden u. a. der späte Zeitpunkt der Einführung des



In den Förderprogrammen gegen Rechtsextremismus spielen die Möglichkeiten der Schule eine merkwürdig geringe Rolle

Programms, die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit und der fehlende Praxistransfer sowie die ungenügende gemeinsame Verantwortung der entsprechenden Ministerien (vgl. Kleger 2007, S. 165).

Auf Basis dieser bundes- und landesweiten Handlungskonzepte wur-

Schulische Konzepte gegen Rechtsextremismus

Die Schule verfügt über viele, häufig jedoch noch nicht genutzte Potenziale beim Umgang mit Rechtsextremismus. So hat sie nicht nur die Aufgabe, Wissen zu vermitteln, sondern durch Bildung und Erziehung die junge Generation zur Teilnahme an der Gesellschaft zu befähigen. Dazu gehört vor allem die Förderung einer „ganzheitlichen“ Persönlichkeitsentwicklung mit entsprechenden kognitiven und sozialen Fähigkeiten. In erster Linie gehört dazu

- der Erwerb von Kompetenzen beim Umgang mit Unsicherheiten und Ängsten (auch angesichts prekärer Berufsperspektiven),
- die Vermittlung gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien,
- die Entwicklung moralischer Urteilskompetenz und politischer Mündigkeit sowie
- die Vorbereitung auf die ethnische und kulturelle Pluralisierung der Gesellschaft.

Bereits in Kindergarten und Grundschule können je nach Alter Konzepte zur Prävention von Rechtsextremismus

den zahlreiche Aktivitäten entfaltet, die auch den schulischen und außerschulischen Bereich einschließen. Dabei muss konstatiert werden, dass solche Präventions- und Interventionsangebote überwiegend im außerschulischen Bereich angesiedelt sind, während die Schule merkwürdig blass bleibt. „Stattdessen setzen große Teile der Öffentlichkeit auf Innere Sicherheit, mehr Polizei, schärfere Gesetze und ein NPD-Verbot oder aber auf die außerschulische Bildungs- und Beratungsindustrie“ (Jaschke 2012, S. 34). Schule tritt eher als Kooperationspartner außerschulischer Angebote in Erscheinung. Dabei kann gerade Schule aktive Primärprävention auf sehr breiter Basis betreiben, ist sie doch neben Familie die einzige gesellschaftliche Institution, die Zugang zu allen Jugendlichen hat.

und Fremdenfeindlichkeit eingesetzt werden. Auch Ansätze zur Wertebildung und Gewaltprävention eignen sich, um frühzeitig soziale Kompetenzen, Empathiefähigkeit, Selbst- und Fremdwahrnehmung der Kinder sowie die Auseinandersetzung mit Konflikten zu fördern (vgl. Schubarth 2010; Schubarth/Speck/Lynen von Berg 2010).

Generell kann dabei zwischen direkter und indirekter Behandlung des Themas Rechtsextremismus unterschieden werden (vgl. auch Jaschke 2012). Gründe für eine direkte Thema-



Bei offen auftretendem Rechtsextremismus sind Tabuisierung und Wegsehen in jedem Fall die falsche Strategie

tisierung können beispielsweise aktuelle politische Ereignisse sein, aber auch das Verteilen von rassistischen CDs auf Schulhöfen, rechtsextreme Gruppen in der Schülerschaft oder in ihrem Umfeld. Wichtig ist dabei, die Inhalte sachlich zu präsentieren und

moralisierende Ansätze zurückzudrängen. Beim Auftauchen rechtsextremer Symbole, Codes, Parolen oder CDs ist eine deutliche Positionierung der Lehrkräfte sowohl gegenüber den betreffenden Schülern als auch im Rahmen der Klasse nötig. Die mitunter zu beobachtende Strategie des Wegsehens und der Tabuisierung ist kontraproduktiv, kann sie doch als Zustimmung verstanden werden. Eine Besserung der Situation ist nur über eine ehrliche Bestandsaufnahme und eine offene Auseinandersetzung innerhalb des Lehrerkollegiums sowie mit der Schüler- und Elternschaft zu erreichen. Eine konsequente Ablehnung und Ächtung von Rechtsextremismus sind auch deutliche Grenzsignale an potenzielle Mitläufer. Allerdings: Fremdenfeindliche Einstellungen von Lehrern stellen ein Tabuthema dar und sind noch weitgehend unterforscht.

Zentrale Werte des Rechtsextremismus wie Kameradschaft, Volksgemeinschaft, Nation etc. sollten in unterschiedlichen Zusammenhängen



Der Sozialraum Schule bietet viele Möglichkeiten der Erziehung zu Demokratie und Toleranz

Gegenstand des Schulunterrichts in verschiedenen Fächern wie Deutsch, Geschichte, Sozialkunde sein. Jenseits dieser Themen sind Vorurteile gegenüber ethnischen Gruppen und Minderheiten dauerhafter Bestandteil pädagogischer Reflexion. Die indirekte Thematisierung leistet einen Beitrag zur Stabilisierung und Verfestigung demokratischer Überzeugungen und soll zur Infragestellung rechtsextremer Deutungen führen. Nicht nur solche Unterrichtsfächer wie Geschichte, Deutsch, Geografie, Fremdsprachen, Ethik oder Religion bieten vielfältige Potenziale für Demokratie- und Toleranzerziehung, sondern auch die Institution Schule als sozialer Lern- und Erfahrungsraum insgesamt. Dabei geht es z.B. um Erfahrungslernen in einer

demokratischen Schulkultur, um Verantwortungsübernahme, um Achtung der Meinungen anderer und um gewaltfreie Konfliktlösungen. Die Förderung demokratischer Gegenpraxis ist auf verschiedenen Handlungs- und Erfahrungsebenen möglich. So kann sich auf kognitiver Ebene mit Demokratie als Idee, mit demokratischen Werten, Grund- und Menschenrechten beschäftigt werden. Zudem sollten Schüler in die Gestaltung von Schule und Unterricht einbezogen werden.

Als „klassische Antwort auf rechtsextreme Tendenzen“ (Rieker 2009, S. 49) und als eine Hauptaufgabe von Schule gilt die politische Bildung. Im Unterschied zu politischer Erziehung handelt es sich um einen ergebnisoffenen Prozess, der das Individuum zur selbstverantwortlichen Reflexion und Urteilsbildung befähigen soll. Dabei werden verschiedene, kontroverse Positionen berücksichtigt. Die Palette möglicher Projekte gegen Rechtsextremismus ist vielfältig und reicht von der Beschäftigung mit anderen Ländern bis zur Verleihung des Prädikats „Schule ohne Rassismus“. Über die tatsächliche Wirkung solcher Aktivitäten ist allerdings wenig bekannt, die Wirkungsevaluation zum Thema „Rechtsextremismus“ steht erst am Anfang (vgl. Schuster 2007; Guthmann 2011). Ein spezifischer Ansatz ist die historisch-politische Bildung, die sowohl Bildungs- als auch Begegnungselemente enthalten kann (vgl. Grillmeyer/Ackermann 2002). Dies kann

- über Besuche von Gedenkstätten, Museen, Ausstellungen,
- in der Arbeit mit filmischen Dokumenten und Darstellungen,
- durch historische Stadtrundgänge und Spurensuche,
- durch historische Seminare und Lerneinheiten,
- durch Archivarbeit oder
- durch Zeitzeugengespräche ermöglicht werden (vgl. Rieker 2009, S. 56 ff.; Jaschke 2012, S. 35). Vor allem mit der lebensweltorientierten Präventionsarbeit können die alltäglichen

Erfahrungen und Lebenssituationen der Jugendlichen einbezogen werden, z.B. mit Plan- und Rollenspielen, realen bzw. fiktiven Fallbeispielen, Argumentationstraining.

Dagegen kann die erzwungene Teilnahme beispielsweise an einer Führung durch ein ehemaliges Konzentrationslager kontraproduktiv sein und vorhandene Einstellungen eher verfestigen. Dies gilt nicht nur für straffällige Jugendliche, sondern auch für „normale“ Schülergruppen, in denen Schüler mit rechtsextremen Einstellungen sympathisieren. Gedenkstätten sind keine „antifaschistischen Durchlauf-



Gedenkstätten funktionieren nicht als antifaschistische Durchlauferhitzer

erhitzer“; vielmehr ist die Gedenkstättenpädagogik gefordert, neue Konzepte zu erarbeiten (vgl. Seferens/Heyl 2007, S. 367). Zu beachten ist weiterhin, dass die Arbeit mit Zeitzeugen einer zeitlichen Beschränkung unterliegt. Für die Zukunft müssen somit Erweiterungen der Zeitzeugenarbeiten gesucht werden, wie die mediale Archivierung von Zeitzeugenberichten. Bislang ist politische Bildung im schulischen Kontext jedoch weder institutionell noch curricular verankert und ergänzt allenfalls in Form von Projekttagen oder freiwilligen Angeboten das pädagogische Pflichtprogramm (vgl. Rieker 2009, S. 57 ff.).

Viele und bisher noch wenig genutzte schulische Potenzen bestehen im interkulturellen Lernen. Je nachdem, ob die Schüler regelmäßigen oder nur geringen Kontakt mit Menschen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Herkunft haben, können hier Angebote ansetzen. So können in Schulen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund Projekte stattfinden, um Konflikte und Vorurteile zu reflektieren, damit sich Schüler verschiedene Dimensionen von Identität bewusst machen. Falls die Schüler

in ihrem sozialen Raum kaum Begegnungen mit Menschen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Herkunft haben, können durch gemeinsame Aktivitäten Gefühle der Fremdheit und Vorurteile abgebaut werden (vgl. ebd., S. 37 f.). Gerade an Schulen mit hohem Migrationsanteil ist auch eine intensive Elternarbeit hilfreich.

Da rechtsextreme Orientierungen häufig mit verfestigten Geschlechterrollen einhergehen, stellen geschlechtersensible Angebote einen wichtigen Präventionsansatz dar. Beispielsweise können im Primarbereich geschlechtsspezifische Räume zur Verfügung gestellt werden und über Angebote wie Kampfsport die Reflexion der eigenen Geschlechtsrollenidentität angestrebt werden. Hat sich bereits ein harter Kern oder eine rechte Szene herausgebildet, braucht Schule die Unterstützung und Hilfe von außen, z. B. durch spezielle Experten, Vereine oder die Polizei. Schulen sind öffentliche Räume, in denen das Verbreiten von Propagandamitteln oder das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter Strafanzeige steht (§ 86 und 86a StGB).

Resümierend lässt sich feststellen, dass vielfältige Konzepte existieren, die im schulischen Kontext jedoch noch zu wenig genutzt werden. Deren Um-



Eine Schule, die sich um die Persönlichkeitsentwicklung ihrer Schüler und um eine Kultur der Beteiligung kümmert, wird weniger Probleme mit Rechtsextremismus haben

setzung richtet sich neben Schulform, Adressaten und örtlichen Gegebenheiten vor allem nach der Professionalität und der Werthaltung des Kollegiums. Kooperation mit außerschulischen Partnern ist eine wichtige Ressource, darf jedoch nicht der einzige Ansatz sein. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass eine „gute Schule“, die die Persönlichkeitsentwicklung ih-

rer Schüler in den Mittelpunkt stellt und eine partizipative Schulkultur pflegt, weniger Probleme mit Rechtsextremismus aufweist. In diesem Sinne ist eine erfolgreiche Schulentwicklung zugleich auch eine wirksame Rechtsextremismusprävention. Gute

Außerschulische Konzepte gegen Rechtsextremismus

Die Potenziale der pädagogischen Arbeit, insbesondere der Jugendarbeit, liegen vor allem in ihrer sozialintegrativen Funktion für Jugendliche, die in Zeiten von Individualisierung und Globalisierung mehr denn je gefragt ist. Dabei geht es um Hilfen für die Sozialisation, um Unterstützung bei der Lebensbewältigung, um die Bereitstellung sozialemotionaler Räume zum Sich-Ausprobieren und zum Experimentieren, ohne Leistungsdruck oder Konkurrenz. Es geht aber auch um Bildungsprozesse – nicht nur im Sinne eines schulischen Kanons oder schulischer Wissensvermittlung, sondern um Selbst- und Subjektbildung, um die Gestaltung von Lebens- und Lernwelten für Jugendliche. Bildung in diesem Sinne ist mehr als Schul- und Ausbildung, ist auch nicht selektionsorientiert, sondern vor allem subjektbezogen. Hinsichtlich des Umgangs mit Rechtsextremismus sind die Potenzen der Jugendarbeit vor allem in Folgendem zu sehen (vgl. Schubarth 2007; Rieker 2009; Hafenegger 2010):

- in der Entwicklung professioneller pädagogischer Beziehungen (z. B. Akzeptanz-, Anerkennungserfahrungen im Sozialraum, was Fachlichkeit und (Selbst-)Reflexivität bei den Professionellen voraussetzt),
- in der Arbeit mit Regeln und Grenzssetzungen (Bildungsauftrag, Intervention, Transparenz usw.) und
- in der pädagogischen Arbeit mit Gruppen (peer groups, Cliques- und Einzelarbeit, Integration pädagogischer und außerpädagogischer Angebote).

Ansätze bietet in dieser Hinsicht die Demokratiepädagogik mit ihren konkreten Partizipationsformen wie Klassenrat, Mediation oder Service Learning (vgl. Edelstein/Frank/Sliwka 2009).

Bei der Vielzahl von pädagogischen Ansätzen und Praxisfeldern geht es letztlich immer um die soziale Integration und Partizipation Jugendlicher und um die Entwicklung ihrer Lebenskompetenzen.

Politische Bildungsarbeit kann sowohl in der Schule als auch – wie zurzeit hauptsächlich – im außerschulischen Bereich geleistet werden. Dort können am ehesten Zugänge zur Ziel-



Der Aufbau langfristiger Kooperation zwischen Schule und Jugendverbänden birgt viele bisher nicht genutzte Chancen zur politischen Bildung

gruppe der rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen hergestellt werden. Entwicklungsbedarfe liegen vor allem im Ausbau der (langfristigen) Kooperation mit Schule und Jugendverbänden. Häufig wird politische Bildung von den Schulen an die außerschulische Bildung delegiert, gemeinsame Arbeitsformen werden kaum erarbeitet. Auch wenn die Beteiligung bildungsferner Jugendlicher an außerschulischen politischen Bildungsangeboten zugenommen hat, sind die Zugangshürden weiter abzubauen (vgl. Rieker 2009, S. 59).

Ein zentrales Präventionskonzept von Rechtsextremismus in der außerschulischen Arbeit ist interkulturelles Lernen, z. B. interkulturelle Begegnungen wie Workshops und Begegnungsfahrten, internationale Jugendaustausche und außerschulische Seminare. Besonders vielversprechend sind



kultur- und medienpädagogische Angebote, in denen sich über unterschiedlichste Medien wie Theater, Video oder Internet kreativ-gestalterisch mit Rechtsextremismus auseinandergesetzt wird. Ein Beispiel ist die pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik (vgl. Elverich/Glaser/Schlimbach 2009). Es handelt

sich dabei häufig um kurzzeitpädagogische Projekte mit Schulklassen, die meist als außerschulische Projekte oder in Form von Projekttagen mit externen Referenten stattfinden (vgl. ebd., S. 104). Neben der Information über verschiedene Musikrichtungen sollen Medien- und Reflexionskompetenzen der Jugendlichen gefördert werden.

Dieser Ansatz ist gewinnbringend, da er an der Lebenswelt und den Interessen der Jugendlichen anknüpft. Musik bildet einen „Türöffner“ für die inhaltliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Hier zeigen sich die Potenziale einer Kooperation von schulischen und außerschulischen Angeboten.

LITERATUR

- Baier, D. u. a. (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums und des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN). KFN-Forschungsbericht; Nr. 107. Hannover.
- Bundesministerium des Innern (2011): Verfassungsschutzbericht 2010. Berlin.
- Edelstein, W./Frank, S./Sliwka, A. (2009) (Hrsg.): Praxisbuch Demokratiepädagogik. Weinheim und Basel.
- Elverich, G./Glaser, M./Schlimbach, T. (2009): Rechtsextreme Musik. Ihre Funktionen für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis. Halle.
- Gamper, M./Willems, H. (2006): Rechtsextreme Gewalt – Hintergründe, Täter und Opfer. In: Heitmeyer, W./Schrott, B. (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn, S. 439–461.
- Glaser, M./Rieker, P. (2006): Interkulturelles Lernen als Prävention von Fremdenfeindlichkeit. Ansätze und Erfahrungen in Jugendbildung und Jugendarbeit. Halle.
- Glaser, M./Schuster, S. (2007) (Hrsg.): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle.
- Grillmeyer, S./Ackermann, Z. (2002) (Hrsg.): Erinnern für die Zukunft. Die nationalsozialistische Vergangenheit als Lernfeld der politischen Jugendbildung. Schwalbach/Ts.
- Guthmann, T. (2001): Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Frankfurt a. M.
- Hafeneger, B.: Jugendliche und Rechtsextremismus. In: Pädagogik, 2/2010, S. 9–13.
- Homepage Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend: Toleranz fördern – Kompetenz stärken. URL: http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_bundesprogramm.html (Stand: 14.05.2012).
- Jaschke, H.-G.: Zur Rolle der Schule bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 18–19/2012, S. 33–39.
- Kleger, H. (2007): „Tolerantes Brandenburg“ – staatliche und nicht-staatliche Handlungschancen. In: Schoeps, J. H. u. a. (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 165–171.
- Krafeld, F.J. (1996): Die Praxis akzeptierender Jugendarbeit. Opladen.
- Lynen von Berg, H./Palloks, K./Steil, A. (2006): Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Evaluierung von CVI-TAS-Projekten in kommunalen Kontexten. Bielefeld.
- Pingel, A./Rieker, P. (2002): Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Leipzig.
- Rieker, P. (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim und München.
- Schoeps, J. H. u. a. (2007): Rechtsextremismus in Brandenburg – Analyse, Prävention, Intervention. Eine Einführung. In: Schoeps, J. H. u. a. (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 15–30.
- Schubarth, W. (2001): Pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Möglichkeiten und Grenzen schulischer und außerschulischer Prävention. In: Schubarth, W./Stöss, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen, S. 249–270.
- Ders. (2007): Rechtsextremismus als Herausforderung für Schule und Jugendarbeit. Perspektiven für das Land Brandenburg. In: Schoeps, J. H. u. a. (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 330–338.
- Ders. (2010): Gewalt und Mobbing an Schulen. Möglichkeiten der Prävention und Intervention. Stuttgart.
- Ders./Speck, K./Lynen von Berg, H. (2010) (Hrsg.): Wertebildung in Jugendarbeit, Schule und Kommune. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden.
- Schuster, S. (2007): Improvisation, Partizipation und die Frage der Wirkungen – Eine Untersuchung zu Evaluationen der pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus. In: Glaser, M./Schuster, S. (Hrsg.): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle, S. 169–181.
- Seferens, H./Heyl, M. (2007): Chancen und Grenzen historisch-politischer Bildungsarbeit in KZ-Gedenkstätten bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. In: Schoeps, J. H. u. a. (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 376–384.



Die Musik kann Türöffner sein für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

In einer Befragung von Mitarbeitern in 35 Projekten und Angeboten, die sich an rechtsextreme oder fremdenfeindliche Jugendliche richten, durchgeführt vom Deutschen Jugendinstitut e.V., gaben die Sozialpädagogen an, dass rechtsextreme Organisationen eine Konkurrenz zu ihren eigenen Angeboten darstellen. Sie erachten die Aktivitäten der Rechtsextremen als deren Versuch, die Jugendlichen für sich zu gewinnen und sehen ihrerseits eine Konkurrenz in den pädagogischen Angeboten der außerschulischen Jugendarbeit. Die befragten Mitarbeiter berichten von Versuchen der Rechtsextremen, den Kontakt der Jugendlichen mit den Einrichtungen zu unterbinden – zum einen durch Verbote und Einschüchterungen, zum anderen durch verlockende Angebote. Die Stärken der außerschulischen Angebote liegen laut Befragten im Vergleich zu den Angeboten der rechtsextremen Organisationen darin,

- als anerkannte Pädagogen offen mit den eigenen Angeboten umzugehen,
- Kontakte zu Eltern und anderen Einrichtungen aufnehmen zu können,
- ein längerfristiges Angebot bereit zu halten und damit eine stabile Vertrauensbasis schaffen zu können.



Die außerschulische Arbeit muss mit den Angeboten rechtsextremer Organisationen konkurrieren

Der wichtigste Vorteil liegt somit in der Respektabilität (vgl. Pingel/Rieker 2002, S. 103).

Damit die pädagogische Arbeit, insbesondere die Jugendarbeit, einen

wirksameren Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus leisten kann, braucht es mehr Kontinuität, Nachhaltigkeit und Professionalität. Das erfordert eine feste Grundausstattung für die reguläre Jugendarbeit.

- Aufbauend auf den Regelstrukturen können Sonderprogramme z. B. als Ergänzung, als Krisenintervention oder als Modellversuch sinnvoll sein.
- Handlungsbedarf besteht auch bei der Qualitätssicherung und weiteren Professionalisierung der Jugendarbeit sowie bei der Vernetzung der zahlreichen Maßnahmen und Akteure in diesem Bereich, z. B. zwischen Jugendarbeit, Schule und Kommune.
- Ein besonderer Fokus muss dabei auf die gezielte Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen gelegt werden, die in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Dies gilt sowohl für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Cliquen als auch für die Auseinandersetzung mit Organisationen wie ländlichen Feuerwehren oder Sportvereinen. Bei der Arbeit mit rechtsextremen Kameradschaften stößt Pädagogik an ihre Grenzen.

Fazit und Folgerungen

Dass die Gleichung „mehr Staatsbürgerkunde, mehr Jugendclubs und mehr Ausbildungsstellen = weniger Rechtsextremismus“ nicht aufgeht, ist mittlerweile weitgehend anerkannt (vgl. Schoeps u. a. 2007, S. 25). Vielmehr bedarf es mehrdimensionaler, adressatenbezogener Strategien, die unterschiedliche Ebenen und Bereiche der Gesellschaft einbeziehen sollten, um Rechtsextremismus wirksam bekämpfen zu können. Pädagogische Strategien können nur ein Teil gesamtgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus sein. Ebenso gefordert sind alle anderen Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Bildungs- und

KURZBIOGRAPHIE

Wilfried Schubarth (*1955), Dr. phil., Professor für Erziehungs- und Sozialisationstheorie an der Universität Potsdam. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Jugend- und Bildungsforschung, insbesondere Gewalt, Rechtsextremismus, Prävention sowie Lehrerbildung. Kontakt: wilschub@uni-potsdam.de. Internet: www.uni-potsdam.de/erziehungssozialisationstheorie

KURZBIOGRAPHIE

Juliane Ulbricht (*1987) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur „Erziehungs- und Sozialisations-theorie“ an der Universität Potsdam. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Jugend- und Hochschulforschung. Kontakt: julbrich@uni-potsdam.de

Sozialpolitik im Bund, im Land und den Kommunen sowie die Bereiche von Polizei und Justiz (vgl. Schubarth 2001). Diese Bereiche sind im Ensemble der Entstehungsbedingungen viel wirkmächtiger als pädagogische Einflüsse. Das bedeutet nicht, dass Pädagogik nichts bewirken könnte, vielmehr kann Pädagogik im Gesamtensemble der Gegenstrategien ihre spezifischen Potenziale entfalten – vorausgesetzt, die erforderlichen Rahmenbedingungen sind gegeben. Dazu gehört vor allem, dass Pädagoginnen und Pädagogen ihre Professionalität ständig weiterentwickeln, dass pädagogische Institutionen ihren gesetzlichen Auftrag für die Erziehung und Wertebildung der jungen Generation ernst nehmen und frühzeitig und kontinuierlich in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern soziales und demokratisches Handeln bewusst fördern.

Rechtspopulismus in Europa als Herausforderung für die christliche Sozialethik



Zur Antwort gehört eine Kultur der universalen Geschwisterlichkeit

Der in Europa erstarkte Rechtspopulismus befördert die Fremdenfeindlichkeit, insbesondere die Islamophobie. Wesentliche Ursachen dafür gehen einher mit dem neoliberalen Globalismus: die Entpolitisierung und der mangelnde Widerstand gegen die Vorherrschaft der Ökonomie; die Beschränkung der Solidarität auf die jeweils eigene Gruppe, gepaart mit gemeinsamer Feindschaft nach außen; die Neigung zu einer Konsens-Demokratie, in der Minderheiten leicht zum Sündenbock abgestempelt werden können. Christliche Kirchen können der Gefahr des Rechtspopulismus entgegenwirken, indem sie über Religionsgrenzen hinweg für die gleichen Rechte aller Menschen eintreten und den Geist der Geschwisterlichkeit in der Zivilgesellschaft stärken.

Wolfgang Palaver



Die mit dem Ende des Kalten Krieges einhergehende Globalisierung und Herausbildung von Gesellschaften, die immer stärker vom kulturellen und religiösen Pluralismus geprägt werden, sowie die Vorherrschaft des neoliberalen Wirtschaftsdenkens haben in vielen europäischen Ländern zu einer Zunahme rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen geführt. Auch wenn Demokratie und Populismus niemals ganz voneinander abgekoppelt werden können, weil mit der Demokratie die Herrschaft des Volkes unauflöslich verbunden ist, wird gerade im deutschsprachigen Raum der Populismus vielleicht etwas zu negativ bewertet. Die Betonung dieser negativen Charakterisierung liegt dabei auf dem demagogischen Heischen nach Zustimmung des Volkes und die Propagierung einfacher Antworten auf komplexe Probleme. Eindeutiger lässt sich hingegen das Phänomen des Rechtspopulismus kritisieren, weil hier zum vertikalen Gegensatz zwischen den Eliten „oben“ und dem Volk „unten“ noch

ein horizontaler hinzu kommt: Dabei wird zwischen einem homogen imaginierten Volk, das für ein positives „Innen“ steht, und Menschengruppen unterschieden, die nicht zum Volk gehören, und die „draußen“ bleiben sollen. Diese Abgrenzung von nicht zum Volk gehörenden Menschen zeigt sich in Europa heute vor allem in Form von Fremdenfeindlichkeit, die sich gegen Minderheiten im eigenen Land, gegen

Migranten, Asylanten und heute besonders auch gegen Muslime richtet. Außerdem geht mit diesen Formen von Fremdenfeindlichkeit eine scharfe Ablehnung jener liberalen Eliten einher, die angeblich das Volk verraten, weil sie die Grenzen zu durchlässig machen. Diese Kritik wird zudem sehr oft mit einer Ablehnung der Europäischen Union verbunden.

Rechtspopulismus in den politischen Parteien

Bekannte Beispiele für den europäischen Rechtspopulismus sind die Front National in Frankreich, die Freiheitliche Partei in Österreich (FPÖ) oder Geert Wilders Partei für die Freiheit in den Niederlanden. Nach Jan Werner Müller, einem politischen Philosophen, sind seit den frühen neunziger Jahren zwanzig bedeutende populistische Bewegungen in Europa entstanden, von denen es nur zwei heute nicht mehr gibt. Dabei blieben diese Bewegungen

nicht nur auf die politische Zuschauer- und Kritikerrolle beschränkt, sondern nahmen und nehmen auch Regierungsverantwortung wahr. Beispielhaft kann verwiesen werden

- auf Österreich mit der Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ (bzw. später BZÖ/Bündnis Zukunft Österreich) von 2000 bis 2007,
- auf die langjährige Regierungsbeteiligung der Lega Nord im Bündnis mit dem häufig populistisch agie-

Arts & ethics

Weg mit dem Lärm deiner Lieder!
Dein Harfenspiel will ich nicht hören,
sondern das Recht ströme wie Wasser,
die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.

Amos 5, 23f.

„Die Serie *Correcturas Simulativas* lebt aus der beinahe unerträglichen Spannung zwischen geschundenem Leib und reichem Ornament, zwischen Nacktheit und Gewand, Verstümmelung und Perfektion. [...] Auch die Textbänder, mit der Hand geschrieben oder der Maschine, fügen sich wie die Linien des Fadens als graphisches Element ein und als inhaltliche Antipoden. Sie erscheinen als zynischer Kommentar: ‚Speziell zum Abschminken entwickelt‘ oder ‚Schmutz sowohl gründlich als auch schonend zu erfrischen‘. Die Bezüge muss der Betrachter herstellen.“

*aus: Petra Giloy-Hirtz: Die Ästhetisierung des Leidens.
Zu den Bilderzyklen von Lilian Moreno Sánchez
(vollständiger Essay unter: morenosanchez.com)*



*Lilian Moreno Sánchez,
geb. 1968 in Buin, Chile,
Studium an der Kunstfakultät der Universidad de Chile
sowie an der Akademie der Bildenden Künste, München;
lebt als frei schaffende Künstlerin in Augsburg;
weiteres unter: <http://morenosanchez.com>*



Lilian Moreno Sánchez
 Serie Correcturas Simulativas
 Bild 4 (von 4) 1996-1997
 Mischtechnik auf Stoff
 165 x 190 cm

renden Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi in Italien sowie

- auf Geert Wilders, der in den Niederlanden eine Minderheitsregierung von 2010 bis 2012 unterstützte.
- In Ungarn regiert die nationalpopulistische Partei Fidesz zur Zeit sogar mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Rechtspopulistische Tendenzen bleiben auch nicht auf einzelne Parteien beschränkt, sondern beeinflussen das ganze politische Spektrum. Deutlich lässt sich das in Österreich zeigen. Seit Jahren setzen die FPÖ und das unter Jörg Haider von der Partei abgespal-



Rechtspopulistische Tendenzen sind in Europa fast überall auf dem Vormarsch

tene BZÖ auf typische rechtspopulistische Themen wie Fremdenfeindlichkeit, EU-Skepsis und die angebliche Vertretung des kleinen Mannes auf der Straße. Die anderen Parteien in Österreich blieben von diesen Tendenzen

Rechtspopulismus und Islamophobie

Seit dem 11. September 2001 äußert sich die rechtspopulistische Fremdenfeindlichkeit in vielen Ländern Europas in Form einer scharfen Abgrenzung vom Islam. Die Islamophobie ist eine Form von antimuslimischem Rassismus, der gewisse Parallelen zum Antisemitismus aufweist. Der Begriff ist zwar umstritten – weil er von machen Autoren zu Unrecht zur Abwehr jeder Kritik an muslimischen Positionen herangezogen wird – aber beschreibt doch dieses zunehmend gefährliche Phänomen. Beispielhaft kann hier zuerst auf die 2002 gegründete niederländische Liste Pim Fortuyn verwiesen werden. Deren 2002 ermordeter Gründer verlieh seiner Bewegung die Islamophobie als Markenzeichen zur Un-

nicht wirklich frei. Wahlerfolge der Rechtspopulisten ließen auch diese Schritte in eine ähnliche Richtung machen. So appelliert seit einiger Zeit die konservative, christdemokratische Österreichische Volkspartei ÖVP mit dem Thema Sicherheit gezielt an populistische Instinkte. Auch die Sozialdemokratie gab der rechtspopulistischen Stimmung nach. Alfred Gusenbauer und Werner Faymann, die letzten beiden Bundeskanzler und Parteivorsitzenden der SPÖ, verfassten 2008 einen offenen Brief an die auflagenstärkste österreichische „Kronzeitung“, der sich als Kniefall vor der wachsenden EU-Skepsis und der irrational übertriebenen Angst vor einem möglichen EU-Beitritt der Türkei verstehen lässt. Auch die Partei der Grünen ist nicht völlig frei von solchen Tendenzen. Wie der Politikwissenschaftler Farid Hafez in einem Aufsatz über einen Abgeordneten der Grünen mit Migrationshintergrund zeigte, drängte dessen Versuch, sich medial als besonders gut integrierter Österreicher zu präsentieren, diesen zu einer islamophoben Rhetorik (Hafez 2009).

terscheidung vom Establishment. Ein besonders deutliches Zeichen in Richtung Islamophobie war auch die 2009 durchgeführte Schweizer Volksabstimmung, die mit 57,5% Zustimmung eine klare Mehrheit gegen den Bau von Minaretten erhielt. Hier zeigt sich deutlich, wie schnell gerade die Schweizer Direktdemokratie latente Ängste der Bevölkerung in diskriminierende Maßnahmen umsetzen kann.

In einer Studie über den islamophoben Rechtspopulismus in Österreich zeigt Farid Hafez, wie vor allem die von Jörg Haider geprägten rechten Parteien FPÖ und BZÖ, aber auch die bürgerliche ÖVP und punktuell selbst die sozialdemokratische SPÖ einen islamophoben Populismus politisch nüt-

zen (Hafez 2010). Nur für die Partei der Grünen konnte Hafez in dieser Studie keinen islamophoben Populismus festhalten. Konkrete Beispiele aus den jüngsten Wahlkämpfen der FPÖ in Österreich zeigen, wie rechtspopulistische Propaganda funktioniert. So wird der Slogan „Heimat muss Heimat bleiben“ mit der Ablehnung von Muezzin, Minarett und Burka verbunden. Gleichzeitig wird mit antiislamischer Intention der Verbleib von Kreuzen in den Klassenzimmern öffentlicher Schulen gefordert, obwohl die offizielle Vertretung der Muslimen in Österreich ausdrücklich für das Beibehalten der Kreuzfixe eintritt. Andere Wahl-Slogans lauteten: „Daham statt Islam“ oder „Glockenklang statt Muezzingebang“. Besonders diskriminierend fiel ein entsprechendes FPÖ-Wahlplakat bei den Innsbrucker Gemeinderatswahlen 2012 aus, das „Heimatliebe statt Marokkaner-Diebe“ propagierte.

Vorhandene Ängste in der Bevölkerung lassen solche islamfeindlichen Parolen auf fruchtbaren Boden fallen. Nach einer Umfrage aus dem Jahre 2010 halten 71 Prozent der Österreicher den Islam nicht für vereinbar mit der modernen Demokratie, und 54 Prozent fürchten sich ausdrücklich vor dieser Weltreligion. In Deutschland sind entsprechende Zahlen zwar nicht so



Mit islamfeindlichen Parolen werden bei der Bevölkerung vorhandene Ängste aufgegriffen

hoch, aber auch hier zeigte das Echo auf Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab*, dass es große Ängste gegenüber dem Islam gibt. Nach einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2010 stimmen 58,4 Prozent der Bevölkerung dem Satz „Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden“ zu. In Ostdeutschland sehen das sogar 75,7 Prozent der Menschen so.



Die Globalisierung stärkt die Tendenz zu kultureller Abgrenzung

Was sind die tieferen Ursachen für die steigende Attraktivität rechtspopulistischer Parteien in Europa? Ein erster Grund hängt sicher mit der zunehmenden Globalisierung unserer heutigen Welt zusammen. Moderne Kommunikationsmedien, die wachsende Mobilität und die vor allem ökonomisch vorangetriebene Öffnung nationaler Grenzen haben die Menschen auf der Welt immer näher zueinander gebracht. Erstmals in der Geschichte der Menschheit zeichnet sich wirklich so etwas wie eine Menschheit ab. Aber gerade das damit verbundene Verschwinden traditioneller kultureller und nationaler Differenzen erzeugt Probleme, die zu neuen Feindmustern und gefährlichen Jagden auf Sündenböcke führen können. Es ist kein Zufall, dass Samuel Huntingtons Buch *Der Kampf der Kulturen* nach dem Ende des Kalten Krieges geschrieben wurde und fast verzweifelt nach neu-

en Feinden Ausschau hielt, die an die Stelle des abgedankten Kommunismus treten sollten. Huntington verstand die Feindschaft zwischen den Kulturen als ein Mittel, mit dem die Menschen ihre eigene Identität wieder festigen könnten: „Wir wissen, wer wir sind, wenn wir wissen, wer wir nicht sind und gegen wen wir sind.“ (Huntington 1996, 21) Mittels der mimetischen Theorie des französisch-amerikanischen Kulturanthropologen René Girard lässt sich das Faktum der Globalisierung als eine globale kulturelle Krise verstehen, die die Konfliktpotentiale in allen Gesellschaften erhöht. Zutreffender als Huntington erkennt Girard gerade in den fehlenden Differenzen die eigentliche Gefahr, weil in der vor allem ökonomisch dominierten Globalisierung auch eine globale Konkurrenz angeheizt wird, die zerstörerische Rivalitäten und Gewaltneigungen mit sich bringt.

Der Beitrag der Postdemokratie zum Rechtspopulismus

Besonders die ökonomische Schlagseite der Globalisierung – der neoliberale Globalismus – stärkt Tendenzen hin zum Rechtspopulismus. Colin Crouch, der den Begriff *Postdemokratie* wesentlich prägte, versteht darunter die zunehmende Herrschaft wirtschaftlicher Eliten, die hinter verschlossenen Türen vermehrt Einfluss auf die Politik nehmen. Oberflächlich gesehen scheinen die demokratischen Ordnungen wie gewohnt zu funktionieren, aber in Wirklichkeit drohe der tatsächliche Einfluss der Politik und damit auch der der Wähler bedeutungslos zu werden. Diese Schwächung der Politik gegenüber den Kräften der Wirtschaft und ihren einflussreichen Lobbyisten lässt die Menschen vermehrt nach politischen Gegenkräften rufen, die im rechtspopulistischen Lager mit attraktiven Versprechungen locken. Dabei sind aber auch die Rechtspopulisten selbst vom postdemokratischen

Virus befallen. Eine wirkliche Loslösung von der Vorherrschaft der Wirtschaft gelingt ihnen genauso wenig, wie eine nachhaltige politische Orientierung. Die Fremdenfeindlichkeit bleibt oft bloß als attraktives „Markenzeichen“. Crouch beschreibt dieses Phänomen am Beispiel der niederländischen Bewegung um Pim Fortuyn:

„Das Phänomen Fortuyn stellt sowohl ein Beispiel für die Postdemokratie dar als auch eine Art der Reaktion auf diese. Er nutzte seine charismatische Persönlichkeit, um ein unklares und unzusammenhängendes Programm politischer Maßnahmen vorzuschlagen, das – abgesehen von einem Unbehagen über die Zahl neuer Immigranten in den Niederlanden – keine klar artikulierten Interessen widerspiegelte. Dies sprach Teile einer Bevölkerung an, die ihre früheren politischen Identitäten verloren hatten, half ihnen jedoch nicht, eine neue zu finden. Die

niederländische Gesellschaft stellt ein besonders krasses Beispiel für den rapiden Verlust politischer Identitäten dar. Dort gingen nicht nur ... klare klassenspezifische Identitäten verloren, das Land erlebte zusätzlich einen dramatischen Rückgang der Bedeutung religiöser Identitäten.“ (Crouch 2008, 40)

Auch Crouch spricht hier das oben erwähnte Problem des mit der Globalisierung einhergehenden Identitätsverlustes an.

Vertreter eines radikaldemokratischen Ansatzes bedienen sich ähnlicher Argumente wie Crouch und kritisieren vor allem die politische Linke, der sie die fortschreitende Entpolitisierung in den westlichen Ländern vorwerfen, weil sie jeden politischen Widerstand gegen die global herrschende Wirtschaft unmöglich mache und die Menschen in die Armen der Rechtspopulisten treibe. Schon Ende der 90er Jahre hat Slavoj Žižek auf dieses Phänomen aufmerksam gemacht:

„Soweit heute alle moderaten Linken, von Blair bis Clinton, diese Entpolitisierung akzeptieren, werden wir Zeugen eines seltsamen Rollentausches. Die einzige seriöse politische Macht, die fortfährt die Regel eines uneingeschränkten Marktes in Frage zu stellen, ist die populistische extreme Rechte (Buchanan in den USA, Le Pen in Frankreich). Als sich die Wall Street negativ zur sinkenden Arbeitslosenrate äußerte, war der einzige, der den offensichtlichen Schluß zog, daß das, was für das Kapital gut sei, offensichtlich nicht gut für die Mehrheit der Bevölkerung sei, eben Buchanan.“ (Žižek 1998, 97)

In jüngerer Zeit hat Chantal Mouffe eine ähnliche Kritik an der politischen Linke vorgebracht. Besonders interessant ist dabei ihre Auseinandersetzung mit dem Aufstieg der rechtspopulistischen FPÖ unter Jörg Haider in Österreich. Nach Mouffe darf dieser nicht vorschnell auf eine österreichische Nazi-Nostalgie zurückgeführt, sondern muss vielmehr als Reaktion auf die österreichische Konsensdemokratie mit ihrer Tendenz zur Ent-



politisierung verstanden werden. Nach Mouffe gelang es Haider, einen „mächtigen Pol kollektiver Identifikation“ gegen das Establishment der „Konsens-



Demokratie braucht interne Gegnerschaft

Eliten“ zu errichten (Mouffe 2009, 89). Mouffe betont, dass zur Politik immer auch die Unterscheidung eines „Wir“ von einem „Sie“ gehöre. Weil die Linke den politisch lahmen Konsens einer

auf Gegnerschaft zielenden agonistischen Demokratie vorziehe, bewirke sie indirekt, dass alle politische Leidenschaft in das Lager der Rechtspopulisten auswandere. Nur eine gepflegte politische Gegnerschaft könne vor jenem Abrutschen in ein Feinddenken bewahren, das die Rechtspopulisten gegen Fremde ausagieren. Mit ihrer Betonung der politischen Bedeutung von Gegnerschaft berührt Mouffe aber noch tiefere anthropologische Fragen.

mitgliedern als auch Konflikte mit anderen Gruppen begünstigt. Einen Vorteil hatten ... Individuen, die sich Gruppenmitgliedern gegenüber großzügig und solidarisch zeigten, Außenseitern aber misstrauisch und feindselig begegneten. Diese wirksame Kombination aus Gruppenmerkmalen und individuellen Charakterzügen hat von unseren Vorfahren bis in die Gegenwart überdauert – in Form des Wohlfahrtsstaates, der eingebettet ist in ein System schwer bewaffneter, miteinander konkurrierender Nationen.“

Rechtspopulistische Bewegungen nähren sich von dieser menschlichen Neigung zum parochialen Altruismus. Sie versprechen Solidarität und Gemeinschaft, indem sie klar Feinde und Sündenböcke benennen, gegen die die eigene Gemeinsamkeit bestärkt werden kann.

Das Menschheitserbe des parochialen Altruismus

Neuere anthropologische Forschungen zeigen, dass wir Menschen weder automatisch zur zerstörerischen Konkurrenz noch zur dauernden Gewalt neigen. Zunehmend wird heute die Kooperation als ein wesentlicher Grundzug des Menschen hervorgehoben. Aber diese Befähigung zur Solidarität ist oft von einer Schattenseite begleitet. Wir Menschen sind vor allem dann dazu bereit, uns für das Wohl der anderen einzusetzen, wenn wir in enger Einheit mit unseren Verbündeten gleichzeitig gegen gemeinsame Feinde zusammenstehen. Forschungen des amerikanischen Ökonomen Samuel

verfeindeter Nationalstaat war. Bowles fasst diesen Zusammenhang folgendermaßen zusammen:

„Der evolutionäre Druck hat bei unseren Vorfahren folglich sowohl die Kooperation zwischen den Gruppen-

Bereit zur Jagd auf Sündenböcke – die gefährliche Seite der Demokratie

Aber nicht nur die mit der Globalisierung einhergehende Krise und die menschliche Neigung zum parochialen Altruismus fördern die Tendenz zu Feinddenken und zur Jagd auf Sündenböcke. Auch die Demokratie selbst ist mit einer solchen Neigung verbunden. Die populistische Jagd auf Sündenböcke ist mit einer grundsätzlichen Problematik der demokratischen Volksherrschaft verbunden. Schon Kant trat deshalb für die repräsentative Demokratie ein, weil er dadurch dem demokratischen Despotismus entgegenzuwirken versuchte. Kant warnte in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* vor den Gefahren der Demokratie als Regierungsform, die keine Repräsentation, d. h. keine Unterscheidung zwischen Legislative und Exekutive kennt. Das völlige Fehlen eines repräsentativen und damit gegenüber dem Volk transzendenten Elements mache diese Regierungsform zu einem Despo-

tismus, der in letzter Konsequenz von der Logik des „alle gegen einen“ bestimmt werde.

Religionspolitologisch lässt sich im Blick auf die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts diesbezüglich die Gefahr der Vergötzung des Volkes herausstreichen. Das zum Götzen erhobene, angeblich ganz mit sich selbst identische Volk zielt auf eine Homogenität, die sich durch die scharfe Abgrenzung von allen Fremden bestimmt. Ausgehend von den modernen Totalitarismen konnte Girard die Identifikation von Volksstimme und Gottes Stimme mit seiner anthropologischen These vom Sündenbockmechanismus als Ursprung menschlicher Zivilisation in Verbindung bringen: „*Vox populi, vox dei*. Die lateinische Spruchweisheit ist präziser Ausdruck des Sündenbocksystems.“ (Girard 1990, 167)

Der kanadische Philosoph Charles Taylor greift auf Girards Anthropologie zurück, um sich mit grundsätzli-



Menschliche Solidarität bezieht ihre Stärke oft aus der gemeinsamen Feindschaft nach außen

Bowles haben gezeigt, dass das Grundmuster menschlicher Solidarität sich meist als parochialer Altruismus erweist. Menschliche Solidarität beschränkt sich also oft bloß auf den Zusammenhalt innerhalb von Gruppen und bezieht ihre Stärke vor allem aus der gemeinsamen Feindschaft nach außen. Dieser Zusammenhang von Solidarität nach innen und Feindschaft nach außen gilt für ursprüngliche Stammesgesellschaften genauso wie für den neuzeitlichen Sozialstaat, der tatsächlich oft auch ein nach außen

chen Problemen der modernen Demokratie auseinander zu setzen. Für ihn ist der Zusammenhang von demokratischer Revolution und der Jagd auf Sündenböcke ein bleibendes Problem



Der neuralgische Punkt moderner Demokratien ist ihr Umgang mit Minderheiten

der Moderne. Ethnische Säuberungen begleiten seiner Meinung nach nicht zufällig den Aufstieg der Demokratie:

„Das Prinzip der Volkssouveränität macht Minderheiten zu einem Problem. Nach diesem Prinzip wird die Identität eines Staates in letzter Instanz vom Volk entschieden. Wenn wir einer Min-

derheit einen Platz in unserem Volk einräumen, kann diese beanspruchen, unsere politische Identität zu ändern; wenn wir diese Minderheit ausschließen, verweigern wir ihren Mitgliedern eines der Grundrechte der Moderne, das Recht auf Staatsbürgerschaft. In beiden Fällen kann es dazu kommen, dass die Minderheit Teile unseres Territoriums für sich reklamiert. Also müssen wir ihre Mitglieder assimilieren, und wenn sie sich widersetzen, sind wir versucht, zum Mittel der ethnischen Säuberung zu greifen. Daher ist es kein bloßer Zufall, dass das 20. Jahrhundert sowohl den Aufstieg der Demokratie als auch den Höhepunkt der ethnischen Säuberungen verkörpert.“ (Taylor 2002, 63)

Der parochiale Altruismus muss zum Universalismus hin geöffnet werden

Besonders wichtig an den Forschungsarbeiten von Samuel Bowles ist seine Feststellung, dass wir Menschen nicht auf den parochialen Altruismus festgelegt sind. Ausdrücklich weist er beispielsweise auf Formen weltweiter Solidarität hin, die heute auch aufgrund der neuen Medien bei großen Katastrophen sehr schnell zur Hilfeleistung motivieren. Ebenso nennt er als positives Beispiel das mittelalterliche, islamisch geprägte Spanien, das ein friedliches Zusammenleben von Muslimen, Christen und Juden jenseits üblicher Freund-Feind-Muster möglich gemacht hatte. Für Bowles gehört der parochiale Altruismus zum menschlichen Vermächtnis. Er ist aber keineswegs unser Schicksal.

Den Religionen und Weltanschauungen fällt hier die verantwortungsvolle Aufgabe zu, Wegbereiter einer universalistischen Haltung zu sein, die allen Menschen die gleiche Würde zukommen lässt. Tatsächlich vertreten heute beispielsweise viele christliche Kirchen und ihre Repräsentanten eine Haltung, die klar für die Universalität der Menschenrechte und ge-

gen die Fremdenfeindlichkeit Partei ergreift. Am Beispiel der katholischen Kirche kann das gut verdeutlicht werden. So wird im *Kompendium der Soziallehre der Kirche* das auf die „Einheit der Menschheitsfamilie“ gerichtete „universale Gemeinwohl“ betont und gleichzeitig jede Form von „Rassismus und Rassendiskriminierung“ als moralisch unhaltbar zurückgewiesen (Nr. 433). Auf lokalkirchlicher Ebene kann auf eine kürzlich erfolgte Abgrenzung vom Rechtspopulismus durch Alois Glück, den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hingewiesen werden. Glück forderte die deutschen Katholiken dazu auf, „klare Grenzen zu ziehen gegenüber Gruppierungen, die die ‚christlich-abendländischen Werte‘ im Namen des Konservativen beschwören und gleichzeitig die Würde anderer Menschen nicht achten“.¹ Diese klare Positionierung verdankt sich jenem Kern der biblischen Botschaft, der sich als Überwindung des parochialen Altruismus in Rich-

tung eines universalen Menschenbildes zeigt. Am deutlichsten kommt dies wohl in Jesu' Aufforderung zur Feindesliebe in der Bergpredigt (Mt 5,43–44) und im politisch brisanten Gleichnis vom Barmherzigen Samariter (Lk 10,25–37) zum Ausdruck. Indem Jesus in diesem Gleichnis einen Menschen zum moralischen Vorbild erklärt, der als Samariter zu einem verfeindeten Nachbarvolk gehört, zeigt er, dass eine christliche Ethik sich nicht bloß auf die eigene Sippe oder das eigene Volk bezieht, sondern abseits der üblichen Freund-Feind-Muster alle Menschen einschließt und die parochialen Abschlüßungen sprengt.

Wie schwer den Menschen allerdings der Auszug aus der Welt der geschlossenen und auf Feindschaft gegründeten Gesellschaften fällt, zeigt die Geschichte des Christentums, das selbst immer wieder in die alten Muster zurückgefallen ist. Auch heute gibt es leider noch viel zu viele Christen, die sich bedenkenlos auf die Seite der Rechtspopulisten stellen. Vor allem deren aktueller Kampf gegen den Islam erscheint vielen Kulturchristen als besonders attraktiv.

Die Botschaft des Zweiten Vatikanischen Konzils, dass Christen und Muslime denselben Gott anbeten, und dass gerade angesichts der langen Geschichte der Feindschaft zwischen diesen beiden Religionen, es heute vor allem um die Zusammenarbeit für den Frieden und die soziale Gerechtigkeit geht, ist bei vielen Katholiken noch überhaupt nicht angekommen. In diese Richtung braucht es noch viele kleine Schritte hin zu einem gesellschaftlichen Klima, dass an die Stelle der Angst vor dem Islam ein gegenseitiges Verstehen treten lässt. Erst ein solches Klima des Dialogs und der Zusammenarbeit entzieht der Islamophobie ihre Grundlage.

¹ <http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen/detail/ZdK-Präsident-Glueck-fordert-Abgrenzung-gegenueber-Rechtspopulismus-711u/>



Die ethisch-spirituellen Voraussetzungen einer menschengerechten Demokratie

Der Rechtspopulismus wird nur dann an Attraktivität verlieren, wenn es der Politik wieder gelingt, den neoliberalen Globalismus in seine Schranken zu weisen. Dazu bedarf es einer stärkeren Politisierung im Sinne der radikal-demokratischen Forderungen von Crouch, Zizek oder Mouffe. Doch auch deren Konzepte sind nicht ohne Gefahr, denn sie spielen mit dem Feuer der Feindschaft, wenn sie die Gegnerschaft dem Dialog und dem Konsens vorziehen. Wie lässt sich denn der von Mouffe angemahnte Agonismus vor dem Abgleiten in den Antagonismus des Feinddenkens bewahren? Dazu bedarf es demokratisch engagierter Menschen, die von einer Haltung geprägt sind, die bei allem berechtigten Streit um Interessen und Anliegen immer auch die größere Verbundenheit aller Menschen untereinander nicht aus den Augen verlieren.

Die Geschwisterlichkeit als Voraussetzung einer menschengerechten Demokratie

Die Geschwisterlichkeit (*fraternité*) wird im Vergleich zur liberalen Freiheit (*liberté*) und zur demokratischen Gleichheit (*égalité*) immer noch viel zu wenig beachtet, gehört aber gerade in unserer heutigen Zeit zu den notwendigen Voraussetzungen einer Demokratie, die sich den Herausforderungen der Globalisierung stellt. Ausdrücklich wird auf die Geschwisterlichkeit im *Kompendium der Soziallehre der Kirche* als Voraussetzung für das politische Zusammenleben hingewiesen, wobei ebenso deren unauflösliche Verbundenheit mit den Prinzipien Freiheit und Gleichheit aufgezeigt wird. Es handelt sich bei der Geschwisterlichkeit um ein Prinzip, „das vor allem aufgrund des Einflusses individualistischer und kollektivistischer Ideologien in den modernen und zeitgenössischen politischen Gesellschaften zum größten Teil

Will eine Demokratie ihren eigenen Versuchungen widerstehen, so bleibt sie auf tugendethische und auch religiös-spirituelle Voraussetzungen angewiesen. Erst politisch engagierte Menschen, die entsprechende Werthaltungen verkörpern, garantieren eine menschengerechte Demokratie. Der italienische Rechtsphilosoph Norberto Bobbio nannte vier Ideale, die die Demokratie zur Voraussetzung hat: Toleranz, Gewaltfreiheit, die schrittweise Erneuerung der Gesellschaft und die Geschwisterlichkeit (Bobbio 2009, 90–92). Ich beschränke mich im Folgenden auf die Tugend der Geschwisterlichkeit, weil sie einerseits eng mit der Französischen Revolution verbunden ist, aus der die heutigen Demokratien in Europa hervor gegangen sind, und weil sie andererseits eine häufig übersehene und fast vergessene Tugend darstellt.

noch nicht verwirklicht ist“ (Nr. 390).² Nur wenn alle Menschen als Geschwister, als Angehörige einer Menschheit, verstanden werden, können notwendige politische Auseinandersetzungen davor bewahrt werden, in aggressive Sündenbockjagden oder zerstörerische Feindschaften zu pervertieren. Geschwisterlichkeit bewahrt sowohl die Freiheit als auch die Gleichheit vor destruktiven Entgleisungen. Vor allem die großen Weltreligionen können einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Geschwisterlichkeit leisten. Zu Recht hat Benedikt XVI. in seiner Sozialenzyklika *Caritas in veritate* sowohl auf die Notwendigkeit der Geschwisterlichkeit im Zeitalter der Globalisierung als auch

²Im Sozialkompendium wird in der deutschen Übersetzung von „Brüderlichkeit“ gesprochen, das einer etwas zu wörtlichen und engen Übersetzung des englischen bzw. des italienischen Begriffs (*fraternity* bzw. *fraternità*) entspricht.

KURZBIOGRAPHIE

Wolfgang Palaver (*1958), Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck; Forschungsschwerpunkte: Religion und Gewalt; die Anthropologie der katholischen Soziallehre; wichtige Veröffentlichungen: Die mythischen Quellen des Politischen. Carl Schmitts Freund-Feind-Theorie (Stuttgart 1998); René Girards mimetische Theorie (Münster 2008).

auf deren transzendenten Ursprung hingewiesen: „Die zunehmend globalisierte Gesellschaft macht uns zu Nachbarn, aber nicht zu Geschwistern. Die Vernunft für sich allein ist imstan-



Die Weltreligionen können die Geschwisterlichkeit auch dadurch stärken, dass sie auf ihren transzendenten Ursprung hinweisen

de, die Gleichheit unter den Menschen zu begreifen und ein bürgerliches Zusammenleben herzustellen, aber es gelingt ihr nicht, Brüderlichkeit zu schaffen. Diese hat ihren Ursprung in einer transzendenten Berufung durch Gott den Vater, der uns zuerst geliebt hat und uns durch den Sohn lehrt, was geschwisterliche Liebe ist.“ (Nr. 19)

„Für eine Politik in Gemeinschaft“

Eine menschengerechte Demokratie lebt von einer moralisch und religiös orientierten Zivilgesellschaft. Auf dieser Ebene haben auch die christlichen Kirchen eine wichtige Aufgabe. Als konkretes, positives Beispiel kann auf die Fokolar-Bewegung verwiesen

werden, die sich mit ihrem Programm „Für eine Politik in Gemeinschaft“ bewusst für eine Stärkung der Geschwisterlichkeit in der Politik einsetzt (Lubich 2003). Dieses Programm fasst die Bedeutung der Geschwisterlichkeit für die Politik präzise zusammen: „Es geht darum, politisches Handeln und Denken zu entwickeln, das

- die Menschheit als eine einzige Familie ansieht, deren Wert in ihrer Vielfalt liegt
- nach Beweggründen sucht, um den Anderen wie sich selbst zu lieben
- die Kategorie des Feindes überwindet und sich dem Verständnis des anderen vorbehaltlos öffnet
- die Geschwisterlichkeit aller als Basis für den gesellschaftlichen Fortschritt wiederentdeckt“³

Ausdrücklich muss in diesem Zusammenhang auch auf das Engagement der Fokolar-Bewegung für den interreligiösen Dialog hingewiesen werden, wobei gerade der Dialog zwischen Christen und Muslime im Vordergrund steht. Zahlreiche Muslime stehen im engen Kontakt mit der Fokolar-Bewegung oder gehören ihr sogar als Mitglied an.

Fazit

Das Erstarren des Rechtspopulismus in Europa hat vielfache Ursache, wobei neben

- der Globalisierung,
- der Dominanz des neoliberalen Globalismus,
- dem uralten Erbe des parochialen Altruismus auch
- die inhärenten Probleme der zur Homogenität und Ausschließung des Fremden neigenden modernen Demokratie

beachtet werden müssen. Die Antworten auf die Herausforderung des Rechtspopulismus müssen auf mehreren Ebenen erfolgen.

1. Die globalistische Vorherrschaft der Ökonomie muss durch eine Politisierung der westlichen Demokratien in die Schranken gewiesen werden, die auf ein erneuertes Primat der Politik zielt.
2. Jede Stärkung politischer Gegnerschaft droht aber wieder in Muster des parochialen Altruismus zurück zu fallen, die innergesellschaftliche Solidarität nur gegen äußere Feinde herzustellen versucht.

3. Gerade das Erbe des parochialen Altruismus ruft nach Öffnung hin zu einem universalen Menschenbild, wie es insbesondere auch von einem genuinen Christentum vertreten wird.
4. Die inhärenten Gefahren der Demokratien verlangen ein verstärktes Bemühen um jene ethischen und religiösen Tugenden, die eine menschengerechte Demokratie zur Voraussetzung hat. Ergänzend zu Freiheit und Gleichheit muss vor allem die Geschwisterlichkeit gestärkt werden. Die christlichen Kirchen sind besonders dazu prädestiniert, eine geschwisterliche Zivilgesellschaft lebendig werden zu lassen. Wo die Geschwisterlichkeit das sozio-kulturelle Klima prägt, verliert der Rechtspopulismus seinen Nährboden.

³ <http://www.fokolare.at/site/imdialog/kultur/politik>

LITERATUR

- Benedikt XVI. (2009): Die Liebe in der Wahrheit. Die Sozialenzyklika „Caritas in veritate“. Freiburg i. Br.
- Bobbio, Norberto (2009): Ethik und die Zukunft des Politischen. Übersetzt von O. Kallscheuer und A. Kopetzki. Berlin.
- Bowles, Samuel (2008): „Nächstenliebe, die Mutter aller Kriege“, in: Die Zeit Nr. 1/2009 (vom 23.12.), 36.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Übersetzt von N. Gramm. Frankfurt am Main.
- Girard, René (1990): Hiob – ein Weg aus der Gewalt. Übersetzt von E. Mainberger-Ruh. Zürich.
- Hafez, Farid (2009): „Islamophobe Diskursstrategien in Grün und Blau. Eine diskursanalytische Analyse eines Interviews des Grünen Bundesrat Efgani Dönmez“, in: J. Bunzl und F. Hafez (Hg.): Islamophobie in Österreich. Innsbruck, 169–183.
- Ders. (2010): Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettbauverbote österreichischer Parlamentsparteien. Wiesbaden.
- Huntington, Samuel P. (1996): Der Kampf der Kulturen. Übersetzt von H. Fließbach. München.
- Lubich, Chiara (2003): „Geschwisterlichkeit in der Politik als Schlüssel zur Einheit Europas und der Welt“, in: Bewegung für die Einheit in Österreich und Fokolar-Bewegung Österreich (Hg.): 1000 Städte für Europa. Ein Kongress für alle Bürgermeister Europas. Innsbruck, 9./10. November 2001. Wien, 26–37.
- Mouffe, Chantal (2009): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Übersetzt von N. Neumeier. Frankfurt a. M.
- Müller, Jan-Werner (2012): „Wir! Sind! Das! Volk!“, in: Die Zeit Nr. 17 (vom 19.4.), 13.
- Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden, Hg. (2006): Kompendium der Soziallehre der Kirche. Freiburg.
- Taylor, Charles (2002): „Gewalt und Moderne“, in: Transit (23): 53–72.
- Zizek, Slavoj (1998): Ein Plädoyer für die Intoleranz. Übersetzt von A. L. Hofbauer. Wien.



„Mit dem christlichen Glauben absolut unvereinbar“

Interview mit dem Erzbischof von Berlin über
Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus



Rainer Maria Kardinal Woelki

Ein besonders bewegender Augenblick während des Papstbesuches in Deutschland im vergangenen Jahr dürfte für Viele die Übergabe eines künstlerisch gestalteten Fensters des Strafgefängnisses Plötzensee durch den Berliner Erzbischof Kardinal Woelki gewesen sein. Woelki begrüßte den Papst im Berliner Olympiastadion mit den Worten: „Unsere Stadt ist [...] keine gottlose Stadt. Sie ist vielmehr sogar

eine Stadt der Märtyrer. In keiner deutschen Stadt sind im 20. Jahrhundert mehr Christen als Zeugen für Christus und seine Botschaft gestorben als hier in Berlin. Wir möchten Ihnen als Zeichen unserer Verbundenheit ein Geschenk überreichen, das Plötzenseer Diptychon, dessen Rahmen aus einem original Treppenhausfenster von Haus 1 im Gefängnis Plötzensee besteht. Es erinnert im Sinn des vom seligen Papst Johannes Paul II. formulierten ‚Ökumenismus der Heiligen und Märtyrer‘ an die Blutzeugen, die wegen ihrer christlichen Überzeugung und ihres Einsatzes für den Nächsten vom NS-Terrorregime verurteilt wurden.“ Woelki räumte damit der Haltung zum Nationalsozialismus eine zentrale Bedeutung für das katholische Selbstverständnis ein – das von beeindruckenden Leistungen des Widerstands ebenso geprägt ist wie von der offenen Wunde des versäumten Widerstands. Was bedeutet die historische Bürde einerseits, die historische Leistung andererseits für den Katholizismus heute? Resultiert daraus eine besondere Verpflichtung im Hinblick auf den Rechtsextremismus der Gegenwart? Wir haben darüber mit Kardinal Woelki gesprochen, der zunächst Wert legt auf eine präzise Bestimmung des Ausdrucks „Rechtsextremismus“: Rechtsextremisten lehnen die freiheitlich-demokratische Grundordnung ab und wollen – auch unter Anwendung von Gewalt – ein autoritäres oder gar totalitäres staatliches System errichten, in dem nationalistisches und rassistisches

Gedankengut die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden sollen. Das rechtsextreme Weltbild ist gekennzeichnet durch Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, völkische Ideologie, Antisemitismus, Geschichtsklitterung, häufig einhergehend mit der Verherrlichung des NS-Regimes und Relativierung oder Leugnung der Shoa, Diffamierung und Ablehnung des demokratischen Rechtsstaats und seiner Institutionen. Folgende Merkmale können als Anhaltspunkte für rechtsextremistische Orientierung gewertet werden: ein aggressiver Nationalismus, für den nur die deutschen Interessen als Richtschnur gelten und der andere Nationen als „minderwertig“ betrachtet; der Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf „rassistischer“ Grundlage, die die Rechte des Einzelnen beliebig einschränkt und der pluralistischen Gesellschaft das Modell des „Volkskollektivismus“ („Du bist nichts, Dein Volk ist alles“) entgegengesetzt; eine aggressive, extrem gewaltbereite Fremdenfeindlichkeit als Ergebnis einer Wiederbelebung rassistischen und damit verbunden antisemitischen Gedankenguts; letztlich der Wunsch nach einem „Führerstaat“ mit militärischen Ordnungsprinzipien (Militarismus); die Relativierung oder sogar Leugnung der Verbrechen des „Dritten Reiches“ und damit verbunden eine Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus; die Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten.

Rainer Maria Woelki wurde in Köln geboren, seine Eltern stammen – wie übrigens auch sein Berliner Vorgänger Georg Kardinal Sterzinsky – aus dem ostpreußischen Ermland. Woelki studierte Theologie in Bonn und Freiburg, wurde in Rom an der Päpstlichen Universität vom Heiligen Kreuz promoviert und nennt Joseph Ratzinger, den heutigen Papst, als seinen wichtigsten theologischen Lehrer. Von 2003 bis 2011 war er Weihbischof in Köln, seit 2011 ist er Erzbischof in Berlin. Im Hinblick auf die räumliche Ausdehnung ist Woelkis Bistum das zweitgrößte in Deutschland. Der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung allerdings liegt in Berlin nur bei 9%, im Umland weit darunter. Bereits im Februar 2012 wurde Woelki in das Kardinalskollegium aufgenommen.



Amosinternational Herr Kardinal, in der Hedwigs-Kathedrale, Ihrem Bischofssitz, ruht der selige Bernhard Lichtenberg, Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und „Gerechter unter den Völkern“ in Yad Vashem. Konrad Kardinal von Preyßing, Ihr Vorgänger in den Jahren 1935 bis 1950, hat sich wiederholt vernehmlich vom Nationalsozialismus distanziert, er stand – in seinen Predigten und Hirtenbriefen – für eine klare Abgrenzung der katholischen Kirche gegenüber dem NS-Staat, verurteilte die – von der Berliner Tiergartenstraße aus koordinierten – Euthanasieorde und setzte sich mit einem eigens gegründeten Hilfswerk, das er sogar selbst leitete, um keine Mitarbeiter zu gefährden, für von den Nazis verfolgten Menschen ein. Welche Bedeutung hat dieses historische Erbe für Sie?

Kardinal Woelki Dieses Erbe hat eine große Bedeutung für mich, und dies nicht im Sinne einer Tradition, die lediglich um ihrer selbst gepflegt wird, sondern als leider dauernde Herausforderung. Damit weiß ich mich übrigens eines Geistes auch mit meinem unmittelbaren Vorgänger im Amt des Berliner Erzbischofs, Kardinal Georg Sterzinsky. Preyßing, Bengsch, Sterzinsky die Berliner Bischöfe waren sich immer der besonderen Verantwortung bewusst, die uns als Kirche in Berlin schon allein dadurch zufällt, dass Holocaust, „Endlösung“, „Reichspogromnacht“, „Totaler Krieg“ untrennbar mit Berlin verbunden sind. In meinem Bistum liegt das Holocaust-Mahnmal, das Konzentrationslager Sachsenhausen, Plötzensee, das Haus der Wannsee-Konferenz, auch Maria Regina Martyrum, die Gedenkkirche der deutschen Katholiken für die Opfer des Nationalsozialismus liegt in Berlin, 2013 feiern wir den 50. Weihetag. Die Rolle des „Hauptstadtbistums“ wird auch dadurch festgelegt: an einer lebendigen Erinnerungskultur mitzuwirken.

Ich erlebe dafür eine große Sensibilität in unseren Gemeinden und im Diözesanrat, wir sind vertreten im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz

im Trägerverein „Erinnern für die Zukunft“ des Hauses der Wannseekonferenz.

Erwähnen möchte ich auch das Maximilian-Kolbe-Werk, das neben der Hilfe für die Opfer von Konzentrationslagern immer wieder auch die Versöhnung und die Erinnerung thematisiert.

Amosinternational Resultiert aus dem historischen Erbe eine Art Verpflichtung in Bezug auf die Haltung des Erzbischofs von Berlin gegenüber Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus? Oder würden Sie sagen, dass solche historischen Aspekte, so bedeutend sie sind, sachlich wenig mit dem heutigen Phänomen des Rechtsextremismus zu tun haben?

Woelki Die historische Verpflichtung und das lebendige Gedenken sind das eine, aber dazu kommt ein weiterer Aspekt: Das katholische Berlin war immer geprägt von Zuzügen – aus Schlesien, aus ganz Deutschland und Europa, mittlerweile aus der ganzen Welt – die Integration von „Fremden“ ist eine anhaltende Aufgabe im Erzbistum Berlin. 20% der Katholiken im Erzbistum Berlin sind nicht-deutscher Muttersprache, Fremdenfeindlichkeit kann keinen Platz in unserem Bistum haben. Nicht zuletzt bin ich selbst hier zugezogen und darauf angewiesen, angenommen zu werden.

Aus diesem klaren nein zu Fremdenfeindlichkeit folgt auch eine klare Absage an Rechtsextremismus, der sich nicht zuletzt ja durch Fremdenfeindlichkeit positioniert.

Auch wenn ich kein Experte für Rechtsextremismus in Deutschland bin, halte ich die Phänomene des heutigen Rechtsextremismus für historisch untrennbar mit dem Rechtsextremismus der Hitler-Nazis verbunden: Es ist das gleiche Gedankengut, das eine freiheitlich-demokratische, pluralistische Grundordnung ablehnt, verächtlich Menschen gesellschaftlich ausgrenzt und national-totalitäre Ansprüche stellt – verbunden mit einem hohen Maß an manifester körperlicher und

seelischer Gewalt bzw. Gewaltbereitschaft. Hinzu treten gewisse Symbole bzw. „Codes“, die der Ideologie des Hitler-Regimes entlehnt sind. Und schließlich nutzen die heutigen Rechtsextremisten zeitliche Daten der Hitler-Nazis zu öffentlichen Demonstrationen.

Amosinternational Das Erzbistum Berlin hat eine weite Ausdehnung von der Ostsee bis in den Süden Brandenburgs und von der polnischen Grenze bis ins westliche Brandenburg. Welche Formen des Rechtsextremismus begegnen der Kirche?

Woelki Katholiken aus unseren fremdsprachigen Gemeinden, insbesondere wenn sie durch Sprache oder Aussehen als Ausländer erkennbar sind, berichten immer wieder von fremdenfeindlichen Äußerungen, aber auch von Übergriffen. In rechtsextremistischen Internet-Foren wurde auch schon einmal gegen offizielle Vertreter bzw. Vertreterinnen unseres Erzbistums offen gehetzt, gar zu Gewalt gegen sie aufgerufen, über Schwester Bührlé, die Leiterin des Katholischen Büros Schwerin, hieß es auf einer rechtsextremen Internetseite: „Die Betschwester – haut drauf!“. Auf der anderen Seite nehme ich auch wahr, dass Rechtsextremisten versuchen, so wie anderswo, sich auch bei uns einzuschleichen. Von einer „Unterwanderung“ kann man nicht sprechen, aber auch solche Einzelfälle sind ernst zu nehmen.

Man muss vielleicht auch noch etwas zu den Größenordnungen sagen: Zur katholische Kirche gehören in Berlin 9% der Bevölkerung, in Brandenburg und Vorpommern sind es noch viel weniger. Unsere Kräfte sind daher begrenzt, aber auch die Zahl der Katholiken unter den Opfern von Rechtsextremismus sind – rein statistisch – wenige. Aber als eine Gruppe, die sich vorgenommen hat, die Gesellschaft mit zu prägen und zu gestalten, sind wir natürlich im Blick rechter Gruppen.



Amosinternational Wie reagiert die Kirche, die Verbände, die Gemeinden auf Rechtsextremismus?

Woelki Wir haben als deutsche Bischöfe am 24. Januar 2012 anlässlich der Aufdeckung der neonazistischen Zelle aus Zwickau und unter dem Eindruck des Massenmords eines norwegischen Rechtsextremisten eindeutig Stellung bezogen. Diese Ereignisse führten uns drastisch vor Augen, dass auch in den zivilen europäischen Gesellschaften „ein Bodensatz des fanatischen Hasses auf alles Fremde“ besteht. Daher haben wir erneut und gemeinsam betont, dass Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und jede Form des Rechtsextremismus mit dem christlichen Glauben absolut unvereinbar sind.

Rechtsextremismus stellt eine ernste dauerhafte Herausforderung dar, gerade da, wo kirchliche aber auch staatliche Infrastruktur sich zurückzieht. Pfarrer berichten mir, dass sie immer häufiger um Mitwirkung bei öffentlichen Aufrufen, „Koalitionen-gegen-rechts“, oder Demonstrationen angefragt werden. In Einzelfällen sind wir auch mit ausgestiegenen katholischen Rechtsextremen und Aussteigern in unseren Pfarreien befasst.

Um besser reagieren zu können, haben wir – gemeinsam mit dem Erzbistum Hamburg – eine „Arbeitsgemeinschaft „Rechtsextremismus““ gegründet. Ich stelle mir vor, dass diese Arbeitsgruppe dann auch weitere Strategien und Kompetenzen entwickelt, wie wir in Pfarreien, Verbänden und Einrichtungen auch in akuten Situationen reagieren können.

Ich weiß darüber hinaus von Einzelpersonen, die sich bereits seit Jahren und hartnäckig gegen rechts engagieren. Bei unserem Caritas-Verband zeigt es sich insbesondere in Vorpommern, wo sich die Caritas in Gemeinwesenprojekten bei der Demokratieförderung engagiert, Theaterprojekte organisiert, die in Schule für Toleranz werben, oder beim Aufbau von Netz-

werkstrukturen zur Förderung der Demokratie hilft.

Wenn wir auf Rechtsextremismus reagieren müssen, ist es streng genommen schon zu spät. Mir gefällt es ohnehin besser, wenn wir uns nicht von Rechtsextremen die Agenda diktieren lassen, also nicht nur „gegen rechts!“ sondern „für Demokratie!“ agieren und vor allem Angebote auch in strukturschwachen Gebieten machen, weil gerade da, wo sich alle anderen zurückziehen, rechte Gruppierungen sich breit machen.

So verstehe ich auch die Jugendverbände im BDKJ. Deren Anliegen ist es, Jugendliche stark zu machen, so dass sie sich selbst gegen Rechtsextremismus stark machen können. Konkret verstehen sich katholische Jugendverbände als „Werkstätten der Demokratie“, die – so hoffe ich – wehrhaft machen gegen rechte Polemik.

Aus dem gleichen Grund ist das Erzbistum Berlin Mitglied in der Initiative „Tolerantes Brandenburg“ und im „Berliner Ratschlag für Demokratie“, in Mecklenburg-Vorpommern gehören wir zu den Mitinitiatoren der Initiative „WIR.Erfolg braucht Vielfalt“. Deswegen sind wir auch jedes Jahr an der Interkulturellen Woche beteiligt, die ich in diesem Jahr bundesweit in Potsdam mit eröffnen durfte. Der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin verleiht seit Jahren den „Drei-Königs-Preis für Integration“ – auch das ist ein Zeichen gegen Rechtsextremismus.

Amosinternational Gibt es Beauftragte in der Kirche, in den Diözesen oder Dekanaten für Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt?

Woelki Eine spezielle Beauftragung für die Herausforderungen durch Rechtsextremismus gibt es nicht. In der Deutschen Bischofskonferenz besteht eine Zuständigkeit für die Phänomene von Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt im Rahmen der bischöflichen Kommissionen, vor allem bei

der Kommission für gesellschaftliche und politische Fragen und der Migrationskommission, die sich mit Zuwanderern unter uns befasst und in der auch der Berliner Weihbischof Dr. Matthias Heinrich engagiert ist. Zudem gibt es eine Kommission „Justitia et Pax“ in Trägerschaft der Deutschen Bischofskonferenz, die sich mit Menschenrechtsfragen befasst. Wir Bischöfe in Deutschland sind uns einig, dass entschlossen gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorgegangen werden muss.

Amosinternational Gibt es in einzelnen Gemeinden auch Opfer rechter Gewalt, etwa Katholiken nicht-deutscher Herkunft?

Woelki Katholiken stellen keine eigene Opfergruppe rechter Gewalt dar. Wenn Katholiken betroffen sind, dann nicht, weil sie katholisch, sondern weil sie nach Hautfarbe, Gebräuchen oder Herkunft anders oder fremd sind. Entsprechend wird die Bedrohung in unseren fremdsprachigen Gemeinden natürlich stärker empfunden.

Das kann aber nicht unsere erste Frage sein. Es ist nicht entscheidend, ob ein Opfer katholisch ist, damit die Kirche auf den Plan tritt. Das hat auch der jüngste antisemitische Übergriff auf Rabbiner Alter in Berlin wieder gezeigt. Wir erheben unsere Stimme, wenn jemand aus rassistischen Gründen bedroht wird unabhängig von seiner Religion.

Amosinternational Welche Rolle spielen rechtsextreme Tendenzen in der katholischen Kirche? Wie hoch schätzen Sie die Gefahr ein, die von offenkundig rechter Gesinnung im Umfeld der katholischen Kirche ausgeht – etwa vom Internetportal *kreuz.net*, das sich als „Initiative einer internationalen privaten Gruppe von Katholiken in Europa und Übersee, die hauptberuflich im kirchlichen Dienst tätig sind“, bezeichnet? Gibt es gar eine Art „rechter Szene“ innerhalb des Katholizismus?

Woelki Wenn es um Gesinnung und Tendenzen geht, stehe ich vor dem Problem, dass ich keine belastbaren Zahlen, Umfragen oder Untersuchungen nennen kann. Es gibt – so jedenfalls meine Einschätzung – vielleicht in Berlin noch stärker als anderswo ein Gespür bei vielen Gläubigen, wo die Grenze liegt, was nicht mehr geht. Vielleicht liegt das auch an einer Gedenklandschaft und Gedenkkultur, die in Berlin besonders sensibilisiert für rechte, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen. Im Diözesanrat mit seinem Drei-Königs-Preis, in vielen Gruppen und Initiativen, die ich bereits genannt habe, äußert sich das sehr selbstbewusst. Und die Verführung, für komplexe Probleme einfachen Lösungsvorschlägen rechter Propaganda zu folgen, bleibt aktuell. Wie weit das in unsere Gesellschaft hineinreicht, hat man ja an der Debatte um die Thesen von Thilo Sarrazin gesehen.

Ich kann nicht ausschließen, dass es auch unter den Katholiken im Erzbistum Berlin Einzelne mit rechtsextremistischer Gesinnung gibt. Dies zu überprüfen ist allerdings schwierig, ja, sogar unmöglich, wenn wir nicht den Verfassungsschutz in unseren Reihen haben wollen, was ich für unerfreulich halten würde. Jedenfalls wird beim Kommuniongang nicht die politische Gesinnung abgefragt.

Ich ermutige unsere Gemeinden, aktiv gegen Gemeindeglieder vorzugehen, die rechtsextreme Anschauungen vertreten und diese darauf ansprechen. Das darf kein Tabu werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass NPD-Mitglieder unsere Gemeinden als Mitglieder in Pfarrgemeinderat oder Kirchenvorstand nach außen hin repräsentieren. Denn zum Rechtsextremismus gehört ein Menschenbild, das ausgrenzt und diskriminiert, außerdem schüren rechtsextreme Parteien wie die NPD den Sozialneid etwa gegenüber ausländischen Arbeitsplatzbesitzern.

Eine andere Unterscheidung aber ist mir wichtig: Nicht alles, was innerkirchlich vor das Zweite Vatikanische

Konzil zurückgehen möchte bzw. zurück geht, darf und kann automatisch mit rechtsextremistischer Gesinnung gleichgesetzt werden. Eine anonyme Plattform wie *kreuz.net* muss eben mit den Geistern leben, die sie rief: Wo niemand mit seinem Namen und seiner Identität für seine Meinung einstehen muss, ist leider Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nicht mehr fern.

Amosinternational Das Vorgehen des Verfassungsschutzes in Bezug auf die Aktivitäten der als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt gewordenen Terrorgruppe stößt zunehmend auf Unverständnis und teilweise auch bei nüchternen Beobachtern auf Entsetzen. Sollte die Kirche, sollte ein Bischof sich zu den Abläufen äußern oder liegt das außerhalb des kirchlichen Kompetenzbereichs?

Woelki Kirche hat hier eine anwaltliche Aufgabe, ich sehe meinen Platz auf der Seite der Opfer. Dazu gehört, dass man einer sprachlichen Stigmatisierung wie dem Begriff „Döner-Morde“ entschieden entgegentreten muss. In der Trauerfeier für die Opfer hat die Bundeskanzlerin es so formuliert: „Wir alle können Ihnen heute zeigen: Sie stehen nicht länger allein mit Ihrer Trauer. Wir fühlen mit Ihnen, wir trauern mit Ihnen“, dem kann ich mich anschließen. Ich sehe aber nicht, dass wir als Kirche Kompetenzen hätten, Verfassungsschutz-Aktivitäten zu bewerten. Dass hier Fehler begangen wurden, scheint mir außer Frage zu stehen. Aber diese Fehler werden aufgedeckt, die parlamentarische Kontrolle funktioniert. Das gehört zu der oben schon erwähnten freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die die Voraussetzung für unser Handeln zum Wohl der Gesellschaft darstellt.

Amosinternational Wie schätzen Sie die Gefahr ein, die von gewaltbereiten rechtsorientierten Personen ausgeht? Kann man von einer „Welle rechter Gewalt“ oder von „rechtem Terror“ reden?

Woelki Sprachliche Festlegungen verändern auch die Wirklichkeit. Nicht nur bei der Beurteilung der rechten Gefahr stehen wir immer zwischen Verharmlosung und Panikmache. Im nächsten Jahr erinnern wir uns an die sogenannte „Machtergreifung“ durch Adolf Hitler und all die verheerenden Folgen für die ganze Welt. 1945 hat sich in Deutschland ein Staat gegründet, dem das „Nie wieder!“ in die Gründungsurkunde eingeschrieben ist. Ich finde schon, dass sich unsere Demokratie der rechtsextremen „Verlockungen“ immer wieder gut erwehrt hat und ich sehe keine Hinweise, dass sich das ändert.

Amosinternational Offenkundig richten sich rechte Ressentiments vorzugsweise gegen Angehörige bestimmter kultureller und religiöser Minderheiten, gegen Juden und Muslime. Gibt es eine Art „natürlicher Verbundenheit“ oder Solidarität zwischen Kirche einerseits und Personen und Gruppen, die aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses bzw. ihres kulturellen Hintergrundes zur Zielscheibe rechtsextremer Missachtung werden?

Woelki Bei allen Unterschieden in den Bekenntnissen: Was uns verbindet ist die Überzeugung, dass wir gleich geschaffen sind, dass der Gott, an den wir glauben, keine Unterschiede zwischen den Menschen macht: Es gibt nicht wertvollere oder wertlosere Menschen je nach Herkunft, Hautfarbe oder Bekenntnis. Was uns mit anderen Religionen auch verbindet, ist die deutsche Verfassung und deren Werte, insbesondere auch die Grundrechte. Im Grundgesetz heißt es unter der Prämisse der Präambel – „im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott“ – in Artikel 1, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Diese Würde ist uns Menschen von Gott gegeben, und dies bedeutet, dass sie von keiner irdischen Instanz abgesprochen werden kann.

Als Vertreter von Religionen müssen wir – gerade in aktuellen Debatten – wachsam bleiben, dass wir uns nicht von rechtsextremen Gruppierungen



gen gegeneinander ausspielen lassen. Der „Al Quds-Tag“, der muslimische „Jerusalemtag“ zum Ende des Ramadan hat dies in diesem Jahr sehr deutlich gemacht: Ein von Ayatollah Chomeini eingeführter religiöser Termin, der letztlich aber politisch die Politik Israels kritisiert, wurde von der Initiative „Pro Deutschland“ zum Protesttag gegen Muslime und Moscheen in Deutschland umgemünzt. Die Begriffe „Deutschland“ und „Islam“ können aber streng genommen gar keine Antipoden sein, da sie sich auf unterschiedliche Systeme beziehen, auf politische und religiöse. Auch das sollte uns im interreligiösen Dialog verbinden: Wir lassen uns nicht politisch instrumentalisieren und ideologisch provozieren! Das will man natürlich erreichen mit dem Vorzeigen von Mohammed-Karikaturen oder Verunglimpfungen des Papstes.

Amosinternational Es gibt auch eine anti-religiöse Haltung oder Stimmung, die weit von rechter Gesinnung entfernt ist: Der Religionssociologe José Casanova hat deutliche Parallelen zwischen der gegenwärtigen Diskriminierung der Muslime und der historischen Diskriminierung der Katholiken aufgezeigt. Manuel Borutta, ein Kulturhistoriker, diagnostiziert in Bezug auf die Situation in der katholischen Kirche in den europäischen Kulturkämpfen einen ausgeprägten und teilweise sehr aggressiven „Antikatholizismus“. Nun soll hier keinen Fall eine Parallele solcher Tendenzen zu rechtsorientierter Aggression gegen Muslime und Juden angedeutet werden. Aber auch die katholische Kirche und ihre Mitglieder finden sich im Erzbistum Berlin in einer deutlichen Minderheitensituation. Gibt es da die Erfahrung von Diskriminierung und Missachtung?

Woelki Diskriminierung und Missachtung kann ich nicht sagen. Aber an der aktuellen Diskussion um das Beschneidungs-Urteil ist mir etwas anderes aufgefallen: Was geschwunden ist, ist das Verständnis für das Religiöse. Es fehlt die Einsicht, dass Menschen aus reli-

giösen Gründen Dinge tun, die nicht-religiöse Menschen nicht tun würden. Was Muslime und Juden in dieser Debatte mit dem Argument der „körperlichen Unversehrtheit“ trifft, berührt ein Unverständnis für priesterliche oder klösterliche Existenz, die Entscheidung, schon kleine Kinder taufen zu lassen, es betrifft Speise- und Gebetsvorschriften unterschiedlicher Religionen und vieles mehr. Dieses Unverständnis, das in der Tat nichts mit Rechtsextremismus zu tun hat, macht mir aber auch Sorgen.

Amosinternational Mit der Minderheitenposition des Katholizismus in Preußen und Berlin hängt, jedenfalls nach einer verbreiteten Auffassung, traditionell ein gewisser „Anti-Etatismus“ zusammen, eine Distanz zu Politik und Staat. Der in Berlin aufgewachsene Historiker und Journalist Joachim Fest beschreibt in seinen Kindheits- und Jugenderinnerungen „Ich nicht“ – mit dem Titel würdigt Fest die Haltung seines überzeugt katholischen Vaters – einen freilich nicht durchgängig kompromisslosen katholischen Widerstandsgeist gegen den Nationalsozialismus. Spielt dieses traditionelle katholische, letztlich stärker auf die globale Glaubensgemeinschaft als auf den Nationalstaat bezogene Selbstverständnis, heute eigentlich noch eine Rolle?

Woelki Ich bin nicht sicher, ob es damals die entscheidende Rolle gespielt hat. Viel wichtiger ist mir die Beschreibung des Christen als ein Mensch, der gleichzeitig in der Welt von heute lebt und sich auch für diese Welt engagiert, der aber auch vom Anbruch des Reiches Gottes weiß und sich dort beheimatet weiß.

Wo an Jesus Christus und seine Botschaft von Reich Gottes geglaubt wird, empfangen sterbliche Menschen schon jetzt göttliches Leben, fangen zu leben an wie er, geweiht für die anderen, besonders für die, deren Würde mit Füßen getreten wird und die oftmals nur die Schattenseiten dieses Lebens kennen. Wo Menschen diese Liebe empfangen, wird die Welt anders, wird sie

neu. Christen wie Bernhard Lichtenberg oder der von Ihnen erwähnte Vater von Joachim Fest, aber auch die, die in der ehemaligen DDR standgehalten haben, stehen mit ihrem Leben dafür.

Was unter Diktaturen galt, gilt auch heute, auch wenn wir in unserem Land eine Trennung von Kirche und Staat erreicht haben, die niemand zurücknehmen möchte, zumal wir das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht nur partnerschaftlich nennen, sondern es auch so gestalten.

Amosinternational Joachim Fests Buch endet überraschender Weise mit dem Mauerfall, das er als historisches Ereignis interpretiert, das dem Grauen des Nationalsozialismus gewissermaßen diametral gegenübersteht, „in dem sich die Vernunft ausnahmsweise gegen alle Verblendung und Gräuellaune durchgesetzt hat“. In der Stadt, in der Sie Bischof sind, säumen die Kandelaber Alberts Speers noch Straßenzüge und die Spaltung der Welt in Ost und West ist noch greifbar. Welchen Stellenwert sollte die Erinnerung an die deutsche Geschichte der vergangenen 80 Jahre, sollte das Gedenken haben?

Woelki Ich sprach schon von der einzigartigen „Gedenklandschaft“, die in einer „Gedenkkultur“ ihren Ausdruck findet. „Das Geheimnis unserer Erlösung ist Erinnerung“, so heißt es bei Franz Rosenzweig in der jüdischen Tradition. Der Kern unseres Glaubens, die Eucharistie, ist eine Erinnerungsfeier. Ich bin dankbar, dass es in Berlin so viele Orte und Stellen gibt, an denen man zur Erinnerung aufgefordert wird. Ich bin auch dankbar, dass wir uns in Berlin auch wieder mit Juden gemeinsam erinnern dürfen. Das ist ein großes Geschenk, das uns die Nachkommen derer machen, die vor 70 Jahren aus dieser Stadt verfolgt, vertrieben und ermordet wurden.

*Die Fragen stellte Christian Spieß,
ICEP Berlin*

Katholische Akademiearbeit und Rechtsextremismus

Kompetenzen gegen Rechtsextremismus –
Katholisch-soziale Bildung in Deutschland



Bildung zählt zu den wichtigsten Schlüsseln im gesellschaftlichen Kampf gegen den Rechtsextremismus, besonders in Deutschland. Hierzulande beteiligen sich daran zahlreiche Akteure, zu denen traditionell auch die katholischen Akademien und Bildungseinrichtungen gehören. Die katholisch-soziale, außerschulisch organisierte Bildung in Deutschland leistet seit Jahrzehnten bis heute ihren ganz spezifischen Beitrag für den Erhalt einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die sich aus christlicher Sicht als ein bewährter Ort für die Entfaltung von Gemeinwohl und individuellem Leben begreifen lässt. Die Vermittlung von Kompetenzen für die Begegnung mit zutiefst menschenfeindlichen extremistischen Gesinnungen ist eine Daueraufgabe der Bildung, auch abseits des aktuellen politischen Tagesgeschehens.

Politische Bildung in Deutschland

Wenn es um Bildung als Interventionsfaktor in der Auseinandersetzung mit einem mancherorts bereits alltagskulturell situierten Rechtsextremismus geht, ist es in erster Linie die „politische“ Bildung, die hier ihren besonderen Zuständigkeitsbereich findet. In Deutschland erscheint diese in der Doppelstruktur von schulischer und außerschulischer Bildung als ein gut organisiertes Feld der didaktisch angeleiteten Erziehung insbesondere von jungen Menschen zu einem Mehr an Mündigkeit, Urteilsschärfung und Partizipation in politisch-demokratischen Angelegenheiten. Verglichen mit anderen europäischen Ländern hat die politische Bildung in ihrer außerschulischen Gestalt in Deutschland gar eine herausragende Stellung: „Die deutsche staatliche Förderung von Fachorganisationen, die politische Jugendbildung außerhalb der Schule in eigener Verantwortung durchführen, ist einzigartig.“ Und der Grund hierfür liegt nahe: „Die-

se Besonderheit geht in erster Linie auf die durch den Faschismus verführte Jugend und die nach dem Zweiten Weltkrieg forcierte Politik der Reeducation zurück.“¹

Bis heute ist es elementares staatliches Anliegen, die demokratische Erziehung gegen Anfeindungen im Inneren insbesondere aus dem rechtsextremen Spektrum der Gesinnungen und Aktionen in der Gesellschaft zu schützen. Die in der Nachkriegszeit eingerichtete und beständig geförderte Einrichtung der dem Bundesministerium des Innern unterstellten Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zeigt, dass es der Staat bis heute ernst meint. Bereits in der Stabilisierungsphase der bundesrepublikanischen

Geschichte wurde mit ihr eine Organisation geschaffen, die sich bis heute zentral der Stärkung von Demokratiebewusstsein und -handeln der Bürgerinnen und Bürger widmet.² Speziell auf dem Gebiet der politischen Jugendbildung ist es in Deutschland zudem der Kinder- und Jugendplan des Bundes, der einen entscheidenden Faktor zur Förderung junger Menschen hinsichtlich ihrer „Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung“ darstellt.³ Von den staatlich geschaffenen Voraussetzungen für Bildung und Erziehung als Widerstand gegen den Rechtsextremismus profitiert schließlich auch die katholisch-soziale Bildung.

¹ Achim Schröder: Politische Jugendbildung, in: Benno Hafenegger (Hrsg.): Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen – Handlungsfelder – Akteure. Schwalbach/Ts. 2011, S. 173–186, hier: 173.

² Zu nennen sind hier auch die Landeszentralen für politische Bildung.

³ <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/richtlinien-kjp-stand-april-2012,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, Seite 145.

Katholisch-sozial orientierte politische Bildung

Dass die katholische Bildung in Deutschland als eine durchaus gewichtige Playerin formiert ist, die auf dem Weg der außerschulischen politischen Bildung das Anliegen verfolgt, Bürgerinnen und Bürger die Aneignung vielfältiger Kompetenzen im Dienste der Demokratiesicherung zu ermöglichen, ist eine nicht selten verkannte Tatsache. In der praktischen, öffentlich geförderten Bildungsarbeit hat sie die Möglichkeit, unter Wahrung ihres ganz eigenen Profils an der Prävention gegenüber der Entfaltung antidemokratischer Tendenzen, wie sie im Extremismus von rechts repräsentiert sind, bildend mitzuwirken. Die 1952 gegründete Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB), einer der großen Träger in der Landschaft außerschulischer politischer Bildung in Deutschland, verdankt ihr Bestehen dabei – wie auch die bpb – nicht von ungefähr eben dem Ansinnen der Festigung der Demokratie als Antwort auf die Katastrophe der NS-Diktatur des 20. Jahrhunderts. Dem Leitbild folgend, das weitgehend auf den Kernprinzipien der Christlichen Sozialethik beruht, bieten die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen rund 60 katholischen Akademien, Bildungseinrichtungen, Vereine und Verbände ein Veranstaltungsangebot im Seminar- und Fortbildungsbereich, das sich gezielt der demokratischen Grundbildung von Menschen aller Generationen widmet.

Dem didaktischen Anspruch nach verfolgt die katholisch-sozial orientierte politische Bildung das, was gemeinhin als „Dreischritt“ der politischen Bildung grundgelegt ist. Die Bildnerinnen und Bildner zielen in der Bildungspraxis auf die Vermittlung von Wissen (Sachkompetenz), auf eine Schärfung von Urteilsfähigkeit (Urteilskompetenz) sowie auf die praktische Partizipation in Form demokratieorientierten Handelns bzw. Verantwortungs-

übernahme (Handlungskompetenz). Die AKSB-Mitgliedseinrichtungen haben sich in ihren didaktischen Leitorientierungen zudem auf die Prinzipien des sogenannten „Beutelsbacher Konsenses“ aus dem Jahre 1976 verpflichtet, der für die Bildnerinnen und Bildner im Gegenüber zu den Bildungszielgruppen ein Indoktrinationsverbot ausspricht und zugleich die Realisierung der Prinzipien der Kontroversität sowie der Teilnehmerorientierung einfordert. Dieses besondere didaktische Erbe lässt sich nicht ohne den Hintergrund der besonderen deutschen Erfahrungen mit den Exzessen rechtsextremistischer Gewaltherrschaft verstehen.

Überdies macht es eine personen- und lebensweltbezogene Didaktik dem Verständnis der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung zufolge möglich, das Anliegen einer nachhal-

„Kompetent gegen Rechts“ – ein Good-practice-Beispiel

Die katholisch-sozial orientierte politische Bildung in Deutschland weist in ihrer konventionellen Seminararbeit, die den Rechtsextremismus zum thematischen Gegenstand hat, eine Vielfalt von Methoden und Formaten auf. Die von den katholischen Akademien und Einrichtungen organisierte Bildungspraxis etwa der *historisch*-politischen Bildung will in ihrer Adressatenorientierung ein Erfahrungslernen ermöglichen, das im persönlichen Erleben an Lernorten durch den Besuch historischer Stätten oder auch durch das Gespräch mit Zeugen aus der nationalsozialistischen Zeit verwirklicht wird.

Neben der historisch-politischen Bildung werden aber auch unkonventionell gänzlich *neuartige* Herausforderungen und Entwicklungen verhandelt, die sich als genuines Produkt der Gegenwartsgesellschaft erachten lassen und zugleich Chancen wie auch eine Reihe von Gefahren mit sich bringen. Zu diesen Herausforderungen ge-

tigen Werteerziehung zu verfolgen. In dieser Weise ist für diese die Orientierung an Werten der Freiheit, der Verantwortung sowie der Partizipation die leitende Grundintention. Und zentral gerade in der Auseinandersetzung mit den extremistisch verengten Weltbildern und der ihnen zutiefst innewohnenden Eindimensionalität befürwortet katholisch-sozial orientierte Bildung die Wertschätzung von Pluralität und Diversität. Die Stärkung des individuellen Erkennungs- und Urteilsvermögens sowie des zivilcouragierten Eintretens gegenüber jener „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (W. Heitmeyer), die das gesellschaftliche Wohl und die Würde des einzelnen Menschen gleichermaßen konterkariert, findet gerade in einer menschenrechtlich orientierten und hierbei insbesondere pluralitäts- und diversitätsaffinen Bildungskonzeption ihren basalen Ausgangspunkt.

hört heute zentral das Web 2.0, welches den Bildungsakteurinnen und -akteuren das Hervorbringen gänzlich neuer methodischer Ansätze für die Kompetenzschulung im Umgang mit Medien abverlangt. Und mehr noch: Web 2.0 begegnet heute nicht allein als bloßes Medium. Es gleicht vielmehr einem Kulturraum mit hoher sozialisationsprägender Kraft, insbesondere für die Menschen der jungen Generation, die als „digital natives“ täglich in virtuellen Räumen navigieren und soziale Netze sowohl pflegen als auch neu erschließen. Dabei erweist es sich als nicht unwahrscheinlich, an unterschiedlichen Knotenpunkten des sozialen Netzwerks auch mit solchen Akteurinnen und Akteuren in Berührung zu kommen, die das extremistische Gesinnungsspektrum der Gesellschaft repräsentieren und in einer gerade für junge Menschen oft nicht leicht erkennbaren Weise diese mit demokratiefeindlichem Gedankengut konfron-



tieren. Studien von Jugendschutz.net oder no-nazi.net belegen den verstärkten Einsatz der digitalen Medien seitens rechtsextremer Gruppierungen zu strategischen Zwecken.

Die innerhalb dieses medialen Kontextes damit angewachsenen Gefährdungen durch Verbreitung antidemokratischer Gesinnungen haben im vergangenen Jahr katholische Bildungseinrichtungen zum Anlass genommen, um neben der konventionellen Seminararbeit zum Thema Rechtsextremismus ein Projekt mit bundesweiten Teilnehmungsstrukturen zu realisieren.⁴ Unter dem Titel „Jugend im Web 2.0: Kompetent gegen Rechts“ wurden mit der Zielgruppe der Jugendlichen in Schülervertretungen und Jugendverbänden Web-2.0-basierte und gegen Rechtsextremismus gerichtete Strategien sondiert und praktisch operationalisiert. Die Realisierung erfolgte wiederum durch gezielt konzipierte Bildungsseminare, in denen die Vermittlung von Medienkompetenz im Hinblick auf das Social Web bei gleichzeitiger Förderung der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sowie des Engagements gegen diesen ermöglicht wurde.⁵

Wie das Projekt gezeigt hat, ist das Web 2.0 als virtueller, in das reale Leben hinein aber durchlässiger Raum zu verstehen, der große Relevanz im Alltagsleben insbesondere junger Menschen hat und in dem sich ein intensives Ringen um soziale Anerkennung ereignet. Web 2.0 ist für viele Jugendliche also unverzichtbar. Wie sich zeigt, fällt es ihnen, wenn sie Stellung gegenüber denen innerhalb dieses Raumes begegnenden rechtsextremistischen Denkmustern beziehen sollen, allerdings nicht leicht, zwingende Argumente zu entwickeln und zu artikulieren. Eine intensive Auseinandersetzung mit den Grundsätzen der Demokratie bleibt damit ein dringendes Desiderat der Bildung, die sich aber nicht nur an Schülerinnen und Schüler zu richten hat. Eine stärkere Sensibilisierung insbesondere bei der Lehrer- und Eltern-

schaft scheint ebenso dringlich, da sie kontaktnahe Bezugspersonen sind, sich in vielen Fällen allerdings als zu wenig „webaffin“ erweisen und als ernstzunehmende Ratgeber aus Sicht der Jugendlichen ausscheiden. Ein grund-

Perspektiven katholischer Bildung

Der thematische Zusammenhang von Web 2.0 und Rechtsextremismus in den Angeboten der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung für Schülervertretungen in SV-Formaten hat vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion nach Bekanntwerden des Bestehens rechtsterroristischer Zellen an zusätzlicher Relevanz gewonnen. Gleichwohl versteht die katholisch-sozial orientierte politische Bildung ihren Einsatz gegen antidemokratische Gesinnungen, eingedenk historischer Erfahrungen, als eine Kern- und Daueraufgabe. Die Seminarpraxis wie auch Projektdurchführungen in der dargestellten Weise zeigen, dass katholische Akademien und Einrichtungen der politischen Bildung in Deutschland auf dem Gebiet der Auseinandersetzung mit einem zurzeit verstärkt öffentlich wahrgenommenen Rechtsextremismus in unterschiedlicher Weise tätig sind, den Fokus des Engagements aber stets schärfen müssen. Es ist zunächst sinnvoller Weise die politische Jugendbildung, die hier die vielversprechendsten Ansatzpunkte für die Arbeit der politischen Bildnerinnen und Bildner liefert. Schülervertretungen etwa, die sich durchaus als „Schulen der Demokratie“ verstehen lassen, können als eine wichtige Zielgruppe der Bildungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus ausgemacht werden. Gleiches gilt aber ebenso für sozial benachteiligte Jugendliche, die in besonderer Weise auf die

sätzliche Problem, so ein weiteres Projektergebnis, liegt nach wie vor darin, dass „Probleme mit Rechts“ an deutschen Schulen nicht selten unerkannt und in den Schulen selbst zuweilen sogar bagatellisiert werden.

Vermittlung von Kompetenzen angewiesen sind, um den Lockrufen vonseiten rechtsextremistischer Gruppierungen kompetent begegnen zu können. Letztlich bleibt aber auch die katholische Erwachsenenbildung nach wie vor ein wichtiges Feld für die intensive Beschäftigung mit den Ideologien und organisierten Kräften antidemokratischer, menschenfeindlicher Ausrichtung. Angesichts steigender wirtschaftliche Sachzwänge wird es Aufgabe der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung sein, ihre Kräfte in ihrem Engagement auf dem Themenfeld noch stärker zu bündeln als zuvor und weiterhin in den Dienst des Schutzes einer Gesellschaftsordnung zu stellen, in der unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Lage jedem Menschen reelle Chancen für ein gelingendes Leben eröffnet werden. Das ist ein unaufgebar christlicher Auftrag, von dem die gesamte Gesellschaft profitiert.

Autor: Dr. Boris Krause, Referent für politische Bildung bei der AKSB. Näheres unter www.aksb.de

⁴Ludwig-Windhorst-Haus (Lingen), Akademie Klausenhof (Hamminkeln), Bonifatiushaus (Fulda), Franziskanisches Bildungswerk e.V. (Großkrotzenburg), Heinrich-Pesch-Haus (Ludwigshafen), Caritas-Pirckheimer-Haus (Nürnberg), Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ gGmbH (Waldmünchen) und Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (Ostritz).

⁵Weitere Informationen auf der Webseite des Projektes wir-bewegen-schule.de



Rechtsextremismus in osteuropäischen Ländern

Zeitschriftenlese OST-WEST Europäische Perspektiven, Heft 3/2012

Bricht die Mitte weg? Diese Frage stellt sich die neue Ausgabe von OST-WEST unter dem Schwerpunktthema „Rechtsextremismus in Mittel- und Osteuropa“. In Zeiten des Wandels und der Krisen melden sich nicht nur die zu Wort, welche den Fortschritt mitgestalten und die Krisen konstruktiv bewältigen wollen, sondern auch solche, die angesichts derartiger Veränderungen einen destruktiven gesellschaftspolitischen Revisionismus propagieren. Drohende Staatspleiten, milliardenschwere Rettungspakete, Arbeitslosigkeit und soziale Not angesichts immer härterer Sparmaßnahmen – die Eurokrise lässt Fragen um die Zukunft Europas entstehen. Antworten auf diese Fragen formulieren vermehrt auch rechtsextreme Parteien, die sich am rationalen Diskurs nicht beteiligen, sondern damit auf Stimmenfang gehen, dass sie Europa eine gemeinsame Zukunft absprechen und die Vision Europa verneinen.

In der Ablehnung rationaler Diskurse und der gleichzeitigen Betonung autoritärer Kommunikationsformen drückt sich ein Aspekt rechtsextremer Ideologie aus: Gewaltakzeptanz. Gewalt ist in ihr als Konfliktlösungsstrategie anerkannt. Verbunden mit der Ablehnung der Vorstellung, dass alle Menschen gleichwertig sind, ergibt sich ein Ethnozentrismus, der Minderheiten gewaltsam auszugrenzen sucht. Doch diese Ungleichwertigkeitsvorstellung steht im Rechtsextremismus nicht im Singular, sondern im Plural: „Rechtsextremismus kann man als ein mehrdimensionales Einstellungsmuster bezeichnen, das sich aus Menschen- und Gesellschaftsbildern zusammensetzt, in denen verschiedene Vorstellungen von Ungleichwertigkeit enthalten sind. Diese beruhen auf einer ganzheitlichen Weltansicht.“ (169) So schreibt Stefan Borrmann in seinem einleitenden

Beitrag. Begriffe wie Faschismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus oder Autoritarismus sind also nicht Synonyme, sondern Facetten des Begriffs Rechtsextremismus.

Realität ist Rechtsextremismus in Ost- wie Westeuropa gleichermaßen. Ob die FPÖ in Österreich (17,5%), Jobbik in Ungarn (16,7%) oder die Partei für die Freiheit in den Niederlanden (15,5%) – jede dieser Parteien konnte genug Stimmanteile auf sich vereinigen um ins jeweilige nationale Parlament einzuziehen. Doch auch wenn alle diese Parteien und ihre Anhänger als rechtsextrem bezeichnet werden, unterscheiden sie sich in ihrer jeweiligen Agenda, betonen jeweils andere Aspekte der rechtsradikalen Ideologie. Die Komplexität des Begriffs erlaubt eine ganze Reihe verschiedener Erscheinungsformen rechtsextremer Ideologie. Britta Schellenberg dokumentiert in ihrem



Beitrag Unterschiede und Gemeinsamkeiten rechtsradikaler Erscheinungen in Ost- und Westeuropa. Eine Gemeinsamkeit ist die Bestimmung der Zugehörigkeit über den als ethnisch homogen definierten „Volkskörper“ und die folgerichtige Ausgrenzung alles Anderen und Fremden. Die eigene Zukunft wird in der Vergangenheit gesucht: „Die Akteure beschwören etwas angeblich Vergangenes, eine ethnisch und religiös homogene Gesellschaft, die es freilich in der Realität nie gab.“ (173) Schellenberg bezeichnet dieses Phänomen als „regressive Utopie“. Nationale Identität gegen multikulturelle Gesellschaft. Unterschiede macht die Autorin vor allem darin aus, dass die



osteuropäische Rechte zwar weniger organisiert, gleichzeitig aber wesentlich gewaltbereiter ist als ihr westeuropäisches Pendant. Dazu passt eine starke Ausprägung des subkulturellen Milieus, das oft auch als Transportvehikel für rechtsextreme Organisationsformen und Ideen dient: „Es zeichnet sich durch lose Strukturen und ein hohes Gewaltpotenzial aus“ (172). Während rechte Parteien in westeuropäischen Staaten mit nahezu durchgehender demokratischer Tradition vorgeben, die eigentlich wahren Demokraten zu sein und allenfalls die parlamentarische liberale Demokratie ablehnen, ist die osteuropäische Rechte „häufig per se antidemokratisch“ (177). Zielgruppe der rechten Parteien sind, besonders im postkommunistischen Osteuropa, die relativen Verlierer gesellschaftlicher Veränderungsprozesse.

Dass sich der Hass dieser sogenannten Verlierer aber nicht unbedingt gegen die Gewinner, sondern oft gegen die noch größeren Verlierer richtet, zeigt die **soziale Marginalisierung der Roma in Bulgarien**. Die soziale Realität, die Dimitar Denkov in seinem Beitrag beschreibt ist erschreckend: Während bereits 24 Prozent der Bevölkerung in Bulgarien unter der Armutsgrenze von 101 € pro Monat leben, müssen 84 Prozent der Roma mit einem Euro oder weniger pro Tag auskommen. Auf dem Land sind 35–50 Prozent der Roma arbeitslos und selbst in Sofia, wo die Arbeitslosenquote nur 3–4 Prozent beträgt, sind 30 Prozent, das heißt ungefähr 18.000 Roma, ohne Arbeit. Dies treibt die Roma mehr und mehr an den Rand der Gesellschaft und auch in die Kriminalität. In der Folge bleibt die Minderheit unter sich, Integration wird „aufgrund eines fehlenden gemeinsamen Arbeits- und Alltagslebens unmöglich“ (184). Das wird besonders deutlich wenn man den Blick auf das Bildungssystem richtet: 20,5 Prozent der Roma haben nie eine Schule besucht, gut die Hälfte hat nur einen Grundschulabschluss. Ein solch geringes Bildungsniveau „garantiert [...]

die Stabilität einer Politik, die kein Interesse an einer Verringerung oder Überwindung dieser Ungleichstellung durch Bildung, Aufklärung und Qualifikation hat“ (185). Die Nationalisten suchen währenddessen das Problem nicht in der Gesellschaft, sondern bei den Roma selbst und geben ihnen die Schuld an ihrer Misere. Die ca. 38 Prozent der bulgarischen Bevölkerung, die sich dafür aussprechen die Roma auszusiedeln, scheinen ähnlicher Auffassung zu sein.

In der Minderheit befinden sich die Roma auch im Kosovo. Auch hier sind sie Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt wie Jeton Neziraj berichtet. **Im albanisch-serbischen Konflikt gerieten die Roma zwischen die Fronten**, insbesondere, weil viele von ihnen unter Milosevic von der Diskriminierung der Serben profitiert haben: Nach der Vertreibung vieler Albaner von ihren Arbeitsplätzen wurden einige davon mit Roma besetzt und auch serbische Milizen rekrutierten Roma. Deshalb gelten sie großen Teilen der albanischen Bevölkerung als „Handlanger des serbischen Extremismus“ (189). Ein Vorurteil, das sich auch unter kosovarisches Intellektuellen findet.

„Diese Rasse muss man hier in ein paar Tagen durch den Fleischwolf drehen“ (198). So äußerte sich der ungarische Kommunalpolitiker Oszkar Juhász von der Partei Jobbik über die Roma, die in Ungarn die größte Minderheit stellen. Bei den Wahlen 2010 erhielt seine Partei 17 Prozent der Stimmen und ist damit im nationalen Parlament vertreten. Es ist eine Partei aus deren Umfeld Leute kommen, die Roma aus rechtsextremer Überzeugung ermordet haben. Man möchte meinen, dies seien extremistische Randerscheinungen, wie in Deutschland die NPD eine ist, und es habe nichts gemein mit den Überzeugungen der politischen Führung und der Mehrheit des Volkes. Doch, so Stefan Ozsváth in seinem Artikel, „die Rechtsextremen treiben Viktor Orbán, den national-konservativen Ministerpräsidenten, der mit

Zweidrittelmehrheit regiert, noch weiter nach rechts“ (196). Dabei handelt es sich bei ihm um einen Politiker, der nationalistischen Parolen schon vorher nicht abgeneigt war. **Die ungarische Regierung betreibt eine Politik des Geschichtsrevisionismus**. Damit verbunden ist auch die Abwendung von Europa. „Wir werden keine Kolonie sein“ zitiert Ozváth den ungarischen Premier in diesem Zusammenhang. Die Frustration in der Krise sorgt bei der rechtsextremen Jobbik für Zulauf. In der Hoffnung diese potenziellen Wähler einzufangen, wird auch der Ton der Regierungspartei schärfer. Dazu gehört u. a. offener Antisemitismus: Orbán diskriminiert Juden als „Fremdherzige“. Und so lautet die Einschätzung des Autors: „Die Rechte ist übermächtig“ (201).

Auch im Nachbarland Rumänien ist es der Hass auf Minderheiten, insbesondere auf Roma und Ungarn, sowie auf den Multikulturalismus und die EU, welcher die rechtsextremen Parteien und Organisationen eint. Allerdings ist die Rechte im politischen Rumänien längst nicht so etabliert wie sie es in Ungarn ist. Die Organisation Noua Dreapta (Neue Rechte) „definiert sich [...] als eine euroskeptische Gegnerin des Multikulturalismus und der NATO“ (221). Zusammen mit einer weiteren ultranationalistischen Organisation gibt es seit 2011 den Plan zur Schaffung einer entsprechenden Partei. Er ist bisher allerdings nicht umgesetzt worden. William Totok konstatiert in seinem Beitrag: „Die [...] rechtsextremen Parteien sind untereinander allerdings heillos zerstritten [...] Die ‚Führer‘ solcher rechtsextremer Gruppierungen erheben eifersüchtig den Anspruch darauf, allein die Ideale der rumänischen Nation zu vertreten“ (220). Die Gefahr sieht der Autor bisher nicht so sehr im politisch recht schwachen Rechtsextremismus, sondern eher darin, dass nationalistische Rhetorik auch zum wahltaktischen Repertoire demokratischer Parteien gehört – dies kann die Demokratie unterminieren.

Zu Zeiten der UdSSR wurden jegliche nationalistischen Gruppierungen in der Ukraine vom KGB und vom Innenministerium sofort zerschlagen. Während der zwei ersten Jahrzehnte nach dem Zerfall der Sowjetunion blieben rechtsextreme Gruppierungen eine Randerscheinung ohne Relevanz bei nationalen Wahlen. Aber seit dem Ende des letzten Jahrzehnts werden auch Erfolge der Rechten sichtbar. So gewann die ultranationalistische Partei Svoboda (Freiheit) 2009 bei Regionalwahlen in einem Westukrainischen Bezirk mit 34,7 Prozent der Stimmen und stellt damit 50 der 120 Abgeordneten. Noch ist keine rechtsradikale Partei im ukrainischen Parlament vertreten, ob sich das bei den nächsten Wahlen ändert, bleibt abzuwarten – so die Autoren Anton Shekhovtsov und Andreas Umland.

In Russland, dem „großen Bruder“ der bisher angesprochenen Staaten, gibt es derzeit eine wachsende Fremdenfeindlichkeit. Für Natalja Zorkaja hat die Sowjetepoche daran einen wesentlichen Anteil. Eine ihrer wichtigsten Folgen ist „ein bis heute ausschlaggebendes Massen- oder Kollektivbewusstsein des russischen Men-

schens. Dieses seinem Sinn und seiner Struktur nach archaische Prinzip wurde prägend für die neue Identität des postsowjetischen Menschen“ (226). Diese Vorstellung von der Besonderheit des Eigenen stärkt den Eindruck von der Andersartigkeit des Fremden und beinhaltet dessen Exklusion. Über die Jahre entwickelte sich daraus eine sich immer weiter verfestigende Xenophobie in Russland: „Die Xenophobie ist [...] Syndrom einer stagnierenden Gesellschaft, in der die Autoritäten, die Idealvorstellungen und Ziele, die Hoffnungen auf die Zukunft fehlen. Sie stellt die primitive Form eines konservativen Selbstschutzes dar, eines Widerstandes gegenüber der Modernisierung [...]“. (232)

Rassismus, Faschismus, Nazismus, Antisemitismus und Homophobie – in diesen Kategorien erfasst der Verein „NIGDY WIECEJ“ („Nie wieder“) Straftaten mit fremdenfeindlichem und rassistischen Hintergrund in Polen. In Ermangelung einer entsprechenden staatlichen Institution beobachtet und katalogisiert der Verein entsprechende Vorfälle systematisch. Man muss das Problem kennen, um darüber reden zu können. Deshalb ist eine solche Arbeit

sinnvoll und folgerichtig bemerkt Anna Tatar in ihrem Artikel: „Die Kenntnis dieses wichtigen sozialen Problems in Polen ermöglicht Maßnahmen, um Diskriminierung und Intoleranz entgegenzuwirken, sowie positive Einstellungen wie etwa Toleranz und Offenheit gegenüber Fremdheit und Multikulturalität zu fördern“ (211).

Bricht die Mitte also weg? Das lässt sich so verallgemeinernd nicht sagen, dennoch bleibt der Rechtsextremismus eine Gefahr, die es zu beobachten gilt. Der Gründungsvertrag der EU wurde beschlossen „in dem Wunsch, die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken“, so steht es in der Präambel. Es gilt stets diese Solidarität in Europa zu erhalten und gegen Extremismus zu verteidigen, wie Uwe Backes im Interview am Ende des Heftes feststellt: „Die Auseinandersetzung mit [dem Rechtsextremismus] stellt aller Erfahrung nach eine gesellschaftliche Daueraufgabe dar.“ (237) – gerade in Zeiten der Krise.

Christian Willmes, Heidelberg

Buchbesprechungen



Verfassung ohne Grund?

Essen, Georg (Hg.): *Verfassung ohne Grund? Die Rede des Papstes vor dem Bundestag. Freiburg im Breisgau: Herder 2012, 278 S., ISBN 978-3-451-30576-4.*

Der Dogmatiker Georg Essen hat ein weiteres Bändchen in der durchaus hilfreichen Reihe „Theologie kontrovers“ bei Herder herausgegeben. Immer wieder

sind Entscheidungen, Aussagen oder Texte von Papst Benedikt Gegenstand der Debatte in diesen Bänden; diesmal ist es dessen Rede vor dem Deutschen Bundestag am 22. September 2011. Das Buch enthält nach dem Wortlaut der Rede zunächst zwei geringfügig überarbeitete, eher feuilletonistische Ad-hoc-Reaktionen auf diese. Die eine stammt vom

FAZ-Redakteur Christian Geyer und äußert sich sehr kritisch gegenüber dem von Benedikt vertretenen Naturrechtsansatz, die andere kommt aus der Feder von Otto Kallscheuer und ist geradezu euphorisch positiv, nicht nur im Hinblick auf die Bundestagsrede, sondern auf den gesamten Deutschlandbesuch des Papstes. Grund für das Lob





bietet gemäß Kallscheuer nicht nur die performative Anerkennung demokratischer Institutionen, sondern die Bezugnahme auf die allgemeine Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Verfassung, die in Menschenwürde und Menschenrechten besteht. So weit so gut; wenn gleich wir innerkirchlich ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil offenbar schon einigermaßen bescheiden geworden sind, dies als positive Überraschung zu feiern.

Der Teufel steckt aber bekanntlich im Detail und das wurde offenkundig erst bei gründlicher Relektüre des Redetextes eingehender reflektiert. So wurden nach und nach auch kritische Stimmen geäußert, nachdem zunächst „Die Zeit“ bündig resümiert hatte: „Selbst Päpste können vernünftig sein“. Die starke Betonung der Vernunft schien einer Ansprache vor den Mandataren eines demokratisch gewählten Parlamentes bestens angemessen. Gerade der konkret verwendete Vernunftbegriff steht nun aber wiederholt im Fokus der Auseinandersetzung des vorliegenden Bandes; denn was damit genau gemeint ist, kann – ebenso wie die Rede von Natur – von Fall zu Fall doch noch einmal sehr verschieden sein.

Werfen wir somit einen Blick auf die acht weiteren, von TheologInnen und PhilosophInnen verfassten Beiträge. Begreiflicherweise gibt es in den Texten Überschneidungen und ähnliche Argumente, doch aber auch eine bunte Vielfalt von Gedanken und Anmerkungen, die durchgehend sehr sachlich und ausgewogen präsentiert werden. Vermieden wurde also glücklicherweise die Inszenierung einer krampfhaften Kontroverse von Extrempositionen. Am polemischsten ist noch der Artikel von Rudolf Langthaler geraten, der sich nicht nur an der seines Erachtens undifferenzierten und unberechtigten Aufklärungskritik des Papstes stößt, sondern auch den Mangel an philosophischer Tragfähigkeit des in der Rede zur Normenbegründung herangezogenen Naturbegriffs darlegt. Damit ist ein wunder Punkt getroffen, der bereits im Vorwort des Herausgebers thematisiert wird: Gerade im Namen der Natur wurde



auch in der Geschichte der Kirche schon so manches gerechtfertigt; etwa auch eine Ablehnung der Demokratie. Ganz allgemein wird die „Natur rechtlich zu regelnder Gegenstände in vielen Fällen unterschiedlich interpretiert“ (92), wodurch die Frage nach einem festen Boden, auf dem Rechtsetzung stehen kann, lediglich verschoben aber nicht gelöst wird, wie Judith Hahn zeigt.

Zustimmung findet die Kritik Benedikts an einem naturwissenschaftlich eingegengten Vernunftbegriff. Auch die Diagnose, dass Demokratie dann in eine prekäre Lage gerät, sobald ihre nicht disponiblen Fundamente in Frage gestellt werden, teilen die KommentatorInnen größtenteils, ebenso wie das Anliegen, darauf hinzuweisen, dass positiv gesetztes Recht nicht immer Gerechtigkeit zum Ausdruck bringt. Der in der Rede entwickelte Lösungsansatz für die angezeigten Probleme stößt aber auf wenig Zustimmung. Mit großer Präzision und analytischer Schärfe decken etwa Christoph Hübenenthal und Hans Schelkshorn die Unstimmigkeiten des ins Treffen geführten Naturrechtsansatzes auf. „Wie man es auch dreht und wendet, normative Eigenschaften der Natur erweisen sich bei allen möglichen Betrachtungsweisen als äußerst merkwürdige ontologische Entitäten“ (113f) meint Hüben-

thal, wodurch ihre Interpretation letztlich unter der Hand doch wieder in offenbarungstheologische Abhängigkeit gerate. Schelkshorn vermutet schließlich sogar, der Papst könne sich mit den Grundprinzipien demokratischer Willensbildung nicht wirklich anfreunden, weil diese für ihn zu nahe am Relativismus liegen. Auch Martin Rhonheimer stellt fest, dass der Papst zwar nicht direkt zum Ausdruck bringt, dass doch wieder „die Legitimität demokratisch-parlamentarischer Rechtssetzung an kirchlich gelehrte Kriterien von Moral und Naturrecht zurückgebunden werden“ (76) soll, dies durch seine Ausführungen aber eben auch nicht wirklich ausgeschlossen wird. Dennoch kommt er letztlich wohl zur positivsten Lesweise der Bundestagsrede im vorliegenden Band, indem er betont, es gehe darin nicht eigentlich um eine Kritik an demokratischen Rechtsfindungsprozessen, sondern primär um den Hinweis auf die Hintergrundkultur, die alle politischen Prozesse trägt. Freilich ließe sich auch dieser Begriff nochmals problematisieren, vor allem, wenn man danach fragt, ob es denn in dieser Hintergrund- auch eine Leitkultur gibt oder geben soll.

Die Beiträge von „Verfassung ohne Grund?“ würdigen in respektvoller Weise das Anliegen des Papstes, sprechen aber auch offen über die konzeptuellen Mängel des in seiner Rede zum Ausdruck kommenden Denkansatzes. Das Kirchenoberhaupt will den freiheitlich-säkularen Rechtsstaat auf normative Fundamente gestellt sehen, die nicht durch die Verschiebung von Machtverhältnissen beliebig verändert werden können. Der Papst scheitert am Entwurf solcher Fundamente auf der Grundlage universaler Vernunft letztlich aber, weil er, wenn schon keinem offenbarungstheologischen, so doch zumindest einem schöpfungstheologischen Ansatz folgt. Ist vom Bischof von Rom aber denn wirklich eine andere Argumentation zu erwarten? Eigentlich nicht, hätte er solche Erwartungen nicht selbst in seiner Rede geweckt. Leider geht auch der Kommentarband m.E. zu wenig auf das ein, was die eigentlich spannende Frage wäre, die Parlamentarier an den



Papst stellen könnten: Wie steht denn ein gläubiger Christ als gläubiger Christ, der seinen Glauben ja nicht an der Garderobe des Bundestages abgeben kann, zum freiheitlich-säkularen Rechtsstaat? Am ehesten versucht noch Thomas Söding eine genuin christlich-theologische Begründung von Demokratie und pluraler Rechtsstaatlichkeit, allerdings wird diese zu wenig als kritische Weiterführung und zu sehr als Interpretation der Papstrede selbst präsentiert. Man fragt sich daher mitunter, wo Söding seine inhaltlich treffenden Argumente bei Benedikt zu finden vermag. Ein Großteil der anderen Kommentare bleibt bei Fundierungen des Rechtsstaates mit transzendentalpragmatischen und diskursethischen Mitteln. Das sind zweifellos berechtigte und treffende Ansätze, wenngleich auch diese nur das prozedurale Gerippe einer Ordnung entwerfen, die immer erst mit der Vielfalt inhaltlich gefüllten Wertvorstellungen und Wahrheitsansprüche zu bekleiden ist. Ein solcher Wahrheitsanspruch ist der christliche, der als moralischer Anspruch gilt, der für die Gläubigen nicht beliebig ist, wie Tine Stein festhält, wenngleich natürlich gilt: „Er wird in der Demokratie von den gläubigen Bürgerinnen und Bürgern in einer Wei-

se eingebracht, die konkurrierende Geltungsansprüche, die aus anderen Religionen und Weltanschauungen erwachsen, respektiert“ (211). Diesen Respekt, der mehr als Toleranz ist, theologisch zu fundieren und ihn den politischen Vertretern eines liberalen, religiös nicht gebundenen Staates zuzusichern, ist der Papst schuldig geblieben, und auch der in seiner kritischen Analyse durchaus lesenswerte Diskussionsband hätte hier etwas mehr leisten können.

Man mag sich daher abschließend fragen, ob wir denn wirklich schon in der Realität des Pluralismus angekommen sind: Wir, die Kirche, aber auch wir, die europäischen Gesellschaften. In einer wirklich pluralistischen Gesellschaft müsste wohl auch der Vernunftoptimismus der Mehrzahl der AutorInnen dieses Bandes und mit ihm der vorausgesetzte Gerechtigkeitsbegriff etwas relativiert werden in dem Sinn, dass wir ihn als inhaltlich gefüllten, doch nicht einfach vorgegeben haben – auch nicht auf Verfassungsebene –, sondern dass wir nur miteinander nach dem immer Gerechteren suchen können. Dann gilt eben, wie Essen schreibt, dass der Staat „seine normativen Grundlagen nur im aktuellen Konsens der Bürger zu finden scheint,

der freilich lediglich ein subjektiver Konsens ist und von den tatsächlich vorhandenen gemeinsamen Auffassungen bestimmt wird“ (197). In einer Kirche, die gesellschaftliche Pluralität wirklich akzeptiert, wenn schon nicht liebt, würde es ihrem Oberhaupt im Grunde besser anstehen, vor einem Parlament darzulegen, welche guten Argumente für Demokratie sich aus dem eigenen Glauben ergeben, um dann aufzuzeigen, wie man diesen eigenen Glauben in das Gespräch und das Ringen um einen gemeinsamen Weg einbringen will und kann. Beides hat Papst Benedikt nicht thematisiert, vielmehr hat er versucht der Gesamtgesellschaft zu sagen, wo sie die Basis gemeinsamer Weltgestaltung zu suchen hat. Offenbar, so drückt es Hans Schelkshorn im Buch aus, „versteht der Papst seine Ansprache weniger als einen Beitrag für eine öffentliche Debatte, sondern eher als eine autoritative Belehrung“ (143). Das soll Benedikt keineswegs als böse Absicht unterstellt sein, ergibt sich aber beinahe notwendig aus einem Denkkonzept, in dem katholische Theologie nicht nur als vernunftgemäß, sondern geradezu als mit Vernunft identisch erscheint; dann nämlich ist das apostolische Lehramt auch eine Autorität der säkularen Rationalität.

Wilhelm Guggenberger, Innsbruck

Entweltlichung der Kirche?

Erbacher, Jürgen (Hg.): Entweltlichung der Kirche? Die Freiburger Rede des Papstes (THEOLOGIE KONTROVERS), Freiburg/Basel/Wien: Herder, 260 S., ISBN 978-3-451-30577-1.

Immer wieder hält Benedikt XVI. Reden, die im Gedächtnis bleiben, weil sie verstören. So auch am 25. September 2011 im Freiburger Konzerthaus, wo er nachdrücklich eine „Entweltlichung“ der Kirche forderte. Seitdem wird, vor allem innerkirchlich, heftig darüber diskutiert, was dieser Begriff bedeuten mag und was von ihm zu halten sei. Vorliegender Band versammelt zwanzig Interpretationsversuche und Stellungnahmen.

Die Autorinnen und Autoren unterscheiden sich in ihrer (kirchlichen) Stellung, ihren Perspektiven und Intentionen stark. Trotzdem sind wichtige Übereinstimmungen nicht zu übersehen. Alle Beiträge bezeichnen den Begriff „Entweltlichung“ als vieldeutig und damit missverständlich. Sie halten ihn auch für mehr oder weniger unglücklich. Alle sind sich darin einig, dass der Papst mit der Rede keine konkreten Anweisungen – etwa zum deutschen Kirchensteuersystem – geben wollte. Es sei ihm um eine grundsätzliche Orientierung für das Verhältnis der Kirche zur Welt gegangen. Schließlich verbindet alle die Auffassung, dass die Rede zu denken gebe, und sie suchen nach

deren positiven Intentionen und Bedeutungsgehalten. So lässt der Band ein zwar breites, aber nicht das gesamte Spektrum der Reaktionen auf die Konzerthausrede sichtbar werden. Eine unkritische Zustimmung zu Benedikts Forderung findet sich in ihm ebenso wenig wie Positionen, die den Text ablehnend zur Seite legen.

Die durchweg prägnanten und gut lesbaren Beiträge lassen sich zwei Gruppen zuordnen. Die einen fragen vorrangig nach den möglichen praktischen Konsequenzen der vom Papst eingeschärften Trennung von Kirche und Welt (1). Die anderen setzen sich vor allem mit dieser Unterscheidung selbst kritisch auseinander (2).

(1) Die deutsche Kirche unterscheidet sich in der Organisation und Professionalisierung ihrer Dienstleistungen strukturell wenig von nichtkirchlichen Organisationen und ist nicht zuletzt deshalb hoch effektiv. Die dadurch gesicherte Handlungsfähigkeit etwa der Caritas steht nicht notwendig im Gegensatz zu dem vom Glauben motivierten und geprägten Einsatz der Kirche für die Welt und in der Welt. Sie ermöglicht und erleichtert diesen auch. So argumentieren mehrere Beiträge und weisen deshalb eine Interpretation der Papstrede zurück, die einen Verzicht der Nutzung „weltlicher“ Mittel für „kirchliche“ Zwecke fordert (Neher, Nothelle-Wildfeuer). Auch in einer anderen Hinsicht ist die Kirche eine „weltliche“ Kirche. Sie und ihre Mitglieder sind Teile der und Akteure in der Zivilgesellschaft. Sie können und müssen sich an deren Gestaltung beteiligen – unter den Rahmenbedingungen eines säkularen Staates und einer weltanschaulich pluralen Gesellschaft. Verschiedene Beiträge des Bandes würdigen die große Bedeutung der gesellschaftlichen Teilhabe der Kirche. Sie weisen eine dagegen gerichtete „Entweltlichung“ entschieden zurück (Glück, Höhn, Thierse, Kues, Kretschmann, Rupert/Valachanow).

Der von den hier summarisch charakterisierten Beiträgen herausgestellte Nutzen der „Weltlichkeit“ der deutschen Kirche ist zweifellos wertzuschätzen. Doch deren Verteidigung gerät in den Verdacht der Besitzstandswahrung, sobald sie den Eindruck erweckt, die Kirche könne nicht anders als in diesen Formen ihrem Auftrag für die Welt gerecht werden. Hier erweitern der französische Blick auf die Rede des Papstes (Nientiedt) sowie die staatskirchenrechtlichen Beiträge (Muckel, Hense) des vorliegenden Bandes den Horizont. Sie zeigen, dass das Verhältnis von Religion und Gesellschaft, Kirche und Staat in Frankreich ganz anders gestaltet ist und auch im Rahmen des deutschen Grundgesetzes ganz anders gestaltet werden könnte.

(2) Ohne direkt nach der konkreten Gestalt der vom Papst eingeforderten „Entweltlichung“ zu fragen, befassen sich



andere Beiträge mit der ihr zugrundeliegenden Unterscheidung von Kirche und Welt. Recht leicht lässt sich die Sorge zerstreuen, Benedikt XVI. rate der Kirche zur Weltflucht. Durch den Bezug auf andere Texte – vor allem Joseph Ratzingers Beiträge zur Ekklesiologie von 1969 und die Enzyklika Benedikts XVI. „Deus caritas est“ – machen verschiedene Autoren darauf aufmerksam, dass für den Papst die Verantwortung der Kirche für die Welt außer Frage steht (Kasper, Erbacher, Ring-Eifel). Sie hat den Menschen innerhalb und außerhalb der Kirche ein Zeugnis der Liebe Gottes zu geben. Die Caritas ist eine essentielle Aufgabe der Kirche. Gleichzeitig zieht sich durch die Referenztexte ebenfalls die Aufforderung, sich der Welt nicht anzugleichen. Damit greift Ratzinger auch als Papst eine biblische Warnung auf. Das Neue Testament warnt regelmäßig vor Haltungen und Handlungen, die sich auf die Immanenz irdischen Lebens beschränken (Söding). Doch diese Versuche, durch die Kontextualisierung der Konzerthausrede den Begriff der „Entweltlichung“ zu entschärfen, können nicht verdecken, dass Benedikt strikt dualistisch denkt. Kirche und Welt werden – wie Gott und Welt – in einen strikten Gegensatz gestellt. Andere Beiträge des vorliegenden Bandes erheben gegen die-

ses Denken gewichtige Einwände (Höhn, Kaufmann, Ebertz, Striet, Hoff, Thierse). Deren grundlegender Einwand verdankt sich einer philosophischen Reflexion: Aus der dem Menschen allein zugänglichen Perspektive der Immanenz ist ein Bezug zur Transzendenz nur in immanenter Form möglich (144): in Gestalt menschlicher Rede und menschlichen Handelns. Eine absolute Transzendenz kann weder von der Welt erreicht werden noch die Welt erreichen. Deshalb ist für die christliche Theologie der Glaube zentral, dass Gott die von ihm unterschiedene Welt aus Liebe geschaffen hat und in Liebe mit ihr verbunden bleibt. Die Christologie übernimmt die anspruchsvolle Aufgabe, die „unvermischte und ungetrennte“ Vermittlung von Immanenz und Transzendenz, von Gott und Welt zu denken. Statt aber im Anschluss an Lumen Gentium (8.1) auch analog von der Kirche zu denken, wählt Benedikt die dualistische Entgegenstellung der realen Kirche zur als gegenkirchlich definierten Welt, genauer: Gesellschaft. Wie hoch problematisch dieser Schluss ist, zeigt sich nicht zuletzt am missglückten Versuch Benedikts, in dieses Schema einen Verweis auf die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche einzufügen (154).

Der Verzicht auf einen solchen Dualismus aber ist nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf jegliche Differenzierung. Die für die Kirche und die Gesellschaft, in der sie lebt, sowie für das Verhältnis beider wichtigste Unterscheidung ist die ethische Scheidung von Gut und Böse. Diese zu treffen und sich an ihr zu messen, ist – bei allen Schwierigkeiten, Gut und Böse je konkret zu bestimmen – Pflicht jedes Menschen, die Glaubende in Verantwortung vor Gott zu erfüllen suchen (Zollitsch).

Anknüpfend an die Dualismus-Kritik vieler der genannten Beiträge sei an das Ende dieser Rezension eine Erinnerung gestellt: Hans Jonas hat 1962 in einer eindringlichen Rede die Theologen davor gewarnt, sich mit Heidegger einzulassen und von ihm theologischen Gewinn zu erwarten (Heidegger und die Theologie, in: Böhler [Hg.]: Orientierung und Verant-



wortung, Würzburg 2004, 39–58). Sein Argument: Heideggers Denken sei ebenso wie die Gnosis von einem strikten Dualismus geprägt – einem Dualismus zwischen Geist (für die Gnosis: Gott) und Welt. Ein solcher Dualismus aber stehe in Gefahr, so

der Gnosis-Experte und ehemalige Heidegger-Schüler Hans Jonas, letztlich zu einer Entwertung alles Weltlichen und damit zur Verabschiedung einer Ethik zu führen, die Menschen und Erde wertzuschätzen wüsste. Dies lasse sich mit einem

biblisch gegründeten Glauben nicht vereinbaren. Den Autorinnen und Autoren des lesenswerten Buches ist diese Sorge nicht fremd, wenn sie sich kritisch mit der päpstlichen Forderung zur „Entweltlichung der Kirche“ auseinandersetzen.

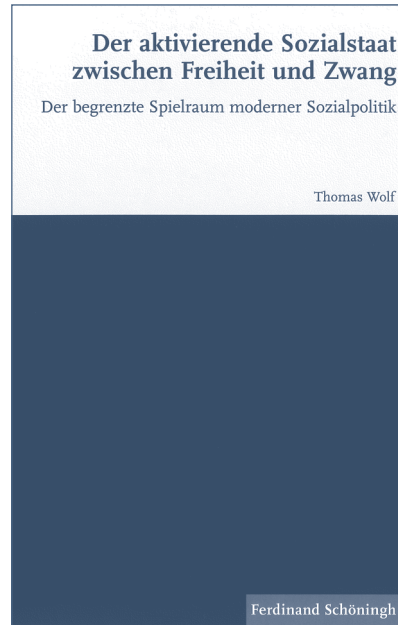
Michael Bongardt, Berlin

Sozialstaat zwischen Freiheit und Zwang

Wolf, Thomas: Der aktivierende Sozialstaat zwischen Freiheit und Zwang. Der begrenzte Spielraum moderner Sozialpolitik. Verlag Ferdinand Schöningh: Paderborn 2011, 306 S., ISBN 978-3-506-77199-5.

Die leidenschaftlich geführte öffentlich-mediale Auseinandersetzung um den Sozialstaat entzündet sich immer wieder an der strittigen Frage, ob oder inwieweit der Staat im Rahmen der Gewährung sozialstaatlicher Leistungen unangemessen vorgeht, wenn er z.B. in die personale Autonomie eingreift und die Unterstützung Einzelner von deren Mitwirkungsbereitschaft abhängig macht. Auch der wissenschaftliche Diskurs wird oft entlang der Verhältnisbestimmung von Fürsorgepflichten des Staates und Beitragspflichten des Bürgers geführt. Thomas Wolf greift diesen Spannungsbogen in seiner überarbeiteten Dissertation sachgerecht auf. Er entwickelt seine Überlegungen zum „aktivierenden Sozialstaat“ zwischen den Polen von „Freiheit“ und „Zwang“. In den drei Dimensionen: Ursprungskonflikt, Steuerungsmittel und Zielsetzung beleuchtet er die Entwicklung staatlicher Sozialpolitik. Dabei geht er im ersten Teil politikphilosophisch und im zweiten Teil mehr an den faktischen Entwicklungen des aktivierenden Sozialstaates orientiert vor.

Grundlegungen sozialstaatlicher Ideen identifiziert er nicht erst mit der Etablierung des Sozialstaates am Ende der 19. Jahrhunderts, sondern anfanghaft bereits in antiken Modellen des Eudämonismus oder im aristotelischen Glückseligkeitsansatz sowie in der „guten Policy“ absolutistischer Fürstenstaaten und



der christlichen Caritas. Freilich sieht er diese Traditionslinien nicht übergangslos in den Sozialstaat moderner Prägung mit seiner rechtsstaatlichen Fundierung münden. Wolf beklagt zudem das in Bezug auf praktische Sozialpolitik bestehende, ideengeschichtliche Reflexionsdefizit. Diese laufe vielmehr den sozialen Problemfeldern hinterher.

Breiten Raum nimmt im ersten Teil die Abgrenzung von positiver und negativer Freiheit ein, die Wolf im Anschluss an Isaiah Berlin thematisiert und über weitere Autoren wie Hegel, Fichte oder Charles Taylor entfaltet. Er kommt zu der These, dass individuelle Freiheit nur in sozialer Vermittlung möglich ist: „Der grundlegende Konflikt zwischen positiver und negativer Freiheit ist ebenso wenig aufzuheben wie das Paradoxon, dass Freiheit nicht ohne Einwilligung in soziale Bindungen, also den bewussten

Verzicht auf Freiheit, zu erlangen und zu bewahren ist“ (S. 136). So plädiert er – inspiriert von L. T. Hobhouse – dafür, von „sozialer Freiheit“ zu sprechen. Aus sozialem Blickwinkel steht er damit in der langen Tradition kirchlicher Verlautbarungen und anthropologisch-gesellschaftstheoretischer Reflexionen über das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft sowie großer zeitgenössischer Gesellschaftsvertragstheorien.

Die innovative Dimension dieser begrifflichen Zuspitzung mag daher nicht recht einleuchten. Aufhorchen lässt indes sein Hinweis, dass eine allzu material am Gedanken der positiven Freiheit orientierte Politik die Gefahr in sich birgt, Einfallstor für autoritäre Wohlfahrts- und Beglückungspolitik zu sein und damit vorzuzeichnen, wie ein gelingendes Leben auszusehen habe. Erläutert wird diese Gefahr insbesondere anhand des historischen Phänomens der „guten Policy“. Dieses kritische Moment einer allzu „wohlwollenden“ und „steuernden“ Sozialpolitik wird später leider nicht mehr deutlich genug aufgenommen, wenn Wolf sich dezidiert etwa mit Giddens Konzeption des „dritten Weges“ und der Adaption durch Gerhard Schröders „Agendapolitik“ oder Tony Blairs „New Labour“ beschäftigt. Überzeugend weist Wolf allerdings nach, dass diese Konzeptionen – welche mit den Begriffen des „Fördern und Fordern“ oder „Rights and Responsibilities“ verbunden sind – keinen Bruch mit früheren Ansätzen der Sozialpolitik bedeuten oder gar originäre Neuschöpfungen sind, sondern allenfalls „Neuakzentuierungen“ darstellen. Im Spannungsfeld von Freiheit und Zwang breitet er kenntnisreich die Tradi-

tionslinien aktivierender Sozialpolitik aus und wendet sich z. B. der „Neue Subsidiarität“ oder des „New Public Management“ zu. Neben neueren Steuerungsmitteln im Umfeld akteurzentrierter Theorien, wie etwa pädagogischer Einflussnahme auf Klienten, bleiben nach Wolf weiterhin die klassischen (und systemtheoretisch fundierten) Mittel „Recht“ und „Geld“ entscheidende Stellschrauben in der Mechanik aktivierender Sozialpolitik. Dies ist seines Erachtens kaum verwunderlich,

da sich hier die Sanktionsmacht des Staates steuerungspraktisch besonders effektiv anwenden lasse. Andererseits seien diese Mittel kaum geeignet, auf spezifische Probleme Einzelner zu reagieren.

Derartig kritische Anmerkungen, die die Grenzen des „Förderns und Forderns“ aus Sicht der „Geförderten und Geforderten“ in die Waagschale werfen, hätte man sich an der ein oder anderen Stelle noch deutlicher gewünscht, um den im Untertitel der Arbeit proklamierten

„begrenzten Spielraum moderner Sozialpolitik“ konsequenter auch aus Sicht der Klienten zu problematisieren. Insgesamt aber hinterlässt die Veröffentlichung einen guten Eindruck und aus politikhistorischer Perspektive liest sich Wolfs Buch äußerst anregend. Es füllt eine Lücke in der ideengeschichtlichen Reflexion des aktivierenden Sozialstaates.

Udo Lehmann, Wuppertal

Leistungsfähigkeit der Sozialpartnerschaft

Priddat, Birger P.: Leistungsfähigkeit der Sozialpartnerschaft in der Sozialen Marktwirtschaft. Mitbestimmung und Kooperation, Marburg: Metropolis 2011, 363 S., ISBN 978-3-89518-862-6.

Es ist noch gar nicht lange her, da war das Kollektive Arbeitsrecht eines der Hauptfelder der rechts- und sozialpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland. Die hatte ihren Höhepunkt vor knapp zehn Jahren, als die rot-grüne Regierung Schröder die Agenda 2010 verkündete und sich an die umfassende Renovierung des altherwürdigen deutschen Sozialstaats machte. Das Kollektiv-Arbeitsrecht war in das damalige Renovierungsprogramm nicht einbezogen. In diesem Punkt mochte die alte Arbeiter- und Gewerkschaftspartei SPD dann doch nicht der Kritik und den Ratschlägen der tonangebenden „neoliberalen“ Wirtschaftsexperten folgen. Umso eifriger trommelten manche Lobbyisten in der Sache. Michael Rogowski etwa, damals Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, wollte den Flächentarifvertrag „im Lagerfeuer verbrennen“, und die gesetzliche Mitbestimmung nannte er einen „Irrtum der Geschichte“.

Zehn Jahre, zwei Regierungswechsel und eine Weltwirtschaftskrise später sieht die Welt ganz anders aus. Reformkanzler Schröder ist inzwischen Privatier, der seine Ruhestandsbezüge durch diverse Beratertätigkeiten in der Privatwirt-



schaft und als Aufsichtsratsvorsitzender des Nord-Stream-Pipeline-Konsortiums aufbessert. Manche seiner alten Weggefährten hingegen sind noch aktiv in der Politik und erfinden sich gerade neu. Nur eines hat sich nicht verändert: das deutsche Kollektiv-Arbeitsrecht. Und das wird sich auch nicht so schnell ändern. Denn inzwischen singen nicht mehr nur die Gewerkschaften, sondern auch die Arbeitgeber- und Industrieverbände sowie Politiker aller Parteien wieder das Loblied auf die deutsche Sozialpartnerschaft.

In dieses Loblied stimmt die Studie von Birger P. Priddat zur Leistungsfähigkeit der Sozialpartnerschaft in der Sozial-

len Marktwirtschaft mit ein. Zu Recht: Das bewährte Modell der Sozialpartnerschaft mit den Elementen der überbetrieblichen Tarifautonomie und der betrieblichen Mitbestimmung hat, neben der vielgescholtenen Agenda-Politik, großen Anteil daran, dass Deutschland ohne größere wirtschaftliche und soziale Friktionen durch die 2007/08 ausgebrochene internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gekommen ist. Über die Gründe klärt Priddat auf. Er stellt die Sozialpartnerschaft, insbesondere die Mitbestimmung als Institution sozialer Ordnung dar. Dazu evaluiert er zunächst einmal die Ergebnisse der empirischen Mitbestimmungsforschung der letzten Jahrzehnte und kommt zu dem Schluss, dass es falsch sei, die Mitbestimmung als bloßen Kostenfaktor und Restriktion unternehmerischer Handlungsdynamik darzustellen. Die Mitbestimmung stelle vielmehr eine Art von Konfliktregelungs-Verfassung dar, die diese Handlungsdynamik stärke. In der Summe würden die empirischen Studien zeigen, dass Wachstum und Produktivität jedenfalls nicht beeinträchtigt werden durch die Mitbestimmung.

Priddat neigt vielmehr unübersehbar der Idee zu, dass die ordnungsstabilisierende Rolle der Sozialpartnerschaft im Allgemeinen und der Mitbestimmung im Besonderen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich so-

gar befördert. Diesen Gedanken ordnet er in einen größeren Zusammenhang, wenn er darstellt, dass in der jüngeren wirtschaftswissenschaftlichen Literatur dem Aspekt der Bedeutung von Kooperation in der Wirtschaft eine wachsende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ausdruck dessen war auch die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften an Elinor Ostrom und Oliver E. Williamson im Jahr 2009. Priddats Studie ist insofern nicht nur für diejenigen interessant, die

sich für das Spezialthema der Mitbestimmung interessieren, sondern auch für jene, die sich über neue Tendenzen in der wirtschaftswissenschaftlichen Theoriebildung informieren möchten.

Tarifautonomie und Mitbestimmung sind keine Residuen aus den Tagen des Klassenkampfes, und sie sind auch kein sozialistisches Kuckucksei, das in das liberale Nest der Marktwirtschaft geschmuggelt worden ist. Es handelt sich vielmehr um ordnungspolitisch begründete Instru-

mente, die das ordoliberalen Anliegen verfolgen, Macht- und Informationsungleichgewichte auszugleichen, in diesem Fall jene zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Insofern ist die Sozialpartnerschaft ein integraler Bestandteil des ordnungspolitischen Modells der Sozialen Marktwirtschaft. Und nach der stupiden und monotonen Deregulierungslitanei vergangener Jahre ist es befreiend, das wieder sagen und sich trotzdem als Liberaler bezeichnen zu dürfen.

Arnd Küppers, Mönchengladbach

Bibelhermeneutik und Sozialethik

Heimbach-Steins, Marianne/Steins, Georg (Hg.), *Bibelhermeneutik und Christliche Sozialethik*, Stuttgart: Kohlhammer 2012, 320 S., ISBN 978-3-17-022215-1.

Die Bibel spielt für die gegenwärtige, stark sozialphilosophisch und sozialwissenschaftlich geprägte Christliche Sozialethik nur eine untergeordnete Rolle. Im Rahmen einer „autonomen Moral“ und mit Blick auf ihr Anliegen, sozialetische Normen über einen christlichen Rahmen hinaus kommunikationsfähig zu halten, ist die Christliche Sozialethik allenfalls sekundär auf die Bibel angewiesen. Insofern ist es durchaus provozierend, dass die Münsteraner Sozialethikerin Marianne Heimbach-Steins und der Osnabrücker Alttestamentler Georg Steins (in Verbindung mit Alexander Filipović und Kerstin Rödiger) einen Sammelband dem Gespräch zwischen Bibelhermeneutik und Sozialethik widmen. Hervorgegangen ist er aus einem ambitionierten gemeinsamen Projekt ihrer beider Oberseminare. Heimbach-Steins hat sich der Thematik schon in mehreren Einzelbeiträgen gewidmet, die hier zusammen mit anderen Autoren weitergeführt werden.

Der Band wird von einem *programmatischen Beitrag* der Herausgeberin eingeleitet. In Abgrenzung von gängigen Vereinnahmungen der Bibel als „vermeintliches Antwortreservoir für gegenwartstypische Fragen“ (13) entwickelt sie das Modell eines ergebnisoffenen



Gesprächs mit dem Text, das kontextsensibel zwischen Bibel und Gegenwart vermittelt. Die Bibel ist für Heimbach-Steins einer von mehreren Kontextbezügen der Sozialethik als christlich-theologischer Disziplin. Dabei knüpft sie an befreiungstheologische und feministische Hermeneutiken an. Sie geht nicht hinter die „basale Forderung nach Kohärenz von biblischem Impuls und sittlicher Vernunft“ (30) zurück, sieht aber in der Ethik, über eine bloße Normbegründung hinaus, die „Selbstreflexion sittlicher Subjekte“ (32) als zentral an.

Sodann ist der Band in drei Teile mit insgesamt 15 Beiträgen gegliedert, die hier nur in aller Kürze angesprochen werden können:

Der *erste Teil* behandelt „Hermeneutische Basiskategorien und -begriffe“. Georg Steins entwickelt ein Modell „Kanonbewusster Bibelauslegung“. Im Kanon sieht Steins die Grundlage für eine Stimmenvielfalt. Heutige Leser und Leserinnen können in einen Dialog mit den in der Bibel bezeugten existentiellen Erfahrungen eintreten. Kerstin Rödiger beschäftigt sich im Anschluss an Elisabeth Schüssler Fiorenza mit „Lesen als ethischem Akt“ und widerspricht dabei der Trennung von Exegese (Auslegung) und Applikation (Anwendung). Alexander Filipović beschäftigt sich in interdisziplinärer Perspektive mit der hermeneutischen Kategorie der Interpretationsgemeinschaft, die in ihren sozialen und politischen Dimensionen in das Kompetenzfeld der Sozialethik fällt. Daniel Bogner und Bettina Wellmann weisen in ihrem Beitrag im Anschluss an Hans Joas auf, dass nicht nur normative Texte, sondern die Bibel insgesamt „als Quelle und Reservoir der Inspiration für ein erneuertes Verständnis vom handelnden Menschen betrachtet werden“ (132) kann. Axel Bernd Kunze beschäftigt sich ausgehend von theologischen Freiheitsreflexionen mit Fragen der Nachfolge.

Der *zweite Teil* widmet sich mit einem thematisch breit gehaltenen Spektrum „Ethischen Grundfragen – biblisch gespiegelt“. Indem Walter Lesch einen kulturgeschichtlichen Zugang zum Dekalog bis in seine aktuelle Rezeption wählt, wei-



tet sich nochmals das Feld. Dies gilt gleichermaßen für seinen Beitrag zu Paulus an späterer Stelle des Bandes. Sebastian Zink versucht, als Gegenstück zur zukunftsorientierten Nachhaltigkeitsdebatte eine biblisch inspirierte Erinnerungsdimension in die Sozialethik einzubringen. Andreas Lienkamp setzt sich auf der Grundlage biblisch-philologischer Erkenntnisse und in Abgrenzung von einem „Ökobilizismus“ (187) mit dem biblischen Herrschaftsauftrag und dem Sozialprinzip der Nachhaltigkeit auseinander. Anna Maria Riedl möchte die Klagepsalmen für eine Theologie der Diakonie fruchtbar machen. Peter Meiners beschäftigt sich mit der Amos-Rezeption bei Michael Walzer, der in der prophetischen Sozialkritik einen pluralitätsfähigen Universalismus erkennt. Mariano Barbato behandelt biblische Weisheitsliteratur im Kontext der Postmoderne.

Der *dritte Teil* umfasst „Fallstudien zur Bibelrezeption in kirchlichen Texten“, und zwar anhand

- des Hirtenbriefs der amerikanischen Bischöfe „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“ (Gregor Adamski),
- des Dokuments „Gerechter Friede“ der deutschen Bischofskonferenz (Thomas Nauerth) und
- des Dokuments der Päpstlichen Bibelkommission „Bibel und Moral“ (Georg Steins).

Diese Rezeptionen entsprechen nur in manchen Ansätzen den im vorliegenden Band aufgestellten Ansprüchen. So fällt insbesondere das Fazit von Steins sehr kritisch aus.

Aufs Ganze betrachtet bietet das Buch einen zeitgemäßen Ansatz zur Rezeption biblischer Texte und ihrer wissenschaftlichen Reflexion, der sich klar von der binnenorientierten Engführung eines Stanley Hauerwas unterscheidet. Dennoch bleiben manche Fragen einer biblisch sensiblen Sozialethik offen. An mehreren Stellen wird der Wille bekundet, über Alfons Auers Bestimmung der Bibel als motivierend und sensibilisierend hinauszugehen (vgl. 19, 55). Wenn Auer vom Sinnhorizont der Ethik Jesu spricht,

geht das jedoch in dieselbe Richtung wie der hier beschriebene „Sinn-Raum“ (19) oder die „Sinnproduktion“. Der neue Akzent scheint wohl darin zu liegen, dass die innerbiblische Vielfalt („Pluralisierung der Textbasis“, 86) sowie die Vielfalt möglicher Rezeptionen stärker betont werden; und dass nicht nur die im engeren Sinne ethischen Bibeltexte berücksichtigt werden. Was all dies in einem säkularen Kommunikationsrahmen bedeutet, muss noch weiter ausgeführt werden:

- Spaltet sich die Sozialethik in eine nach außen orientierte weltliche und eine nach innen gerichtete biblische Stimme, wie es Thomas Nauerth nahelegt (vgl. 305)?
- Könnten biblische Bezüge nicht auch wie andere Sinnressourcen der Gesellschaft stärker „unübersetzt“ nach außen getragen werden?
- Ist die Bibel wirklich nicht mehr als ein Kontextbezug der Sozialethik (vgl. 12)?

Da der Schwerpunkt des Bandes auf hermeneutischen Fragen liegt, kommen konkrete Beispiele notgedrungen etwas zu kurz. So wird etwa im Beitrag von Bogner/Wellmann auf eine Fülle von Bibelstellen Bezug genommen, ohne jeweils in die Tiefe zu gehen, was im Sinne der Stoßrichtung des Bandes vermieden werden sollte. Von hohem Interesse wäre eine detaillierte Auseinandersetzung mit Einzeltexten im Sinne der grundlegenden Intention des Bandes. Angedeutet wird das etwa von Lienkamp in Bezug auf die Anthropologie der biblischen Urgeschichte (vgl. 192–207) und von Rödiger in Bezug auf Joh 12,1–8 (vgl. 79–85).

Dem Band kommt in mehrfacher Hinsicht ein großes Verdienst zu: Für die Sozialethik als theologische Disziplin ist der Bezug zur Bibel unverzichtbar. Was wie eine Banalität klingt, ist nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit. Auch Sozialethiker sind „Lesende“ der Bibel (80 Anm. 35). Angesichts der Vereinzelung theologischer Fächer ist der hier angestoßene Dialog ein wichtiger Schritt. Ergebnisse der historisch-kritischen Ausrichtung der biblischen Exegese, die mit

ihrem hohen Grad an Spezialisierung gerade im deutschen Sprachraum bis heute prägend ist, erweisen sich oft als kaum anschlussfähig für die Systematische Theologie im Allgemeinen und die (Sozial-)Ethik im Speziellen. So ist denn die historisch-kritische Methode längst nicht mehr der einzige akzeptierte Weg der Bibellexegese. Hier wird ihr eine andere biblische Hermeneutik zur Seite gestellt.

Manchmal könnte dabei der Eindruck entstehen, dass über die hier vorgestellten exegetischen und hermeneutischen Ansätze breiter Konsens besteht. Dies ist angesichts der ebenso kontroversen wie pluralen Debatten der Bibelwissenschaften mitnichten der Fall. Im vorliegenden Band kommt nur eine Schulrichtung alttestamentlicher Exegetische zu Wort. Blickt man auf die hier nur am Rand herangezogene neutestamentliche Exegese, würde man auf noch schärferen Widerspruch treffen. Andere Ansätze wie die sozialgeschichtliche Exegese könnten ebenso fruchtbar eingebracht werden, um neben dem Kanon stärker den Entstehungskontext von Einzeltexten und Einzelschriften zu erhellen. Gerade bei der im vorliegenden Band (im Anschluss an den Literaturwissenschaftler Stanley Fish) stark gemachten Kategorie der Interpretationsgemeinschaft besteht die Gefahr einer kirchlich-autoritativen Vereinnahmung. In diesem Zusammenhang ist auch der Bezug auf kirchliche Dokumente zweischneidig: Sie können die Vielfalt der Lektüren einschränken; andererseits wird hier aber auch gezeigt, dass sie einer kritischen Analyse zu unterziehen sind. Die Spannung zwischen individuellen Rezeptionen und dieser kollektiven Kategorie bleibt unauflösbar. Möglicherweise kann der historisch-kritischen Methode gegenüber Vereinnahmungen aller Art wieder eine korrigierende Funktion zukommen.

Dem Band ist eine breite Rezeption zu wünschen. Es wäre erfreulich, wenn der Impuls zum Gespräch mit der Exegese in der Sozialethik breiter aufgegriffen würde. Es könnte in Zukunft sicherlich eine Bereicherung darstellen, wenn ein solcher Dialog auf ökumenischer Basis

stattfinden würde, zumal auf evangelischer Seite ein Ernstnehmen der Bibel als Schritt der ökumenischen Annäherung

bewertet wird (vgl. *Heinrich Bedford-Strohm*, Ökumene in der Sozialethik. Wie eng ist die Verbindung zwischen Ekklesio-

logie und Ethik?, in: *HerKorr* 62 [2008], 192–196, 194 f.).

Hansjörg Schmid, Stuttgart



Summaries

Christoph Kopke: Neo-Nazis and Neo-Nazism in the Federal Republic of Germany. An active scene with growing vigour

Extreme right-wing tendencies in Germany are referred to as "Neo-Nazi" since the 1950s and 1960s. The birth of Neo-Nazism as understood today, however, goes back to the years 1970/71. After prohibition of different organizations seemingly informal structures have formed ("Kameradschaften" – comradeships). Since the 1990s a new, extreme right-wing youth culture has emerged. Together with the, by now radicalised, NPD the Neo-Nazis have gained remarkable abilities of mobilization. The inclination towards violence remains on a high level, although the NSU-killings represent an exception. Civil society and state are still asked to stay alert.

Armin Pfahl-Traugber: The political development of the NPD. Ideology, organisation, strategy and impact of a right wing party

The article retraces the changeful history of the NPD. Founded in 1964 to centralize the potential of right-wing voters, the party put on a conservative, middle-class image. This led to heavy internal conflicts, but also to an increase in members and voters. From 1967 to 1969 the party managed to move into five federal

parliaments. However they did not reach the election threshold of 5 per cent in the national election of 1969. A long time of political infighting and decline followed. Not until 1996 the slow comeback began with a new political programme and a new chairman. At present the NPD has success at the polls and relatively strong regional roots in some eastern federal states. In contrast to right-wing parties in some neighbouring European countries the NPD does, until today, not manage to put on a moderate and respectable image. Her Right-wing extremism remains unmistakable.

Wilfried Schubarth, Juliane Ulbricht: Right-wing extremism as challenge for democracy. Opportunities and borders of pedagogical counterstrategies

The article originates from the continuous debate about the danger that right-wing extremism regains power in Germany. The opportunities and borders of pedagogical counterstrategies are described from the perspective of educational science. Therefore, to begin with, the article outlines central discourses, trends and explanatory approaches concerning right-wing extremism – especially amongst adolescents. Curricular and extracurricular concepts to deal with right-wing extremism are discussed. But what are possible consequences? Amongst oth-

ers they are: early promotion of social and democratic attitudes, strengthening of professionalism and value orientation of the educators but also an improved cooperation between schools and youth organizations. Many things can influence pedagogics, for instance decisions by social politics, justice and police. At the same time, it has to develop constantly – not least in view of the particular addressees and their social context.

Wolfgang Palaver: Right-wing populism in Europe as challenge for Christian social ethics. A culture of universal brotherhood belongs to the answer

The Right-wing populism which gained strength in Europe promotes xenophobia, especially Islamophobia. Main reasons for this go along with the neo-liberal globalism: the de-politicization and the lacking opposition against the predominance of economy; the limitation of solidarity on the own group, paired with shared hostility towards the outside; the affinity towards a consensus democracy, in which minorities may easily be turned into a scapegoat. Christian Churches are able to counteract the danger of right-wing populism across religious borders, by standing in for equal human rights and the spirit of brotherhood in civil society.

Rainer Maria Kardinal Woelki: "Absolument incompatible with Christian faith". An Interview about Xenophobia and Right-Wing Extremism with the Archbishop of Berlin

The archbishop of Berlin acknowledges the key role of attitude towards National Socialism for catholic self-concept. It was formed by both the remark-

able accomplishments of the resistance as well as the open wound of neglected resistance. But what do the historical burden on the one hand and the historical achievements on the other mean for Catholicism today? Does this result in a special responsibility for contemporary right-wing extremism? Cardinal Woelki affirms this question and explains the

church's activities against extremism and in favour of the promotion of democracy. Also inside the parishes there are right-wing extremist tendencies, which one has to uncover. The belief that God has granted every human being the same dignity, regardless of origin, skin colour or confession, is indispensable. It connects across confessional or religious borders.

Résumés



Christoph Kopke: Néonazis et néonazisme en République Fédérale d'Allemagne. Un milieu actif depuis des décennies et d'une croissante puissance

Dès les années 1950 et 1960, on a qualifié de néonazies les tendances d'extrême droite en RFA. Cependant, ce sont les années 1970/71 qui sont considérées comme heure de naissance du néonazisme tel que nous le comprenons aujourd'hui. Après diverses interdictions d'organisations, des structures apparemment informelles (« camaraderies ») se sont formées. Depuis 1990 a surgi une culture des jeunes très marquée droite. Avec le NPD (Parti national-démocrate d'Allemagne), les néonazis ont atteint une capacité de mobilisation considérable. La disposition à la violence continue d'être très élevée, même si la série de meurtres commis par le NSU (Groupe national-socialiste clandestin), jusqu'ici, fait exception.

Armin Pfahl-Traugher: L'évolution politique du Parti national-démocrate d'Allemagne (NPD). Idéologie, organisation, stratégie et influence d'un parti d'extrême droite

La contribution dessine les contours de l'histoire mouvementée du NPD. Fondé en 1964 pour rallier le potentiel électoral d'extrême droite, le parti se donna une image de marque le plus conservatrice et bourgeoise possible. Cela a conduit à de graves conflits internes mais aussi à un accroissement considérable de membres et d'électeurs. De 1967 et à 1969, le parti a enfin réussi à s'implanter dans cinq parlements régionaux. Lors des élections au Bundestag en 1969, la barre des cinq pour cent n'a cependant pas pu être dépassée. Il a suivi une longue période de lutte entre différents courants et le déclin de ce parti. Ce n'est qu'en 1996 qu'avec un nouveau programme et sous une nouvelle présidence, une lente remontée a commencé. Le NPD enregistre aujourd'hui des succès électoraux ainsi qu'un ancrage régional dans certains nouveaux Länder de l'Allemagne de l'Est. Contrairement aux partis radicaux de droite de certains pays

européens voisins, le NPD ne réussit toujours pas à se donner durablement une image de marque modérée et sérieuse. Son extrémisme de droite reste évident.

Wifried Schubarth, Juliane Ulbricht: L'extrémisme de droite – un défi pour la démocratie. Chances et limites de contre-stratégies pédagogiques

La contribution prend pour point de départ le débat persistant sur les dangers du renouveau de l'extrémisme de droite en Allemagne. Il décrit du point de vue des sciences de l'éducation les chances et les limites de contre-stratégies pédagogiques. A cette fin, les auteurs esquissent d'abord les discussions-clé, les tendances de l'évolution et les tentatives d'explication de l'extrémisme de droite notamment parmi les jeunes. Ils discutent ensuite les concepts pédagogiques scolaires et extrascolaires en rapport avec l'extrémisme. Mais quelles orientations en tirer? En font partie, entre autres, la promotion précoce d'un agir démocratique et social, le renforcement de la compétence professionnelle et du sens des valeurs des pédagogues ainsi qu'une co-



opération améliorée entre l'école et les mouvements de jeunesse. L'influence de la pédagogie est limitée. Elle s'exerce dans un cadre institutionnel déterminé par la politique sociale, la justice et la police. Elle doit pourtant s'efforcer d'innover constamment – en étant attentive aux caractéristiques et au contexte social des groupes auxquels elle s'adresse.

Wolfgang Palaver: Le populisme de droite – un défi pour l'éthique sociale chrétienne. Une culture de fraternité universelle doit faire partie de la réponse

le populisme de droite qui, en Europe, connaît un renouveau, favorise la xénophobie et notamment l'islamophobie. Une des principales causes en est la mondialisation néolibérale: le recul du politique et le manque de résistance contre la suprématie de l'économie; la limita-

tion de la solidarité à son propre groupe, qui s'accompagne d'une hostilité collective envers le monde extérieur; la propension à une démocratie consensuelle où les minorités risquent d'être traitées en boucs émissaires.

Les églises chrétiennes peuvent agir contre le populisme de droite en s'engageant, au delà des frontières des religions, pour l'égalité des droits de tous les hommes et en promouvant l'esprit de la fraternité dans la société civile.

Absolument incompatible avec la foi chrétienne". Interview de l'archevêque de Berlin, Rainer Maria Woelki, sur la xénophobie et l'extrémisme de droite

Selon l'archevêque de Berlin l'attitude à l'égard du national-socialisme revêt une signification majeure pour la conscience catholique. Celle-ci est marquée non seulement par des exemples de

résistance impressionnants mais aussi par l'absence de résistance qui reste une plaie ouverte. Mais que signifient ce sombre héritage d'une part et les mérites historiques d'autre part pour le catholicisme d'aujourd'hui? En résulte-t-il un devoir moral particulier face à l'extrémisme de droite actuel? Le cardinal Woelki donne une réponse positive à cette question en expliquant les activités de l'Eglise contre l'extrémisme de droite et pour la promotion de la démocratie. Au sein des communautés paroissiales, il y aurait parfois aussi des tendances d'extrémisme de droite qu'il ne faudrait pas passer sous silence.. Dieu a doté tous les hommes de la même dignité: une conviction indiscutable – indépendamment de l'origine, la couleur de peau et l'appartenance religieuse. Elle serait un lien au-delà des frontières confessionnelles et religieuses.

SCHWERPUNKTTHEMEN DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE

- | | | | |
|--------|---|--------|---|
| 4/2006 | Markt für Werte (vergriffen) | 1/2010 | Gerechte Energiepolitik |
| 1/2007 | Lohnt die Arbeit? | 2/2010 | Steuern erklären |
| 2/2007 | Familie – Wachstumsmittel der Gesellschaft? | 3/2010 | Neue Generation Internet – grenzenlos frei? |
| 3/2007 | Zuwanderung und Integration | 4/2010 | Agrarpolitik und Welternährung |
| 4/2007 | Internationale Finanzmärkte (vergriffen) | 1/2011 | Zivilgesellschaft |
| 1/2008 | Klima im Wandel | 2/2011 | LebensWert Arbeit |
| 2/2008 | Armut/Prekariat | 3/2011 | Wohlstand ohne Wachstum? |
| 3/2008 | Gerüstet für den Frieden? | 4/2011 | Soziale Marktwirtschaft für Europa |
| 4/2008 | Unternehmensethik | 1/2012 | Religionspolitik |
| 1/2009 | Wie sozial ist Europa? | 2/2012 | Was dem Frieden dient |
| 2/2009 | Hauptsache gesund? | 3/2012 | Finanzmärkte und Staatsschulden |
| 3/2009 | Caritas in veritate | 4/2012 | Stark gegen Rechts |
| 4/2009 | Wende ohne Ende? | | |

VORSCHAU

Heft 1/2013
Schwerpunktthema: Weltweite Bevölkerungsentwicklung

Heft 2/2013
Schwerpunktthema: Interreligiöse Sozialethik

Heft 3/2013
Schwerpunktthema: Geschlechtergerechtigkeit

Heft 4/2013
Schwerpunktthema: Alter und Pflege

